



Politische Berichte

Nummer 18/12. Jahrgang

30. August 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

Angriff auf Lohnfortzahlung

Anerkennung des Zusammenhangs zwischen Krankheit und Arbeitsbedingungen!

Der Kampf von Unternehmerverbänden und Politikern aus dem bürgerlichen Lager gegen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, für die Einführung unbezahlter Karenztage zielt auf die Revision eines wichtigen Ergebnisses des Klassenkampfes in der BRD: der Anerkennung eines Zusammen-

hangs zwischen Krankheit und krankmachenden Arbeitsbedingungen in den Unternehmen. Sechs Wochen lang (bei derselben Krankheit) müssen die Unternehmen Lohnfortzahlung leisten und damit faktisch eine Haftung für eingetretene Gesundheitsschäden übernehmen.

Vollständig ist diese Haftung nicht. Nach sechs Wochen zahlen die Krankenkassen, die zur Hälfte aus den Beiträgen der Lohnabhängigen finanziert werden. Dennoch wog ein Einbruch bei der Lohnfortzahlung schwer und würde Folgen in anderen Bereichen des Arbeits- und Sozialrechts haben.

Das Lohnfortzahlungsgesetz von 1969 verpflichtete die Unternehmen zur Lohnfortzahlung für die Arbeiter und brachte hier im wesentlichen die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten. Für Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten wurde ein Umlage- und Erstattungsverfahren, organisiert von den gesetzlichen Krankenkassen, eingeführt. Die frühere sozialversicherungsrechtliche Regelung (Krankengeld plus Zuschuß) wurde damit von einer arbeitsrechtlichen Regelung (Lohnfortzahlung) abgelöst. Rechtlich war eine Verbindung zwischen Krankheit und Arbeitsbedingungen hergestellt. Auch in der einschlägigen Wissenschaft war als Grundsatz weitgehend akzeptiert: Nur durch die Zuweisung der Krankheitskosten würde der Arbeitgeber hinreichend interessiert, die Krankenquote in seinem Betrieb durch Verbesserung des Arbeitsschutzes und des Betriebsklimas möglichst niedrig zu halten. (1)

Anfang der 80er Jahre setzte im Zug der „Wende“-Politik die Polemik gegen

die Lohnfortzahlung ein. Die Arbeitgeberverbände und Lamsdorff brachten unbezahlte Karenztage in die Diskussion. Seit Anfang dieses Jahres rollt nun ein neuer Angriff mit immer neuen Stellungnahmen. Leitartikeln usw. Seine Urheber, vor allem Unternehmerverbände und Liberale, wittern anscheinend Morgenluft nach der Annexion der DDR, der Entfesselung des Arbeitsmarktes und dem Wegfall der DDR-Sozialgesetze. Karenztage würden den Druck auf Kranke, zur Arbeit zu gehen, steigern. Krankheiten würden verspätet erkannt und behandelt werden. Kranke hätten Lohnverluste. Ganz allgemein würden die Unternehmen ermuntert, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Leistungsschraube weiter anzuziehen, weil die finanziellen „Strafen“ für die gesundheitlichen Folgen ihres Handelns milder würden. Die Arbeitgeberverbände würden schließlich weitere Verpflichtungen, die die Unternehmen zur Rücksichtnahme auf die Belegschaften veranlassen sollen, in Frage stellen. Der Angriff auf die Lohnfortzahlung soll das Tor aufstoßen für weitere Deregulierungsmaßnahmen in Gesetzen und Tarifverträgen.

In der Öffentlichkeit ist wenig registriert worden, daß die Lohnfortzahlung seit Jahren auch arbeitsrechtlich angegriffen und ausgehöhlt wird. Das Bun-

desarbeitsgericht (BAG) läßt seit Anfang der 80er Jahre krankheitsbedingte Kündigungen u.a. mit der Begründung „extrem hohe Lohnfortzahlungskosten“ zu. Die Inanspruchnahme des Rechts auf Lohnfortzahlung dient also als (Teil der) Begründung für die Auflösung von Arbeitsverhältnissen. Das richtet sich gegen die Lohnfortzahlung selber. In eine ähnliche Richtung geht ein Urteil des BAG vom Anfang dieses Jahres. Dort wurden sogenannte Anwesenheitsprämien, die zur Arbeit auch bei Arbeitsunfähigkeit anreizen sollen, wieder zugelassen. Auch dieses Urteil richtet sich gegen die Lohnfortzahlung, indem es zuläßt, daß deren Durchbrechung mit Anwesenheitsprämien honoriert wird.

Es sind also allerhand betrieblich-praktische, juristische und propagandistische Vorarbeiten geleistet, um die Lohnfortzahlung sturmreif zu machen. Andererseits gibt es viele Anhaltspunkte, daß in dieser Frage Reserven für einen erfolgreichen Widerstand mobilisiert werden können. Besondere Unterstützung verdienen dabei alle Anstrengungen, die den Zusammenhang von Krankheiten und Arbeitsbedingungen nachweisen.

Quellenhinweis: (1) Zitiert nach: Dr. Wolfhard Kohte, Die Krankheitskündigung im Blickwinkel des Arbeitsschutz- und Sozialrechts. Arbeitsrecht im Betrieb 4/90 — (rok/AGM)



Lagen Minuten dazwischen oder Stunden? Vorher war es realpolitisch nicht möglich. Nachdem Jelzin per Dekret die Unabhängigkeit der baltischen Republiken anerkannte, zog Bonn sofort nach, lud ihre Vertreter zum Gespräch. Noch diese Woche will das Kabinett die diplomatische Anerkennung Estlands, Lettlands und Litauens beschließen. Bei der Aufteilung der SU will man vorneweg dabei sein. — (mke, VSP; Bild: B. Maus)

DuPont: Massenentlassungen

US-Chemiekonzerne auf scharfem Rationalisierungskurs

Am 24. Juli gab der Chemiekonzern DuPont ein Sinken der Profite im zweiten Quartal um 21 % bekannt. Am nächsten Tag kündigte DuPont ein Programm zur Kostenreduzierung von mindestens 1 Mrd. \$ über die nächsten ein bis zwei Jahre an. Ein wesentlicher Teil davon soll durch Frühverrentung, Einmalzahlungen für freiwilliges Ausscheiden und letztendlich Entlassungen erreicht werden. Etwa 14000 der insgesamt 140000 Beschäftigten, so die Experten, werden davon betroffen sein. Die Börse reagierte „sehr freundlich“ mit einem Anstieg der DuPont-Aktien um fast 3 % auf diese Ankündigung zu erwartender höherer Profite.

Seit Anfang 1989 sinken die Profite beständig nicht nur bei DuPont, dem größten US-Chemiekonzern. Dow Chemical, Union Carbide und Monsanto hatten noch höhere Rückgänge. Der britische Konzern ICI soll um 40 % niedrigere Gewinne im ersten Halbjahr haben. ICI hat erst vor kurzem 5 000 Arbeitsplätze von 132 000 wegrationalisiert und mehr wird erwartet. Anders als beim letzten Frühverrentungsprogramm 1985, das konzernweit angeboten wurde und über 11 000 Beschäftigte betraf, hat diesmal die Firmenleitung genau festgelegt, daß in den Bereichen Chemikalien, Fasern, Polymere und Spezialprodukte gekürzt werden soll. Die einzelnen Betriebsleiter entscheiden dann, welcher Beschäftigte „Überschuß“ ist. Arbeiter und Angestellte nahe dem Rentenalter, die keine Zukunft für sich bei DuPont sahen oder es einfach satt hatten, hatten

gehofft, durch ein Frührentenprogramm wie 1985 ihre Rente aufbessern zu können. Jetzt bekommt den 25 %igen Bonus nur, wer für überflüssig erklärt worden ist. Andere, die gehen wollen, aber zu jung oder zu kurz bei DuPont sind, erhalten ein halbes Monatsgehalt pro Jahr Beschäftigung bei Aufgabe aller Firmenrentenansprüche.

Tatsache ist, daß DuPont sich nicht „gesund“ schrumpft, sondern rationalisiert. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung und für Investitionen in neue Anlagen steigen. In den für die Kürzungen ausersehenen Produktionsbereichen, so ein DuPont-Sprecher, lägen die unproduktiven Kosten bei 20 % der Verkaufserlöse. Bei der Konkurrenz seien es nur 18 %. DuPont's Profitrate in den USA sei von 8 auf 7 % gefallen. Das jährliche Wachstum im Chemikalien- und Spezialproduktenbereich in den USA sei in den 80er Jahren nur 0,4 % gewesen, während die Konkurrenz mit 1,8 % expandierte.

DuPont bereitet sich auf den Kampf um den europäischen Markt vor. „Das Klima bei den deutschen Giganten erlaubt nicht, daß die Kostenstrukturen außer Kontrolle geraten“, meinte ein Finanzexperte einer großen Börsenmaklerfirma. Und wie zur Bestätigung hat DuPont vor ein paar Wochen den Chef von DuPont Europe zum weltweiten Leiter des Bereichs Landwirtschaftliche Produkte ernannt. Das ist das erste Mal, daß ein wesentlicher Geschäftsbereich von außerhalb der USA oder Kanada geleitet wird. — (her, ger)

3 000 gegen Faschisten-Aufmarsch in Bayreuth



Wegen des durch das Landratsamt Wunsiedel verhängten „Allgemeinen Versammlungsverbotes“ für den Großraum Wunsiedel wurde der diesjährige Rudolf-Heß-Gedenkmarsch

in Bayreuth durchgeführt, 2000 aus der ganzen BRD und aus dem Ausland angereiste marschierten mit. Auch die Antifaschisten hatten ihre Demonstration verlegen müssen. — (chl)

7. September: Türkei-Demonstration in Köln

Am 7. September findet in Köln eine Demonstration „gegen die Ausrottung des kurdischen Volkes, gegen Folter und Terrorgesetze“ statt. Anlässlich des 11. Jahrestages des Militärputsches in der Türkei rufen insgesamt zehn linke türkische und kurdische Organisationen zu der Demonstration auf, darunter TDKP-YDÖ, TKP-ML (Hareketi), Dev Sol Gücler, Ekim, KAWA, Dev İsci, ERNK-Europaorganisation u.a. Die türkischen Organisationen mobilisieren bundesweit, die ERNK regional zu der Aktion. Die Demonstration soll um 10 Uhr auf dem Ebertplatz in Köln beginnen. — (rüf)

Stoiber: Asylrecht muß „Gnadenrecht“ werden

In der Süddeutschen Zeitung (24. 8.) hat der bayerische Innenminister Stoiber, CSU, gefordert, die Aufnahme von Flüchtlingen als eine reine „Ermessensentscheidung, eine Art Gnadenrecht“ zu behandeln. Dabei ginge es nicht nur um Artikel 16, sondern eher um Artikel 19 des Grundgesetzes, die Rechtsschutzgarantie, die dem Flüchtling den Ge-

richtsweg eröffne. Stoiber stellt einen Zusammenhang zum Rechtsradikalismus her. Er beruhigt aber keineswegs Ängste, die von den Faschisten zum Haß aufgestachelt werden, im Gegenteil, Stoiber schürt. Die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen mehr Ausländer, „Politiker sind dazu da, den Mehrheitswillen der Bevölkerung durchzusetzen“, weil sie das gegenwärtig nicht tun würden, könnten die Rechtsextremisten ihr Süppchen kochen. — (alk)

Goppel (CSU) für militärischen Eingriff der EG in Jugoslawien

Der Bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Goppel kritisiert im Bayernkurier die Jugoslawien-Politik der Bundesregierung und der EG. Er verlangt die möglichst rasche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. „Ein Land müsse den Anfang machen mit der Anerkennung... An erster Stelle sei jetzt Europa gefordert, nicht Amerika“, verlangt er. Erst durch die Anerkennung würden „diese beiden Länder dann auch in die Lage versetzt, um Hilfe zu rufen, was sie bisher nicht können. Europa solle gemeinsame Garantien abgeben. Das zur Verfügung stehende Instrumentarium sei dann zu nut-

zen, es sei zu spät, jetzt erst eine EG-Eingreiftruppe aufzustellen, die erst in mehreren Monaten einsatzfähig sein könnte. Wenn Tag für Tag Menschen ums Leben kommen, sei eine solche Zeitverzögerung unverantwortlich.“ — (acr)

Sudetendeutsche: Umsiedlung 1945 „Völkermord“

Die bayerische Staatsregierung hat sich von dem österreichischen Völkerrechtler Ermacora ein „Gutachten“ erstellen lassen, in dem die Umsiedlung der Sudetendeutschen aus der CSSR nach 1945 als „Völkermord“ verurteilt wird. Der Sprecher der revanchistischen „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Neubauer, bedankte sich für das Gutachten. Mit der Einstufung der Umsiedlung als „Völkermord“ soll erreicht werden, daß alle Beschlagnahmungen reichsdeutscher Vermögen in der CSSR nach 1945 als illegal gewertet werden. Die Revanchisten verlangen von der Tschechoslowakei, die für die faschistischen Verbrechen während der Okkupation von der BRD keine Entschädigung erhielt, diese Vermögen zurück. BRD und CSFR verhandeln derzeit über einen „Nachbarschaftsvertrag“. — (rüf)

DGB: Aufruf zum Antikriegstag 1991

Der Aufruf des DGB zum Antikriegstag 1991 steht in starkem Kontrast zur Wirklichkeit. So wird behauptet, der Traum vom Ende des Kalten Krieges sei Wirklichkeit, wo doch die ständig die Gefahr wächst, daß die BRD und die Nato bewaffnet in die Klassenkämpfe und Krisen in Osteuropa eingreifen, wie z. B. in Jugoslawien. Daß im Golfkrieg, einem Krieg des Nordens gegen den Süden, die BRD mehr als nur eine Zuschauerrolle spielte und seitdem unter verschiedensten Vorwänden versucht, außerhalb des Nato-Gebietes Soldaten zum Einsatz zu bringen — dazu findet sich weder eine Feststellung noch eine Forderung, auch nicht gegen die geplante Änderung des Grundgesetzes, die das bisher verfassungswidrige Verhalten der Regierung legalisieren soll. Stattdessen verbreitet der DGB allgemeine Klagen, die die Gegenwehr von Opfern von Aggression mit dem Handeln der Täter gleichsetzt: „Kriege zwischen Nationen und Glaubensgemeinschaften, Kriege um Rohstoffe und Nahrungsmittel, Kriege zwischen Diktaturen, auch Befreiungskriege — sie vernichten Mensch und Natur.“ — (alk)

Aktuell in Bonn

Zinserhöhung

Mit einer Anhebung des Diskontsatzes von 6,5 auf 7,5 % und des Lombardsatzes von 9 auf 9,25 % hat die Bundesbank den Druck auf die öffentlichen Haushalte verstärkt. Deren Zinskosten werden nun weiter steigen, der Druck auf Streichung von Sozialausgaben wird größer. Auch die gewöhnlichen Überziehungskredite dürften nach der Bundesbankentscheidung teurer werden. Offiziell dient die Maßnahme der „Bekämpfung der Inflation“. Die Zentralbanken der Niederlande, der Schweiz, Dänemarks und Belgiens hoben unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung ihre Zinssätze ebenfalls an: Ein Zeichen für die dominierende Stellung der BRD-Konzerne gegenüber diesen Ländern.

Erziehungsurialaub verdoppelt?

Für Kinder, die nach dem 31. Dezember 1991 geboren werden, wird der Erziehungsurialaub auf drei Jahre verdoppelt, die Bezugsdauer für Erziehungsgeld um sechs auf 24 Monate verlängert. Das hat das Bundeskabinett am 14. August beschlossen. Gleichzeitig soll die Möglichkeit für die Kapitalisten, befristete „Ersatzarbeitskräfte“ einzustellen, ausgeweitet werden. So kümmert sich das Kabinett um die Flexibilisierungswünsche der Kapitalisten und baut gleichzeitig Forderungen nach mehr öffentlichen Kinderkrippen vor.

Schäuble zum Art. 116 GG

Bundesinnenminister Schäuble hat Forderungen aus der SPD, den großdeutsch-völkischen Grundgesetzartikel 116 bei einer Neufassung des Asylrechts ebenfalls zu ändern, auf einer öffentlichen Anhörung der CDU/CSU-Fraktion zum Asylrecht strikt abgelehnt. Artikel 116 garantiert allen Bekenntern zum deutschen Blut in Osteuropa freie Einreise, Staatsbürgerschaft und erhebliche Zahlungen aus der Staatskasse der BRD. Schäuble bekräftigte stattdessen, die Bundesregierung werde auch in Zukunft mit diesem Verfassungsartikel sich in die Staaten Osteuropas massiv einmischen: „Wir werden unsere Verantwortung für die Deutschen in den Aussiedlungsgebieten weiterhin voll wahrnehmen.“ Die Forderung der SPD könne zudem zu einer „Torschlusspanik“ in Osteuropa und einer erneuten massiven Einwanderungswelle aus diesen Ländern in die BRD führen, kritisierte er demagogisch die SPD.

Forstprämien als „Manager-Rente“

Die Bundesregierung hat erneut auf die seit Januar bestehende „Aufforstungsprämie“ von 500 DM je Hektar aufgeforsteten Wald hingewiesen. Die Aufforstung von Boden sei der beste Weg für die angestrebte Verringerung landwirtschaftlicher Nutzflächen und zudem eine Möglichkeit auch für Großverdiener, sich im Alter eine zusätzliche Renteinnahme (indem sie früh Agrarland kaufen und im Alter wieder abstoßen

oder das Holz verkaufen) zu sichern, verkündete Staatssekretär Gallus vom Landwirtschaftsministerium. Die Bundesregierung ist von ihrem Einfall, der die Konzentration des Bodenbesitzes in den Händen der Reichen weiter vorantreiben soll, so angetan, daß sie eine EG-weite Nachahmung anstrebt.

Rentenbeiträge

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird es die wirtschaftliche Entwicklung erlauben, den Beitragssatz zur Rentenversicherung von derzeit 17,7 Prozent auf „nur“ 17,8 Prozent 1993 und 18,5 Prozent 1994 zu erhöhen, wobei die gesetzlich vorgeschriebene Reserve (nur noch) einer Monatsausgabe erhalten bliebe. Die Rentenversicherung selbst hält die Bonner Schätzung für „zu optimistisch“ und rechnet bei „Flaute“ und mehr Erwerbslosigkeit mit kräftigeren Erhöhungen. Wegen der Niedrigkeit der Nettolohnsteigerungen aufgrund der neuen Steuern und des „Solidaritätszuschlags“ von 7,5 Prozent der Lohn- und Einkommenssteuer steigen die Renten (im Westen) dieses Jahr nur um 2,85 Prozent.

NH-90-Hubschrauber angeschlagen

Obwohl die französische Regierung ihre Beteiligung an der Entwicklung eines neuen militärischen Transporthubschraubers („NH-90“) storniert hat, will die Bundesregierung an dem Projekt festhalten. Der neue Hubschrauber, an dessen Entwicklung Italien und die Niederlande weiter beteiligt sind, soll die schnelle Verlegung von Truppenteilen verbessern helfen und dient damit dem schon länger propagierten Aufbau „schneller Eingreiftruppen“.

Ex-DDR: Mieten rauf

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Lebenshaltungskosten in der ex-DDR um über 17 % erhöht. Eine weitere drastische Erhöhung steht an, wenn ab Oktober die Mieten erhöht werden. Nach Schätzungen werden die Mieten ungefähr drei- bis viermal so hoch sein wie bisher. Der Deutsche Mieterbund geht von Steigerungen bis zu 600 % aus. In den neuen Bundesländern gilt eine Sonderregelung für das Wohngeld, die von Oktober 1992 bis 1995 schrittweise abgebaut werden wird — es können auch für die „Betriebskosten“ der Wohnungen Zuschüsse beantragt werden.

Was kommt demnächst?

Am 2. September beginnt der Bundestag nach der Sommerpause wieder seine Verhandlungen. Als einer der ersten Tagesordnungspunkte dürfte die Beratung über den Bundeshaushalt 1992 auf dem Programm stehen. Die erste Sitzung des Bundesrats nach der Sommerpause ist erst für den 27. September vorgesehen. Tagesordnungspunkte für diese Sitzung stehen noch nicht fest. Am 29. September sind in Bremen Landtags- und Kommunalwahlen. Am 6. Oktober finden in Niedersachsen Kommunalwahlen statt.

Erziehungsurialaub: Mehr Zeit für Kinder?

Bundeskabinett beschließt Verdoppelung des Erziehungsurialaubs auf drei Jahre

Die Regierung will für Kinder, die ab 1992 geboren werden, den Erziehungsurialaub verdoppeln und den Bezug von 600 DM Erziehungsgeld — mit Einkommensgrenzen je nach Kinderzahl — um sechs auf 24 Monate verlängern. In

Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Berlin kommt für ein weiteres Jahr eine vergleichbare Landesleistung dazu. Die Kapitalisten sollen Ersatzkräfte befristet für die Dauer des Erziehungsurialaubs beschäftigen dürfen.

Als in den sechziger Jahren das Kindergeld eingeführt wurde, fand eine gewaltige Umverteilung von Reproduktionsmitteln statt. War zuvor der Arbeiterlohn (wenigstens im Durchschnitt) darauf berechnet, daß er die Mittel für das Aufziehen von Kindern enthielt, erlaubte die Zahlung einer staatlichen Leistung den Kapitalisten dann, diesen Posten aus der Lohnzahlung zu verdrängen. Da diese staatliche Leistung keineswegs alle Kosten für Kindererziehung deckt, förderte das zugleich eine drastische soziale Verschiebung: Die Zahl der Geburten bei Familien mit niedrigen Einkommen ist sehr, sehr viel geringer als bei mittleren und höheren Einkommensschichten (eine gewisse zeitweilige Ausnahme bilden allenfalls die ausländischen Arbeiterfamilien, solange sie auf Reserven in ihren Herkunftsländern zugreifen können). Die Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Kindererziehung, die in der Zahlung von Kindergeld steckt, führte faktisch aber zu einer gewissen Monopolisierung der Kinder-

erziehung bei der Mittelklasse und der Bourgeoisie.

Einen weiteren Schub in dieser Richtung bewirkt der Erziehungsurialaub. Kinderhaben erfordert bekanntlich nicht bloß Geld, sondern auch Zeit. Für die Kapitalisten bedeutet dies eine Einschränkung bei der Ausbeutung insbesondere der weiblichen Arbeitskraft. Die vielzitierte Doppelbelastung setzt gewisse Schranken bei Umfang und Intensität der Arbeitsleistung. Der Erziehungsurialaub schafft hier Abhilfe. Die Kapitalisten können die Arbeitsintensität anziehen, da ein Grund für die Rücksichtnahme auf häusliche Belastungen bei Frauen entfällt. Wer kleine Kinder hat, wird während der ersten drei Jahre, in der der Zeitaufwand am größten ist, zu Hause bleiben. In der Folge wird das aber zu einer weiteren Einengung des Kreises von Familien führen, die Kinder großziehen, und zwar aus mehreren Gründen:

— Nicht immer erlaubt die berufliche Situation, den Erziehungsurialaub zu neh-

men. Ausbildung, Karriereerwartungen oder schlicht Druck der Firma erzwingen einen Verzicht oder Aufschub des Kinderwunsches.

— Das Angebot von öffentlichen Einrichtungen zur Kleinkindversorgung wird auf sogenannte Notfälle reduziert bleiben, wenn der „Normalfall“ Mutter im Erziehungsurialaub heißt.

— Die zunehmende Anspannung weiblicher Arbeitskraft führt in vielen Fällen dazu, daß der Kinderwunsch bis zu einer gewissen beruflichen Etablierung verschoben wird. Damit wächst aber die Zahl der Fälle, in denen dieser aus biologischen oder medizinischen Gründen unerfüllbar bleibt.

Mit dem Erziehungsgeld verknüpft die Regierung reaktionärste Vorstellungen über Familie und Staat. Die staatlich finanzierte Mutter gehört unter Staatsaufsicht — es ist kein Wunder, daß die begeistertsten Propagandisten des Erziehungsgeldes in der Regierung zu den Verfechtern einer verschärften Beibehaltung des § 218 gehören. — (alk)

Zur Rolle der Muslime in Jugoslawien

Selbstverteidigungsrate in Bosnien und im Kosovo gegründet

Nach den neuesten Meldungen hat die „Partei der demokratischen Aktion für Kosovo“ einen „Verteidigungsstab der Muslime“ gegründet. Nach Angaben des Vorsitzenden dieser Partei Numan Balic soll der „Verteidigungsstab“ die militärische Organisation der Muslime im Kosovo gewährleisten, falls es zu einer unmittelbaren physischen Bedrohung kommen sollte. Wie Balic weiter ausführte, wird sich der „Verteidigungsstab“ dem vor kurzem in Bosnien-Herzegowina gegründeten „Rat zur nationalen Verteidigung der Muslime“ anschließen.

Bisher hatten sich die Muslime in den Auseinandersetzungen zwischen Kroaten, Slowenen und Serben weitestgehend neutral verhalten und eine vermittelnde Position eingenommen. Im Kosovo hatten sie bisher keinen Einfluß auf die Forderungen der Kosovo-Albaner nach Unabhängigkeit, ja sie wurden Anfangs noch von den Serben für ihre zurückhaltende Position gelobt. Die Muslime in Bosnien hielten sich bisher bedeckt, weil Bosnien-Herzegowina als Pufferstaat zwischen den streitenden Reichen akut um seine Existenz fürchten muß, haben doch sowohl Kroaten als Serben Ansprüche auf bosnisches Gebiet angemeldet.

Etwa 5 Mio. Jugoslawen haben sich bei der letzten Volkszählung als Muslime eingetragen, das sind um die 25 % der Gesamtbevölkerung. Dabei ist aber eine Besonderheit zu beachten. Seit 1968 sind die Muslime als eigene Nationalität anerkannt. Ab 1971 wurden die Muslime auch auf Föderationsebene als Nation etabliert. Bei der im gleichen Jahr abgehaltenen Volkszählung wurde der Begriff „Muselmani“ eingeführt. Dazu wurde offiziell die Schreibweise

mit dem großen „M“ als Zugehörigkeit zur Nation, mit dem kleinem „m“ als Zugehörigkeit zur Religion interpretiert. Dies wird heute aber nicht mehr so eng gehandhabt, so daß nicht immer klar ist, ob der nationale oder der religiöse Charakter überwiegt. Kosovo und Mazedonien mit um die 2,5 Mio. Muslimen bilden das eine Schwerpunktgebiet.

Zentrum ist aber zweifelsohne die Republik Bosnien-Herzegowina. Nach der letzten Volkszählung vom Frühjahr 1991 zählt Bosnien 4,35 Mio. Einwohner, davon sind 44 % Muslime (100 % Sunniten), 31 % Serben und 17 % Kroaten. Die Republikhauptstadt Sarajewo ist Sitz des Oberhauptes der „Islamischen Gemeinschaft Jugoslawiens“ und der Islamischen Theologischen Fakultät. Historisch hat sich die Rolle der Muslime in Bosnien-Herzegowina wechselvoll gestaltet. Nach Zerschlagung des ersten Jugoslawischen Staates im 2. Weltkrieg wurde Bosnien vollständig dem Ustascha-Staat zugeschlagen. Die kroatischen Faschisten umwarben die Muslime, die in der Zwischenkriegszeit in Konflikt mit dem großserbischen Nationalismus geraten waren, mit Erfolg. Die Führung der Organisation Jugoslawischer Muslime (JMO) schloß sich der Ustascha an. 1943 wurden mit Hilfe des Großmuftis von Jerusalem, der vor den Briten nach Berlin ins Exil geflohen war, die SS-Division „Handschar“ (türk. Schwert, Säbel) gegründet. Die SS-Division unterstand direkt den deutschen Besatzertruppen und nicht der Ustascha-Regierung. Da die kroatischen Faschisten aber keinen eignen bosnischen Staat duldeten, setzte bald eine breite Unterdrückung in Bosnien ein, die dazu führte, daß sich die bosnische Bevölkerung auf die Seite des Widerstan-

des schlug. Das hinderte die nach Zerschlagung des Ustascha-Staates in Bosnien eindringenden serbischen Cetnik-Truppen nicht daran, die Bosnier für ihre Kooperation mit den Faschisten zur Verantwortung zu ziehen, etliche Tausend zu ermorden und Bosnien als zu Serbien gehörig zu erklären.

Nur die kommunistischen Partisanenverbände akzeptierten ein eigenständiges bosnisches Mohammedanertum. Und entsprechend wurde auf der ersten Sitzung des Antifaschistischen Rates im bosnischen Bihac 1942 beschlossen, Bosnien-Herzegowina in den historischen Grenzen als Teilrepublik Jugoslawiens zu konstituieren. Dies war auch der Versuch, einen Pufferstaat zwischen Kroatien und Serbien zu etablieren. Die Stellung des islamischen Bosnien innerhalb Jugoslawiens verstärkte sich noch, nachdem in der Außenpolitik verstärkt der Kurs auf Blockfreiheit ging und enge Beziehungen zu den islamischen Staaten aufgenommen wurden. 1979 mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise und dem Wiederaufstieg des innerjugoslawischen Nationalismus begann eine Kampagne gegen den Panislamismus und Fundamentalismus in Bosnien. Höhepunkt war 1983 der Prozeß gegen 13 islamische Nationalisten. Angeklagt wurden sie wegen Verbreitung einer Deklaration mit islamisch-fundamentalistischen Charakter. Einer der Verurteilten war der heutige Präsident Bosniens. In der Dritten Welt wurden die Schauprozesse übel aufgenommen und die Stellung Jugoslawiens in der Blockfreienbewegung empfindlich geschwächt. Es war die Zeit, in der der Kurs der Außen- und Innenpolitik sich Richtung Westen und Marktwirtschaft entwickelte.

Im November 1990 fanden Wahlen in Bosnien-Herzegowina statt. Als Sieger ging die Partei der Muslime unter Alija Izetbegovic hervor. Von den 240 Sitzen errang sie 86, während die „Serbisch-Demokratische Partei“ 72 und die „Kroatisch-Demokratische Gemeinschaft“ 44 Sitze errangen. Nach der bosnischen Verfassung müssen die drei Volksgruppen gemeinsam die Regierung bilden. Diese Koalition ist nun unter starken Druck durch die Kämpfe zwischen Serben und Kroaten geraten. Es gibt Nachrichten, daß sich die Präsidenten Kroatiens, Tudjman, und Serbiens, Milosevic, in einem Geheimabkommen schon auf die Aufspaltung von Bosnien-Herzegowina geeinigt haben. Bisher hatte sich der Republikpräsident Izetbegovic für eine Konföderation der jugoslawischen Staaten ausgesprochen. Nach der Gründung des „Verteidigungsrates“ scheint man sich nun auf härtere Zeiten vorzubereiten. Am 13. 8. 91 kündigte Izetbegovic in nächster Zeit eine Volksabstimmung in Bosnien an, in der über die zukünftige Staatsform der Republik entschieden werden soll. — (hav)



West-Konzerne im Ost-Handel

Privatisierung fast abgeschlossen

Fast 70 % des Einzelhandelsumsatzes in der DDR wurden durch die staatliche Handelsorganisation (HO) und den genossenschaftlichen Konsum erreicht. Die ehemaligen HO-Läden sind inzwischen privatisiert oder dichtgemacht. Dabei haben vor allem westdeutsche Konzerne — von Tengelmann und Asko bis zur Spar und Edeka — mittlerweile den Ostmarkt fest im Griff. Sie kauften sich im großen Stil in die Ex-HO ein und investierten außerdem in neu hochgezogene Supermärkte. Die Währungsunion bescherte den Handelsriesen ein sicheres Zusatzgeschäft. Sie sind die größten Wendegewinner.

Allein die Rewe — Branchenführer im deutschen Lebensmittel-Einzelhandel — will in diesem und im kommenden Jahr Sachanlageninvestitionen in der ehemaligen DDR von mehr als einer Milliarde Mark erreichen. Angestrebt wird ein Marktanteil von 16 %. Die Mitarbeiterzahl soll dabei von bisher 5800 auf 15000 Ende 1992 zunehmen. Vor allem mit den Penny-Märkten soll das große Geschäft gemacht werden, aber auch HL-Supermärkte, Minimal-Märkte und toom-Selbstbedienungswarenhäuser sollen eröffnet werden. Darüberhinaus sind Baumärkte und Großhandlungen Bestandteil des Investitionsprogramms Ost.

Schon im August soll für 200 Millionen Mark am Nössener Autobahndreieck zwischen Dresden und Leipzig ein neues Verteilzentrum errichtet werden, das eine Nutzfläche von 80000 Quadratmetern hat und Ende 1992 fertiggestellt sein wird.

In Chemnitz entsteht ein Einkaufszentrum mit einer Verkaufsfläche von 30000 Quadratmetern. Nicht weniger als 500 neue Filialen will Rewe bis Ende 1992 in Ostdeutschland eröffnen. Für die Geschäftsleitung steht heute schon fest, daß sich dadurch der Rewe-Gesamtumsatz bis 1996 auf 40 Milliarden Mark verdoppeln wird.

Dem stehen viele kleine Lebensmittelgeschäfte gegenüber, die entweder jetzt schon geschlossen wurden oder noch geschlossen werden. Von den Mitte des Jahres noch bestehenden 25000 Läden werden bis zum Jahre 2000 wohl weitere 7000 geschlossen werden. Mit ihren kleinen Verkaufsflächen werden sie nicht mit den großen Konzernen konkurrieren können. Und ohne eine Kooperation mit Handelsketten oder Genossenschaften dürfte die Warenbeschaffung nicht zu bewältigen sein.

Quellen: Hamburger Abendblatt, 9.7.91; Frankfurter Rundschau, 22. 8. — (job AGD)

Zwei Putsche verschärfen die Krise in der Sowjetunion

Zerschlagung der Strukturen der Zentralgewalt, Verhinderung des Unionsvertrages, russische Grenzrevisionsansprüche

Zwei Putsche haben die Sowjetunion in den vergangenen Tagen an den Rand des völligen Auseinanderfallens getrieben.

Am 19. August ergriff, vor dem Hintergrund einer langanhaltenden politischen und wirtschaftlichen Krise, ein „Staatskomitee für Ausnahmezustand in der UdSSR“, dem neben Mitgliedern der Regierung bzw. des Verteidigungsrates auch der Vorsitzende der Landwirtschaftsunion und der Präsident der Assoziation der staatlichen Unternehmen der UdSSR angehörten, die Macht. Ihr Putsch scheiterte innerhalb von weniger als drei Tagen. Die imperialistischen Strategen höhnen regelrecht über Halbherzigkeit und Unentschlossenheit der Putschisten. „Offensichtlich waren die

nicht darauf eingestellt, ausreichend Gewalt anzuwenden ...“, zitiert die Zeitung *Dolomiten* einen Angehörigen des Internationalen Instituts für Strategische Studien. „Ein Riesenfehler sei es gewesen, der ausländischen Presse keinen Maulkorb umzuhängen und die lokalen Radiosender nicht rechtzeitig auszuschalten.“ Und: „... letztlich habe sich das Putschkomitee selbst ein Bein gestellt, indem es von Anfang an seine Verpflichtung zur Verfassungsmäßigkeit betont habe.“ (1) Tatsächlich zeigt nicht so sehr der auf Moskau und Leningrad beschränkte Widerstand, sondern die Art und Weise, in der der Putsch scheiterte, daß die sowjetische Bevölkerung das Alte nicht mehr will. Bis in die Reihen der

hohen und höchsten Funktionäre, ja bis in die Reihen der Putschisten hinein gab es keine nennenswerte Kraft, die die alten Strukturen der Sowjetunion ernsthaft verteidigen wollte.

Das Scheitern des ersten Putsches war zugleich der Beginn des zweiten. In der Absicht, den alten Zentralstaat, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, zu zerschlagen und den europäischen Teil Rußlands zum neuen Zentrum zu machen, errichtete der russische Präsident Jelzin ein diktatorisches Regime. Mit offenbar unbegrenzten Sondervollmachten, die er sich vom russischen Parlament geben ließ, setzte er die Verfassung der Sowjetunion außer Kraft, ohne Rücksicht auf die katastrophalen Folgen.

Jelzins Präsidentendekrete

Rußland hat über die Sowjetunion die *Frankfurter Allgemeine* (2) den Putsch Jelzins. Tatsächlich trachtete der russische Präsident danach, gezielt die Klammern zu zerschlagen, die vor allem noch die Sowjetunion zusammenhielten: die KPdSU und die Armee. Er verbot per Dekret die Tätigkeit der KPdSU auf dem Territorium Rußlands (übrigens auch die Tätigkeit anderer Parteien und Organisationen) und ließ alle ihre Gebäude, auch das ZK, schließen. Ebenfalls per Dekret hatte er sich zuvor zum Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet Rußlands ernannt und einen russischen Verteidigungsminister bestellt. Damit zerstörte er die Armee als Organ des Zentralstaates und bewaffnete er Rußland, das die Rolle des neuen Zentrums anstrebt. Inzwischen hat nach Rundfunkmeldungen eine gewaltige Säuberungswelle eingesetzt: 80 % der Kommandeure der Roten Armee werden zur Zeit ausgetauscht.

Als weitere bedeutsame Putschmaßnahme ist das Dekret über die „Grundlagen der wirtschaftlichen Souveränität Rußlands“ zu nennen, mit dem Jelzin den Anspruch auf die Übernahme der allermeisten auf dem Gebiet Rußlands liegenden Betriebe anmeldete, die bislang zentraler Verwaltung unterstanden. In geradezu schon dreister Anmaßung entließ er auch zwei von Gorbatschow eingesetzte Übergangsminister der sowjetischen Regierung, um Gorbatschow seine eigenen Gefolgsleute an die Seite zu stellen.

Um jeglichen Widerstand auszuschalten, unterstellte er das staatliche sowjetische Fernsehen der russischen Regierung, entließ u. a. den Fernsehdirector, verbot — gegen Protest auch anderer Zeitungen — diejenigen Zeitungen, die vom Staatskomitee für Ausnahmezustand nicht suspendiert worden waren, u. a. die Parteizeitung *Pravda* und die Gewerkschaftszeitung *Trud*. Die Führungen von Bezirksverwaltungen, die sich dem Staatskomitee nicht entgegengestellt hatten, wurden kurzerhand abgesetzt, auch hier wurde eine großangelegte Säuberungswelle in Gang gebracht. (3)

Die Russische Föderation hebt den Unionsvertrag aus

Der erste Putsch hatte die für den 20. August geplante Unterzeichnung des neuen Unionsvertrages (die zunächst durch die Russische Föderation, Kasachstan und Usbekistan erfolgen sollte) verhindert und wohl auch verhindern sollen. Eine Begründung dafür hat das Staatskomitee für Ausnahmezustand, soweit bekannt, nicht gegeben. Immerhin hatte es aber im „Appell an das sowjetische Volk“ am 19. 8. erklärt: „Wir versprechen, den Entwurf des neuen Unionsvertrages zu einer breiten Volkswahl auszulegen. Jeder wird das Recht und die Möglichkeit haben, diesen entscheidenden Akt in einer ruhigen Lage zu überdenken und sich festzulegen, denn von der künftigen Union wird auch das Schicksal zahlreicher Völker unserer großen Heimat abhängen.“ (4)

Kaum stand das Scheitern des ersten Putsches fest, erklärte der Hauptakteur des zweiten Putsches, Jelzin, daß nun Rußland den neuen Unionsvertrag auf keinen Fall mehr unterzeichnen werde.

Es geht mit dem neuen Vertrag um ein hartumkämpftes Ergebnis einer langen Auseinandersetzung. Zwei vorhergegangene Entwürfe waren vor allem von Jelzin verworfen worden. Der dritte Entwurf, auf den sich prinzipiell neun von fünfzehn Republiken verständigt hatten, sieht grundlegende Veränderungen vor und ordnet die Beziehungen zwischen der Zentrale und den Republiken neu. Seine hauptsächlichen Regelungen: Er schreibt die Souveränität der Republiken fest sowie die Nichteinmischung des Zentralstaates in die Innenpolitik der Republiken. In allen Fragen, die innere Angelegenheiten der Republiken regeln, haben ihre Gesetze Vorrang; in den anderen Bereichen verpflichten sich die Republiken darauf, die Unionsgesetze einzuhalten. Den Republiken steht es zu, eigene Wirtschaftsprogramme zu entwickeln, sie haben das Recht auf eigenen Außenhandel, freie Verfügung über Devisen. Das bisher von der Zentrale verwaltete Staatseigentum wird zwischen Zentrale und Republiken aufgeteilt. Ende Juli wurde der letzte strittige Punkt geklärt: Mit dem Unionsvertrag sollen statt der Zentralgewalt die Republiken das Recht erhalten, Steuern zu heben. Zur Durchführung der ihr übertragenen Aufgaben erhält die Zentralgewalt einen bestimmten Prozentsatz der Haushaltseinnahmen der Republiken.

Festgelegt war auch, daß bei der Verlagerung der Zentralregierung, den Vertrag zu unterzeichnen, die Republiken das Recht hatten, den Vertrag dennoch zu verwirklichen und neue Organe einer Zentralregierung zu schaffen. Der Beitritt ist freiwillig. Republiken, die den Vertrag nicht unterzeichnen wollen, werden durch den Vertrag als Ausland behandelt. (5)

Nach dem neuen Unionsvertrag erhält die Zentralgewalt also noch eine Reihe von Aufgaben — z. B. die Verteidigung —, aber sie hat im wesentlichen nur noch koordinierende Funktionen. Der Zustand, in dem sie die Beziehungen zwischen den Republiken und Regionen vermittelte, wird mit diesem Vertrag beendet. Die Gründe für den Widerstand, auf den er in Teilen der KPdSU und der Institutionen des Zentralstaates stieß, sind nicht in jedem Fall und ohne weiteres von der Hand zu weisen. Gorbatschow selbst hatte im November 1990 gewarnt: „Ich glaube, daß die Verwirklichung der Formel 'Union der souveränen Republiken' die tiefgreifendste Umgestaltung bietet. Ich glaube, noch weiter zu gehen, das wäre bereits der Zerfall, deshalb ist dies die am weitesten vorgeschobene Linie.“ Hinter dieser Linie drohe ein Blutbad. (6)

Dabei ist nicht nur von Belang, daß die Lostrennung von Republiken die Grenzen und den Bestand der Sowjetunion gefährdet. Betrachtet man etwa die Politik der baltischen Republiken, so zielt diese nicht auf wirkliche Unabhängigkeit, d. h. auf wirtschaftliche Unabhängigkeit. Sie bringt die baltischen Republiken vielmehr in neue und viel drückendere Abhängigkeit — in die Abhängigkeit vom imperialistischen Westen. Vor allem ist unter den gegebenen Bedingungen nicht gesichert, daß die Schwächung der alten Zentralgewalt ein Fortschritt in Richtung Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung ist oder nicht vielmehr die Herausbildung eines neuen Zentrums — das europäische Rußland — begünstigt. Ebenso ist nicht gesichert, daß die Republiken ihre Beziehungen im Rahmen des Unionsvertrages auf neuer Grundlage solidarisch reorganisieren können und wollen oder sich nicht vielmehr der Nord-Süd-Konflikt in der Sowjetunion ungeheuer verschärft. Die Gefahr nämlich, daß mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Republiken der Ressourcentransfer von den entwickelteren Republiken im Westen in die weniger entwickelten Republiken im Süden gestoppt wird und daß sich zwischen den Republiken Weltmarktbeziehungen durchsetzen, ist sehr groß.

Die jüngste Entwicklung bestätigt die Befürchtung, daß der russische Präsident Jelzin bereit ist, die „am weitesten vorgeschobene Linie“ zu überschreiten und ein Blutbad in Kauf zu nehmen. Welche Änderungen des Unionsvertrages er konkret durchsetzen will, ist noch nicht ganz klar. Mit hoher Wahrscheinlichkeit will er mindestens das durch den Putsch Erreichte — weitgehende Zerschlagung der Zentralgewalt, neue Vor-

machtstellung Rußlands — absichern. „Daß der Unionsvertrag einen neuen, rein russischen Stempel tragen wird, bedarf keiner Prognose“, schrieb das *Handelsblatt* und deutete an, daß sich die von Rußland verlangten „Nachbesserungen“ direkt gegen die südlichen Republiken richten: „Da sie es sich selbst zum Preis einer Anerkennung der Junta nicht mit dem Subventions-Zentrum verderben durften, trifft diese Republiken nun der ganze Zorn von russischen Freiheitskämpfern.“ (7) Inzwischen wurde bekannt, daß sich Rußland vor-

weiter dadurch verschärft, daß der Sowjetunion die Devisen fehlen, um Getreide u. a. in benötigter Menge auf dem Weltmarkt zu kaufen.

Auch industrielle Produktion und Rohstoffförderung sind stark rückläufig. Die Erdölförderung sank um 9 %, die Kohleförderung um 11 %. Die chemische Industrieproduktion sackte um 10 % ab, die Produktion von Lastwagen um 14 %, von Traktoren um 10 %. (9)

Die Zerrüttung der ökonomischen Beziehungen drückt sich in vielen Erscheinungen aus. Vieles verrottet. Täglich

schaftlichen Krise und ihre Ausweitung zu einem Bürgerkrieg.

Jelzin betreibt die Privatisierung der Staatsbetriebe, ist bereit, das Land weit für das imperialistische Kapital zu öffnen. „Viele westliche Interessenten ... sitzen für Großprojekte im Rohstoffsektor schon in den Startlöchern“, mahnte Axel Lebahn, der Ostbeauftragte der Deutschen Bank: „Die Deutschen müssen aufpassen, daß sie diese Möglichkeiten nicht verschlafen.“ (12) Einen Kurs, die Wirtschaft zu entmonopolisieren und damit die Wirtschaftsverwaltung wirk-



„Rußland hat über die Sowjetunion gesiegt“

gendeinem neuen Vertrag Grenzrevisionen vorbehält, und zwar gegenüber der Ukraine, Weißrußland, Kasachstan und dem Baltikum. (8)

Die Gefahr eines Bürgerkrieges wächst

„Das chaotische und spontane Abgleiten zum Markt hat explosionsartig einen regionalen, ressortmäßigen, persönlichen und Gruppenegoismus ausgelöst. Der Krieg der Gesetze und die Vorschubleistungen für die zentrifugalen Trends führten zur Zerstörung des einheitlichen Volkswirtschaftsmechanismus, der sich im Laufe von Jahrzehnten herausgebildet hatte. Im Ergebnis hat sich der Lebensstandard der großen Mehrheit der Sowjetbürger drastisch verschlechtert, Schwarzhandel und Schattenwirtschaft wuchern. Man hätte den Menschen bereits längst die Wahrheit sagen müssen: Wenn nicht umgehend entschlossene Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft getroffen werden, dann kommen in nächster Zukunft unvermeidlich eine Hungersnot und eine neue Runde der Verarmung, die mit massenhaften Erscheinungen spontaner Unzufriedenheit und deren zerstörenden Folgen direkt zusammenhängen. Nur verantwortungslose Menschen können auf Hilfe aus dem Ausland vertrauen.“ (3)

Diese Zustandsbeschreibung, die das Staatskomitee für Ausnahmezustand zur Rechtfertigung des Putsches abgab, trifft zu. Die ökonomischen Beziehungen in der Sowjetunion sind zerrüttet, das riesige Land droht in den Abgrund des wirtschaftlichen Ruins zu treiben.

Die landwirtschaftliche Produktion erlebte im ersten Halbjahr 1991 einen Rückgang von 11 %. Hauptursachen dafür sind, daß zum einen die Industrie die Landwirtschaft nur äußerst unzureichend mit Dünger, Maschinen, Ersatzteilen und vor allem Energie versorgt und zum anderen Bodenbestellung recht darniederliegt. (9) Jetzt droht eine Hungersnot, im Verhältnis zu der die Versorgungsmisere des letzten Winters nur ein Vorspiel darstellte. Die Lage wird

werden 30000 Waggons und Container nicht entladen. Handelsgesellschaften halten in Erwartung von Preiserhöhungen Produkte zurück. Waren verschwinden aus den offiziellen Verteilungskäufen. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Landflucht, besser: die Vertreibung der landwirtschaftlichen Produzenten vom Land, nimmt große Ausmaße an. Die Republiken verweigern die Zahlungen an die Union. Die Betriebe weigern sich, ihre Steuern an die Zentralgewalt abzuführen; im 1. Quartal erhielt der Unionshaushalt nur 40 % der veranschlagten Einnahmen. Der Rubel verfällt und hat aufgehört, eine einheitliche Währung der Sowjetunion zu sein. Es wird immer schwerer, Waren für Rubel zu bekommen. (10)

Eine der Haupterscheinungen der allgemeinen Wirtschaftskrise aber ist, daß die traditionellen Zuliefer-Abnehmer-Beziehungen über die Republiken- und Regionengrenzen hinweg zunehmend abgerissen sind. (11) Betroffen sind aufgrund des wirtschaftlichen Monopolismus beide: Der Zulieferer wird seine Produkte nicht los, da kein anderer Betrieb sie brauchen kann, der Abnehmer bekommt nicht, was er braucht, da kein anderer Betrieb das Verlangte produzieren kann. Die wechselseitige Abhängigkeit der Staatsbetriebe führt, sind die Beziehungen erst einmal gestört, zu einem „Dominoeffekt“, der weite Teile der Wirtschaft zu beeinträchtigen oder gar lahmzulegen begonnen hat.

Diese Entwicklung ist eine Folge der Krise des Zentralismus. Die hochzentralisierte Planwirtschaft kann die Beziehungen zwischen den Produzenten nicht mehr lenken. Angesichts dessen mußten „entschlossene Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft“ im Sinne gewaltsamer Wiederherstellung des hochzentralisierten Plansystems eine Illusion bleiben, die Putschisten vom alten Schlag scheitern.

Aber auch die Putschisten vom Schlag Jelzins können die Probleme nicht lösen. Im Gegenteil droht die umfassende Verschärfung der politischen und wirt-

lich zu dezentralisieren, schlägt er nicht ein.

Die Wirtschaft der Russischen Föderation ist mit der Wirtschaft der anderen Republiken eng verflochten und deshalb von dieser so abhängig wie diese von ihr. So würde etwa die Lostrennung der Ukraine, die als „Kornkammer“ der Sowjetunion gilt, die Lebensmittelversorgung u. a. auch in Rußland schlagartig bedrohen. Doch ungeachtet der wechselseitigen Abhängigkeit hat das riesige Rußland mit seinen 146 Millionen Menschen, seinen großen natürlichen Reichtümern, seinem hohen Anteil an der sowjetischen Industrieproduktion und am Außenhandel (ca. 80 %) ein großes wirtschaftliches Übergewicht. Der Putsch Jelzins, die Zerschlagung zentraler Strukturen, die Bewaffung Rußlands mit einer eigenen Armee und die neuen Ansprüche an andere Republiken haben den Verdacht verstärkt, daß die russischen „Reformer“ dieses Übergewicht nutzen wollen, sich andere Republiken zu unterwerfen. Der neue Zentralismus, setzt sich der Putsch Jelzins durch, verhindert die Reorganisation der Beziehungen zwischen den Produzenten, zwischen den Regionen und Republiken auf solidarischer Grundlage. Dieser zweite Putsch hat die Gefahr eines langen, blutigen Bürgerkrieges in der Sowjetunion nicht abgewendet, sondern enorm verstärkt.

Quellen: (1) *Dolomiten*, 22. 8. 91; (2) *FAZ*, 24. 8. 91; (3) *FAZ*, 23. bis 26. 8. 91; (4) Dokumente Nr. 11 vom 19. 8., herausgegeben von der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR in Zusammenarbeit mit der Presseagentur Nowosti (AN); (5) *FAZ*, 30. 4.; *FR*, 30. 4.; *FAZ*, 1. 8.; Fernsehrede Gorbatschows, in: *Dokumente* Nr. 10 vom 5. 8. 91; (6) Boris Meissner, Gorbatschow am Scheidewege, in: *Osteuropa* 5/91; (7) *Handelsblatt*, 26. 8. 91; (8) *Neue Osnabrücker Zeitung*, 27. 8. 91; (9) *Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, in: *taz*, 27. 8. 91; (10) *Nachrichten für Außenhandel*, 24. 4. 91, *Neue Zürcher Zeitung*, 8. 5. 91, *Zeit*, 5. 4. 91, *FAZ*, 7. 1. 91; (11) *Nachrichten für Außenhandel*, 24. 4. 91; (12) *Marxistisches Magazin* 4/91 — (sec)

Internationale Umschau



„Besser ein Boot als eine Brücke“, mit diesem Transparent auf dem Segel eines Wikingerschiffes durchkreuzte eine dänische Umweltschutzorganisation den Øresund zwischen Dänemark und Schweden. Zahlreiche Organisationen sämtlicher Ostseeanliegerstaaten protestieren gegen den Bau einer Brücke über diesen Sund. Es wird befürchtet, daß sich durch den Autoverkehr über die Brücke die Salz- und Sauerstoffzufuhr aus der Nordsee weiter verschlechtert. Trotzdem beschloß im Juni das schwedische und Mitte August das dänische Parlament den Bau. Am Abend vor der dänischen Parlamentsentscheidung demonstrierten 5 000 Menschen.

Quelle: Klassekampen (Norwegen) vom 15. 8. 91 — (ccs)

Marokko: Angriffe auf die Polisario

Die marokkanische Regierung versucht offensichtlich, das von der UNO bereits beschlossene Referendum über die Zukunft der seit Jahren um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Bevölkerung der Westsahara (früher spanische Kolonie, danach wegen der Phosphatvorkommen von Marokko besetzt) durch militärische Terrorangriffe zu verhindern. Am 25. August meldeten die Nachrichtenagenturen, die marokkanische Armee habe die von der Befreiungsbewegung Polisario bereits 1975 ausgerufene Hauptstadt der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara“, Bis Lahou, erobert. Hunderte von Männern, Frauen und Kindern wurden in die Wüste verjagt, wo ihnen ohne Wasser- und Lebensmittelreserven binnen weniger Tage der Tod droht. — (rül)

SADCC: Boykott gegen Südafrika beibehalten!

Die Staaten der „Südafrikanischen Konferenz für Koordinierung und Entwicklung“ (SADCC, ihr gehören an: Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Simbabwe, Swasiland und Tansania) haben sich zum Abschluß eines Außenministertreffens in Tansania auf eine gemeinsame Erklärung verständigt, in der sie die Beibehaltung der Sanktionen gegen das Siedlerregime in Südafrika verlangen. Dieses müsse weiter unter Druck gesetzt werden, damit es ernsthafte Verhandlungen über die Abschaffung der Apartheid aufnimmt, heißt es in der Erklärung. — (rül)

Kuwait: Regime will eine Million Menschen vertreiben

Mitte August hat das kuwaitische Regime seine Pläne zur weiteren Bekämpfung der Opposition und der ausländischen Bevölkerung im Land veröffentlicht. Die Pläne sehen vor, die Bevölkerung des Landes von jetzt 2,2 Millionen auf bald 1,2 Millionen Menschen zu verringern, das heißt fast zu halbieren. Vor der Besetzung des Landes durch den Irak lebten in Kuwait nur ca. 620 000 Menschen mit kuwaitischer Staatsbürgerschaft und etwa 1,6 Millionen „Ausländer“, darunter 400 000 Palästinenser und u.a. 10 000 politische Flüchtlinge aus dem Irak. Die Palästinenser sind schon jetzt zum größten Teil verjagt, andere Ausländer sollen folgen. Ziel ist, daß durch diese brutale Massenvertreibung am Ende die Personen mit kuwaitischem Paß die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Mit anderen Worten: Von den 1,6 Millionen Ausländern sollen etwa 1 Million, das sind fast zwei Drittel, verjagt werden. Da ausländische Arbeiter praktisch bisher den größten Teil der Arbeitskräfte im Land stellten, vor allem in den Produktions- und Dienstleistungsbereichen, dürfte die Vertreibung einhergehen mit massiven Kapitalexporten der herrschenden Klasse. Statt in Kuwait ausländische Arbeitskräfte auszuheben, will man sich künftig noch mehr als bisher schon durch Kapitalanlagen im Ausland bereichern.

Quelle: „SoZ“ vom 28. 8. 91 — (rül)

Türkei: Wahlen auf den 20. Oktober vorgezogen

Die türkische Regierungspartei ANAP unter dem erst vor kurzem in sein Amt gekommenen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz und die beiden großen Oppositionsparteien in der Nationalversammlung, die „Partei des rechten Weges“ unter dem früheren rechten Premier Demirel und die „sozialdemokratische“ SHP unter İnönü haben sich auf eine Vorziehung der Parlamentswahlen geeinigt. Nach den letzten Meldungen sollen die Wahlen jetzt auf den 20. Oktober dieses Jahres vorgezogen werden, d.h. ein Jahr früher, als nach dem Termin der letzten Parlamentswahl nötig gewesen wäre. Die beiden Oppositionsparteien machen sich Hoffnungen auf starke Stimmengewinne — nach den Meinungsumfragen ist die Unterstützung für die ANAP wegen der anhaltend hohen Inflation (offiziell beträgt die Teuerungsrate derzeit 60 %) und der großen Arbeitslosigkeit sowie dem dauernden Krieg in Kurdistan teilweise auf unter 20 % gesunken. Gemeinsam ist allen drei Parteien die Absicht, die türkische Kolonialherrschaft über Nordwest-Kurdistan aufrechtzuerhalten. In den kurdischen Gebieten haben alle drei Parteien nach den Aufständen im letzten Frühjahr praktisch keinerlei Anhang mehr. Deshalb ist nicht auszuschließen, daß sie alle drei gemeinsam versuchen werden, die oppositionelle „Partei der Arbeit des Volkes“ (HEP) von den Wahlen fernzuhalten. Das türkische Regime verdächtigt die HEP mehr oder weniger offen, mit dem kurdischen Befreiungskampf zu sympathisieren. Mehrere Sprecher der HEP waren in den vergangenen Wochen Ziel von Mordanschlägen türkischer Kommandos. Nach dem Mord an dem HEP-Vorsitzenden von Diyarbakir, Evan Aydin, hatten 100 000 Menschen in der Stadt gegen die türkische Herrschaft demonstriert. — (rül)



Zu schweren Krawallen kam es vorletzte und letzte Woche in dem New Yorker Armenviertel Brooklyn, nachdem ein chassidischer (jüdischer) Autofahrer eine rote Ampel ignoriert und zwei schwarze Kinder überfahren hatte. Eine kurz danach eintreffende chassidische Ambulanz behandelte nicht etwa die schwer verletzten Kinder, sondern den nur leicht verletzten Autofahrer. Eines der Kinder starb kurz darauf. In dem Stadtteil leben etwa 20 000 bis 30 000 Chassiden, eine jüdische Sekte aus Osteuropa, und Schwarze. Weder der Unglücksfahrer noch die Ambulanz sind bisher von der Polizei verhaftet worden. Die Empörung der Schwarzen über dieses rassistische Verhalten von Ambulanz und Polizei entlud sich in tagelangen Straßenschlachten mit der Polizei und mit Vertretern der Chassiden. — (rül)

Während Kroatien mobilisiert, feiert Serbien die Monarchie

In Jugoslawien ist nun das Finale um die Neuaufteilung des Landes eingeläutet. Die kroatische Regierung hat für Ende August eine allgemeine Mobilmachung angekündigt. Nach Angaben des kroatischen Verteidigungsministers läuft die kroatische Waffenproduktion auf Hochtouren. Gleichzeitig wurde in einem Schreiben an Genscher eine unmittelbare Initiative der BRD gefordert. Die Bundesregierung hat dann auch gleich dem jugoslawischen Staatspräsidium mit der Anerkennung von Slowenien und Kroatien „gedroht“, wie es die FAZ interpretiert. Eine Anerkennung der Unabhängigkeit beider Republiken würde aus der innerjugoslawischen Auseinandersetzung einen offiziellen Krieg zwischen Staaten machen, was dann internationale Eingriffsmöglichkeiten erleichtert. Darauf spekulieren die Kroaten. Die militärische Strategie der Serben ist jetzt ebenfalls klar. Nach Aussage eines Chefs der serbischen Miliz in Kroatien, Milan Martić, wollen die Milizen die Kontrolle bis nach Zadar an der dalmatinischen Küste ausdehnen, damit ein zukünftiger serbischer Staat Zugang zur Adria bekommt. Neben der schon fast vollzogenen Eroberung des fruchtbaren Hügellandes Baranya in Slowenien wäre damit ein gutes Stück des großserbischen Traumes verwirklicht. Man fühlt sich im offiziellen Serbien offenbar schon so stark, das am 16. August zum ersten Mal seit der Aufhebung der Monarchie in Jugoslawien der Todestag des 1921 gestorbenen ersten Königs Petar I. Karadjordjevic mit großem Pomp gefeiert wurde. Die nationalistischen Bocksprünge von Kroaten und Serben übertünchen aber nur schlecht die miserable soziale Lage. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 1,7 Millionen angestiegen. Die Devisensparguthaben in Höhe von 10,5 Milliarden Dollar der Bürger wurden gesperrt und es wird vermutet, daß die Gelder schon verpulvert sind. Für die nächste Zeit ist eine Erhöhung der Verbraucherpreise angekündigt, während gleichzeitig die Auszahlung der Löhne in den meisten Betrieben um zwei bis drei Monate hinterherhinken. Ende September enden in den größten Unternehmen die Betriebsferien und schon jetzt ist absehbar, daß es in Jugoslawien einen heißen Herbst mit Massenstreiks und Demonstrationen geben wird. — (hav)

Nahostkonferenz: König Hussein für Teilnahme der Palästinenser

Der jordanische König Hussein hat seine Position bekräftigt, daß die Palästinenser an der für Oktober geplanten Nahost-Friedenskonferenz teilnehmen werden. Die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO besteht darauf, die Mitglieder der palästinensischen Delegation selbst zu benennen. Sie verlangt außerdem, daß auch Palästinenser aus Jerusalem in der Delegation vertreten sind. Beides wird von dem zionistischen Siedlerregime bislang strikt abgelehnt. Hussein erklärte: „Ich habe das Gefühl, daß die Palästinenser (zur Konferenz) gehen müssen, und sie werden gehen.“

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 8. 91 — (rül)

Konferenz über Landreform

Namibische Landarbeiter, Bauern und Farmer debattierten

Anfang Juli führte die namibische Regierung eine nationale Konferenz über die Landreform durch, an der über 500 Delegierte aus allen Teilen Namibias teilnahmen. Die Delegierten kamen aus allen Klassen der Landbevölkerung: Landarbeiter, landlose und arme Bauern, mittlere Bauern und reiche weiße Farmer. In Folge der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches und der Siedlerregierung Südafrikas gehörte vor der Befreiung etwa 4000 Farmern und Kapitalgesellschaften etwa 44 Prozent des bebaubaren und landwirtschaftlich nutzbaren Landes, mehr als eine Million Bauern mußten sich mit 41 Prozent des Landes begnügen, das als „Reservat“ oder „Homeland“ bekannt war.

Die Konferenz erreichte Einigkeit über folgende Punkte, die in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten wurden:

„daß es Ungerechtigkeiten in der Aneignung von Land in der Vergangenheit gegeben hat“;

„daß in Anbetracht der Komplexität alter Landansprüche eine vollständige Entschädigung für solche Ansprüche unmöglich ist“;

Die Konferenz kam überein, daß Namibiern, die Land brauchen, Vorrang gegeben werden solle und stellte fest, „daß Fremden nicht erlaubt werden soll, Farmland zu besitzen, aber ihnen soll das Recht gegeben werden, es auf einer

Rentenbasis zu benutzen und zu entwickeln“.

Weiterhin stellte die Konferenz fest, daß braches und untergenutztes, kommerzielles Land in produktive Nutzung durch diejenigen gebracht werden soll, die es brauchen. Landbesitzer, die im Ausland leben, sollen enteignet werden. Sehr große kommerzielle Farmen und Eigentum von einem Besitzer an mehreren Farmen soll verboten werden. Solches Land soll enteignet werden. Die Konferenz überwiegt diese Fragen an ein spezielles technisches Komitee, das mit der Ausarbeitung von genauen Richtlinien beauftragt ist.

Das Land in den ehemaligen „Homelands“ soll Eigentum der dortigen Gemeinden bleiben und es soll keine Pacht für die Nutzung dieses Landes erhoben werden. Regionalen Gruppen, die besondere Formen der Landwirtschaft betreiben, wie Nomaden oder die Buschmänner, soll die besondere Nutzung ihres Landes garantiert werden. Sie dürfen nicht gegen ihren Willen gezwungen werden, das Land anders zu bearbeiten.

Der Schutz ihrer und anderer gemeinschaftlicher Lebensformen muß Vorrang haben vor dem individuellen Recht auf Freizügigkeit und Besitz.

Die Regierung kündigte an, sie werde die Entschließung als Richtlinie für die Gesetzgebung betrachten.

Quellenhinweis: Namibian, 2. 7. 91 — (uld)

Niederlande: Angriffe auf Kranke

Karenztage, kürzere Invalidenrente und andere Pläne

Die niederländische Regierung hat drastische Maßnahmen beschlossen, begründet mit der Bekämpfung des hohen Krankenstandes in den Betrieben und des Anteils von Invaliden in der gesamten Gesellschaft. Derzeit beträgt der Krankenstand etwa 9 %, 900 000 Lohnabhängige sind als „Invalide“ registriert, verglichen mit 5 Millionen Lohnabhängigen. Die Regierungspläne richten sich aber nicht gegen die Ursachen von Krankenstand und Invalidität, d.h. gegen die Arbeitsbelastung, Unfall- und Verletzungsgründe in der Produktion, sondern gegen die Kranken und Invaliden selbst.

So soll die Dauer der Invalidenrente der für arbeitsunfähig erklärten Personen unter 50 Jahren in Abhängigkeit von ihrem bisherigen Arbeitsleben zeitlich begrenzt werden; sie soll jedoch mindestens ein Jahr betragen. Danach sollen die Invaliden nur noch Sozialhilfe erhalten. Bei Krankmeldungen soll jeder Lohnabhängige je Krankmeldung auf einen Urlaubstag verzichten — eine Abwandlung auf die in der BRD von den Kapitalisten propagierten „Karenztage“. Lediglich der gesetzliche Anspruch auf 20 Urlaubstage im Jahr soll von dieser „Verrechnung“ verschont bleiben.

Schließlich soll der Behindertenschutz verschlechtert werden. Ministerpräsident Lubbers hatte bereits im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit dem hohen Krankenstand die Niederlande als „krankes Land“ bezeichnet und sogar mit seinem Rücktritt gedroht, wenn die Zahl der anerkannten Invaliden die Grenze von einer Million überschreite (derzeit 900 000).

Die Gewerkschaften reagierten auf die Regierungspläne mit der Ankündigung eines „heißen Herbstes“. Dabei kam erstmals seit längerem wieder eine Allianz aller Gewerkschaften, insbesondere des (mehrheitlich sozialdemokratischen) Gewerkschaftsbundes FNV und des (christlichen) Gewerkschaftsbundes CNV zustande. Auch die „Gewerkschaft für mittleres und höheres technisches Personal“ (MHP) hat sich dem Widerstand angeschlossen. Ein gemeinsames Aktionsprogramm ist verabschiedet. Am 17. 9., dem Tag der Verlesung des Regierungsprogramms für das nächste Jahr durch die Königin, sollen erste öffentliche Aktionen stattfinden. Am 5. Oktober ist eine landesweite Großkundgebung und Aktionswoche geplant.

Informationsdienst Gesundheitspolitik 18/91. FNV-Magazin Nr. 13 und 14/91 — (rül)

Wirtschaftsreformen geplant

Äthiopien/Eritrea/Tigray: eine Übergangsregierung

Ende Mai eroberten die Streitkräfte der Äthiopischen Demokratischen Volksbefreiungsfront (EPRDF) die Hauptstadt Äthiopiens. Damit ging zunächst ein Jahrzehnte dauernder Bürgerkrieg zu Ende. Die Befreiungsorganisationen in Eritrea und Tigray kämpften für die Unabhängigkeit ihrer Länder von Äthiopien. Der militärische Sieg über das viel größere Äthiopien war unter anderem auch deshalb möglich, weil die äthiopische Regierung unter Mengistu zunehmend jede Unterstützung im eigenen Land verlor — über 70 Prozent der Staatsausgaben wurden für das Militär aufgewandt, die Zentralregierung stellte kaum Mittel zur Verfügung, um Maßnahmen gegen die Folgen der Dürre und Hungersnot in der Sahel-Zone zu ergreifen. Außerdem verlor die Regierung Mengistu im Zuge der Auflösung des RGW und des Warschauer Vertrages die militärische Unterstützung aus den osteuropäischen Staaten.

Nun hat die EPRDF die Macht im ganzen Staat. Ihre Gegner in Äthiopien befürchten, daß sie plant, künftig auch die Herrschaft über Äthiopien zu behalten. Die EPRDF erklärt, das nächste Ziel sei, freie Wahlen getrennt in Äthiopien, Eritrea und Tigray durchzuführen, damit in allen Ländern demokratisch legitimierte

Übergangsregierungen errichtet werden können, die über die Zukunft des Landes und den Verbleib oder das Ausscheiden des Landes aus dem jetzigen Zentralstaat entscheiden können. In der jetzt bestehenden Übergangsregierung sind sowohl Mitglieder verschiedener eritreischer Organisationen wie auch der Befreiungsfront Tigrays vertreten, jedoch nur ein Vertreter einer äthiopischen Gruppe. Einen Zeitplan für diese Wahlen gibt es jedoch noch nicht.

Außerdem plant die Regierung, zunächst weitreichende Wirtschaftsreformen in allen drei Ländern durchzuführen und die verstaatlichen Betriebe zu privatisieren — weil vor allem in Äthiopien selbst die Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleistet ist. In Tigray hat die Volksbefreiungsorganisation schon seit mehr als vier Jahren eine Wirtschaftsstruktur in den befreiten Gebieten entwickelt, die eine weitgehende Selbstversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kleidung sicherstellt. Auch in Eritrea ist die Versorgungslage besser als in Äthiopien, weil hier ebenfalls in seit mehreren Jahren befreiten Regionen weitgehende Selbstversorgung besteht.

Quellenhinweis: New African Nr. 7/91. Guardian Weekly Nr. 143/91 — (uld)

Während der Golfkrise und des Golfkrieges wurde immer wieder eine große Friedenskonferenz zur Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten angekündigt. Was ist daraus geworden — drei Monate nach dem Ende des Krieges? Nur für das Israel-Palästina-Problem wurden politische Gespräche auf Außenminister- und Regierungsebene aufgenommen. Die restlichen Aktivitäten in einer Sackgasse scheitern. Alle anderen Probleme — einschließlich der Abrüstung im Nahen und Mittleren Osten — sind unter den Tisch gefallen. Es ist anzunehmen, daß sie wegen der diplomatischen und völkerrechtlichen Schwierigkeiten — aber auch wegen andersgerichteter Interessen — verdrängt wurden.

Die Frage nach dem Schicksal der Kurden wurde kürzlich auf die Frage nach den Kurden im Irak, da deren Verfolgung durch Saddam Hussein — mit der Massenflucht von über 2 Mio. Kurden in die Berge über die Grenze mit der Folge des Verhungerns und Erfrierens vieler Zehntausender — für alle Welt sichtbar war. Die meisten Kurden sind zurückgegangen, nachdem eine Sicherheitszone eingerichtet worden war. Aus dieser Zone wurden nun die amerikanischen Soldaten wieder abgezogen, ohne daß in ausreichendem Maße UNO-Truppen an ihre Stelle getreten sind; das heißt: Ein Angriff auf die Kurden kann sich jederzeit wiederholen!

Und was ist mit den Kurden in der Türkei, im Iran, in Syrien?

Um das richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, Genaueres über Kurdistan und seine Geschichte zu wissen. Politiker sprechen meist im Zusammenhang mit den Kurden fälschlicherweise von Minderheitsproblemen; sie machen aber im Iran, im Irak und in der Türkei ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Die Kurden sind ein Volk von 30 bis 35 Mio. Menschen. 17,5 Mio. leben in der Türkei, 6 Mio. im Iran, 4,5 Mio. im Irak, 1 Mio. in Syrien und 450 000 im Grenzgebiet der Sowjetunion. In den letzten Jahrzehnten sind viele geflüchtet und wegen politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung ausgewandert. So leben 25 000 bis 35 000 in Israel und im Libanon, 200 000 in Jordanien und in Libyen (zumeist als Saisonarbeiter), fast 1 Mio. in Europa (davon ca. 500 000 in der BRD), 100 000 in den USA, in Kanada, in Australien.

Die Kurden bewohnen ein zusammenhängendes Gebiet in Kurdistan. Das ist ein Gebirgsland im Osten der Türkei, im Westen des Iran, im Norden und Osten des Irak und südlich des armenischen Teils der Sowjetunion. Das Gebiet ist etwa 550 000 qkm groß — etwa doppelt so groß wie die BRD. In diesem Gebiet entspringen Euphrat und Tigris, die berühmten Flüsse des Zweistromlandes, das als die Wiege der Menschheitskultur gilt.

Die Kurden sind ein indogermanisches Volk wie die Perser. Sie leben in diesem Gebiet nachweislich schon 3 000 bis 4 000 Jahre, am Kreuzpunkt alter Kulturen, an den Handelswegen zwischen Ost und West. Die Spuren der alten Hochkulturen der Parther, Meder, Assyrier, der Sassaniden und anderer sind noch in Trümmern unter der Erde Kurdistans begraben und warten auf die geschichtliche Erforschung.

Durch die vielen Kriegszüge, die seit Jahrtausenden über das Land zogen, sind nicht nur viele Bauwerke und heilige Stätten zerstört worden, sondern auch viele literarische Zeugnisse der kurdischen Kultur sind verbrannt und verloren gegangen. Umso erstaunlicher ist es, daß sich die Sprache mit alten Liedern, Spruchweisheiten, Sagen, Mythen und Märchen in großer Mannigfaltigkeit erhalten hat durch mündliche Überlieferung. Bis heute gibt es in jedem Dorf, in jeder größeren Familie Sänger und Märchenzähler. Auch ihre unvergleichliche Musik mit den alten Instrumenten, ihre Tänze und Feste haben die Kurden bewahrt und sind auch in der Lage, neue aktuelle Texte schöpferisch und selbstverständlich in alte Formen einzubauen, was die Lebendigkeit ihrer Kultur bezeugt. Tanz und Musik sind für die Kurden so wichtig, daß sie neben der Sprache den hauptsächlichsten Zusammenhalt aller Kurden bedeuten. Die Sprache ist eine sehr entwickelte kostbare Sprache. Daher gibt es seit Jahrhunderten immer wieder berühmte kurdische Dichter.

Die Geschichte Kurdistans hat zahlreiche Religionen nebeneinander entstehen lassen und bestehen lassen. So gibt es aramäische, chaldäische, assyrische und armenische Christen, die mit ihren Riten auch die alten Sprachen bewahrt

Zur Frage einer neuen Friedensordnung im Nahen und Mittleren Osten

Eine gerechte Lösung für die Kurden in der Region ist dringend nötig

haben: es gibt Christen anderer Konfessionen und Kurden. Es gibt die Jessiden, die Teile der alten persisch-kurdischen Religion der Verehrung des Lichtes (Zoroaster) bewahrt haben und natürlich die Mohammedaner (Sunniten, Schiiten, Aleviten, Schaffeviten), zu denen der größte Teil der Bevölkerung gehört. Es gab Religionskämpfe und Verfolgungen, auch bis in die jüngste Zeit. Es gab auch Stammeskämpfe und Blutrache. Aber die schrecklichen Verfolgungen der Kurden unter der Fremdherrschaft haben das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kurden und die Erfahrung der Bedeutung von Menschenrecht und Menschenwürde wachsen lassen und somit auch die Fähigkeit zur Toleranz.

Bis ins 17. Jahrhundert konnten die kurdischen Fürstentümer und Scheichtümer ihre Selbstständigkeit gegenüber den damaligen Großmächten bewahren. 1639 wurde Kurdistan durch einen Vertrag zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich aufgeteilt. In der Folgezeit gab es immer wieder Aufstände gegen die häufig brutale und ungerechte Herrschaft. Allein im 19. Jahrhundert sind über 20 berühmte große Aufstände gegen den Schah oder den Sultan bekannt geworden.

Im 1. Weltkrieg stand die Türkei (bzw. das zerbröckelnde Osmanische Reich) an der Seite Deutschlands. Französische und englische Truppen eroberten damals Palästina, Libanon, Syrien, Arabien und das Zweistromland. Kurdische Stämme halfen den Engländern und erhielten dafür das Versprechen der Autonomie nach dem Krieg. Noch im Vertrag von Sevres 1920 wurde die Autonomie der Kurden festgeschrieben. Aber schon drei Jahre später, im Vertrag von Lausanne 1923, der ohne Befragung des kurdischen Volkes oder seiner Stammesführer zwischen England, Frankreich, dem Iran und der Rest-Türkei unter Atatürk ausgehandelt wurde, kam es zur Aufteilung Kurdistans auf die Türkei, den Iran, den neu entstandenen Irak und Syrien. Damit begann die schlimme Unterdrückung der Kurden in allen vier Ländern — über 70 Jahre. Anfangs von den vier Regierungen gegebene Teil-Autonomie-Versprechungen für die Kurden wurden weder von den Iranern, noch den Irakern, noch den Türken oder Syrern eingehalten. Im Gegenteil: Forderungen der Kurden nach den ihnen zustehenden Freiheiten und Rechten wurden massiv mit militärischem Einsatz unterdrückt.

In der Türkei wurde sogar von Anfang an die Existenz des kurdischen Volkes und die einer kurdischen Sprache und Kultur geleugnet — entsprechend der national-faschistischen Ideologie Kemal Atatürks von einem großen türkischen Einheitsvolk, in dem alle, die sich nicht anpassen wollten, zur Anpassung gezwungen oder eliminiert werden sollten.

So wie 4,5 Mio. Armenier verschleppt und umgebracht worden sein sollen unter dem Befehl Atatürks, so schätzt man auch die Zahl der verschleppten und getöteten Kurden in der Türkei seit dem Ende des 1. Weltkrieges auf 1,5 Mio. Aufstände wurden mit Massenverhaftungen und -Hinrichtungen, mit Massakern an der Bevölkerung sowie der Evakuierung und Zerstörung zahlloser Dörfer beantwortet. Zwangsweise Aus- und Umsiedlung zerstreut in türkischsprachige Gebiete sollte den kulturellen Zusammenhang zerstören. Die kurdische Sprache wurde unter Strafantrohung verboten — (das war so bis Ende März 1991, als Özal das diesbezügliche Dekret lockern ließ, um der Kritik des Auslands in einem minimalen und nicht haltbaren Punkt vorzubeugen). Nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 wurde die Kurdenverfolgung noch massiver, da mit zunehmendem politischen Bewußtsein der Widerstand auch der Kurden gewachsen war. Zehntausende füllten die Gefängnisse, in denen bis heute routinemäßig gefoltert wird.

Über 1 000 Gefangene überlebten die Folterungen nicht. Seit dem Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes im türkischen Teil Kurdistans (August 1984), der in ständig zunehmendem Maße von der Bevölkerung unterstützt wird, nehmen Strafkolonien, willkürliche Erschießungen und Folterungen auch an

Frauen und Kindern zu, was aber den Widerstand nur verstärkt. Im Frühjahr 1990 hat die Türkei über ihren Teil Kurdistans den Ausnahmezustand verhängt, was sie am 23. August 1990 offiziell dem Europarat mitgeteilt hat, d.h. Todesstrafen können verhängt und sofort ausgeführt werden. Verhaftungen für politische Äußerungen, für Teilnahme an Demonstrationen oder auf bloßen Verdacht hin können durchgeführt werden, die Menschen — auch Kinder — können für Wochen und Monate festgehalten werden ohne Kontaktaufnahme und Einspruchsmöglichkeit durch Rechtsanwälte. Daneben sind nicht verfolgte, sondern gebilligte Straf- und Rache-Aktionen durch Soldaten und Spezialeinheiten vor allem an der Bevölkerung auf dem Lande der furchtbare Alltag.

Im Iran haben die Kurden 1946 eine eigene Republik ausgerufen mit gewählten Abgeordneten und Ministern, die aber nur elf Monate bestand, weil der damalige Schah mit seinen Truppen einrückte und den ersten Ministerpräsidenten und seine Minister öffentlich hinrichten ließ. Kurz darauf wurde der Iran selbst zur Republik unter Mossadek. Aber auch diese Republik bestand nur kurze Zeit. Die Verstaatlichung der Ölfelder rief den Westen auf den Plan. 1952 kam der Sohn des entmachteten Schahs durch Militärputsch mit Hilfe der Amerikaner an die Macht und hat — wie man hierzulande vielleicht noch weiß — mit seinen Geheimdiensten und seinem Militär eine Schreckensherrschaft geführt gegen Linke, Demokraten und auch gegen die Kurden. Unter Komeini war es für die demokratisch eingestellten Kurden, die keine fanatischen Moslems waren und an ihren besonderen kurdischen Rechten festhielten, nicht besser. Seit 1980 sollen im Iran 30 000 Kurden und Kurdinnen getötet worden sein. Gassemlu, der Führer der Demokratischen Kurdischen Partei im Iran, wurde vor zwei Jahren in Wien zusammen mit seinen Begleitern bei Verhandlungen über Autonomie-Rechte der Kurden ermordet. Der Mörder wurde von der iranischen Botschaft gedeckt.

Im Irak wechselten Autonomieverhandlungen und Kämpfe über Jahrzehnte ab. Mehrere Jahre bis 1975 und später auch während des irakisch-iranischen Krieges bis zu den Ereignissen von Halabja war ein großer Teil des irakischen Kurdistans ein von kurdischen Freiheitskämpfern, den „Peschmergas“, befreites und geschütztes Gebiet. Aber während der ganzen Zeit der Machtausübung von Saddam Hussein gab es Militäraktionen, Verhaftungen durch Geheimdienste, Konzentrationslager und Folterungen. Am Ende des irakisch-iranischen Krieges hat Saddam Hussein massiv den Angriff gegen die Kurden wieder aufgenommen. Der Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabja im März 1988 (mit 5 000 Toten und 7 000 Verletzten, von denen noch viele gestorben sind) hat die Weltöffentlichkeit aufgeschreckt. Aber die Proteste der Regierungen waren so schwach, daß Saddam Hussein wenige Wochen später es wagen konnte, die Verfolgung mit Giftgas weiterzuführen. Mehr als 100 000 Kurden flohen schon damals über die Grenzen in den Iran und in die Türkei. Anschließend führte Saddam Hussein unter den verbliebenen Kurden Zwangsumsiedlungen durch, zerstörte die Dörfer, Obstplantagen und Brunnen, um das Land unbewohnbar zu machen. Die verschleppten Dorfbewohner wurden in Konzentrationslager-ähnlichen Camps mit Militäraufsicht mitten in arabischen Gebieten untergebracht. Er hat willkürliche Erschießungen nach dem Vorbild Hitlers an Männern, Frauen und Kindern aus diesen Lagern heraus durchführen lassen. Sie wurden auf Lastwagen geladen, angeblich, um sie wieder in ihr Dorf zu bringen oder zu einem Arbeits-einsatz, und dann an einem einsamen Ort erschossen. Die Härte und der Zynismus den Kurden gegenüber kannte und kennt unter der Herrschaft von Saddam Hussein keine Grenzen. So ist die Massenflucht von über 2 Mio. Kurden in die Berge und über die Grenzen zu verstehen, von deren furchtbaren Folgen durch Verhungern, Erfrieren, Verlet-

zungen und Krankheiten wir alle Zeugen geworden sind, als nach dem Ende des Golfkrieges Saddam Hussein seine Truppen zu einem Vernichtungskrieg gegen die Schiiten und die Kurden im eigenen Land vorrückte ließ.

Von Syrien, dem nur ein kleiner Teil Kurdistans an der Nordgrenze Syriens zugeteilt wurde, sind weniger kurdenfeindliche Aktionen bekannt geworden. Allerdings wurde 200 000 Kurden ihr Land, ihre Existenzgrundlage, ohne Entschädigung weggenommen; sie wurden zwangsevakuiert und ihnen wurde eine Staatsbürgerschaft nicht zuerkannt.

Was hier geschildert wurde, entspricht der brutalen Realität, die bis heute andauert. Für verantwortungsbewußte Politiker kann es nur eine Lösung geben, um die Unterdrückung der Kurden zu stoppen und den Kurden zu ihrem Recht zu verhelfen: Die Kurden brauchen einen eigenen Staat!

Die europäische Politik der letzten Jahre, Monate und Wochen hat einen Weg gezeigt, auf dem man zu einer solchen Lösung vorschreiten kann. Anerkennung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist Grundlage der UNO-Charta und in noch strikterem Maße — wie es sich gezeigt hat, mit sehr realen Konsequenzen — der KSZE. Außenminister Genscher hat nach dem Golfkrieg in Paris unter Zustimmung der europäischen Außenminister ein internationales Gericht gefordert, vor dem der Irak unter Saddam Hussein zur Rechenschaft gezogen werden kann wegen Verbrechen gegen Menschlichkeit und Völkerrecht. Noch gibt es diesen internationalen Gerichtshof nicht, der die Autorität hätte, Völker und Staaten betreffende Entscheidungen zu treffen. Aber ein entscheidungsbehaftetes Instrument zur Konfliktlösung im Rahmen der KSZE-Staaten ist bereits geschaffen worden und hat in Bezug auf Jugoslawien seine erste Bewährungsprobe.

Ein solcher internationaler Gerichtshof, der der UNO zugeordnet sein müßte, da nur das Kurdenproblem in der Türkei in den Bereich der KSZE-Länder fällt, müßte zu folgendem Urteil kommen:

— 1. Die Kurden haben als großes Volk mit einer langen eigenen Geschichte und mit einem eigenen Sprach- und Kulturraum in einem großen zusammenhängenden Gebiet das Recht auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat.

— 2. Die Aufteilung Kurdistans nach dem 1. Weltkrieg war ein Unrecht und muß wiedergutmacht werden.

— 3. Die Türkei, der Iran, der Irak und Syrien verlieren aufgrund der systematischen Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen während der letzten 70 Jahre das Recht, weiterhin über kurdisches Gebiet zu verfügen. Staatliche Einrichtungen auf kurdischem Gebiet, wie das Staumdammprojekt G.A.P. der Türkei und die Erdöl-Produktionsstätten von Mossul und Kerkuk müssen als Wiedergutmachtung an den neu entstehenden kurdischen Staat abgegeben werden.

Eine solche Entscheidung gehört in den Rahmen der aufgeschobenen großen Konferenz zur Friedenssicherung und Konfliktlösung im Nahen und Mittleren Osten. Daß — entgegen der verbreiteten Angst vor größeren Veränderungen in dieser Region und trotz der damit verbundenen, mehrere Staaten im Nahen und Mittleren Osten betreffenden diplomatischen Schwierigkeiten — gerade die Neugründung eines Vereinigten Kurdistans zur Befriedung und Abrüstung der Region Wichtiges beitragen kann, soll an sechs Aspekten gezeigt werden:

1. Die durch Abgabe der kurdischen Gebiete entstehende Verkleinerung und wirtschaftliche Schwächung vor allem der Türkei, des Irak und des Iran wird einer Vormachtstellung eines dieser Länder entgegenwirken. Die Rüstungsausgaben dieser Länder — vor allem der Türkei und des Irak — werden zwangsläufig zurückgehen. Eine Abrüstungskonferenz für die Region hätte bessere Chancen.

2. Wenn die Erdölfelder von Mossul und Kerkuk, die auf kurdischem Gebiet liegen und etwa die Hälfte des irakischen Öls ausmachen, so wie das Staumdammprojekt am oberen Euphrat dem neuen

kurdischen Staat zugute kommen, wäre er in der Lage, mit Devisen die Infrastruktur des Landes (Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Industrieanlagen, Bewässerungssysteme, Wiederaufbau zerstörter Dörfer und Städte, Aufforstung zerstörter Wälder etc.) ohne zu große Schuldenlasten in eigener Regie und Verantwortung auf- und auszubauen.

3. Die Kurden haben aufgrund des langen Zusammenlebens mit Türken, Irakern, Iranern und Syrern gute Sprachkenntnisse in den Nachbarländern und Verständnis für die Probleme ihrer Bevölkerung erworben, was nicht nur Handelsbeziehungen fördern würde, sondern auch einen menschlichen, nicht fanatisierten Umgang miteinander, wenn alle Regierungen zukünftig sich darauf verständigen können, ohne Haßpropaganda neben- und miteinander zu leben und zu arbeiten.

4. Die Mehrheit der Kurden hat demokratisch-sozialistische Vorstellungen für die Gestaltung ihres Landes. Der gemeinsame Kampf für ein freies Kurdistan in zahlreichen Befreiungsbewegungen im Irak, Iran und in der Türkei hat die Chance zur Überwindung alter feudaler Systeme und Denkweisen, zu einer schöpferisch-kritischen Einstellung zum historisch-realen Sozialismus und zum Abbau von Streitigkeiten zwischen den Stämmen gebracht. Die gemeinsame Unterdrückung von Kurden, Armeniern, assyrischen und aramäischen Christen sowie der alt-kurdischen Religionsgemeinschaften der Jessiden durch den jeweiligen Staat hat den Boden bereitet für eine religiöse und kulturelle Toleranz untereinander. Das bedeutet: Der gesellschaftliche Friede im neuen Kurdistan wird eine bessere Ausgangsbasis haben als noch vor Jahrzehnten, zumal die Intelligenz im Land und in der Emigration sich intensiv all diesen Problemen gestellt hat.

5. Der patriotische Aufbau Kurdistans und ein neues politisches und demokratisches Selbstverständnis der Menschen würden bei der bestehenden religiösen und kulturellen Vielfalt in Kurdistan einem mohammedanischen Fundamentalismus iranischer oder arabischer Prägung (mit politischem Fanatismus) entgegenwirken.

6. Für das Israel-Palästinenser-Problem könnte die Lösung der Kurdenfrage einen positiven Anstoß geben in bezug auf Selbstbestimmungsrecht, Gründung eines neuen Staates, auf Abrüstung und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Entscheidend ist dabei die Stärkung der UNO-Autorität in der Vertretung von Menschen- und Völkerrecht. Gerade auf längere Sicht kann die Realisierung von mehr Gerechtigkeit im gesamten Orient sich auswirken im Abbau von Haß, von Rivalitäten und von der Überschätzung von Geld, Macht und Rüstung, so daß vertrauensbildende Maßnahmen zur Zusammenarbeit greifen können.

Die angekündigte große Friedenskonferenz zur Lösung der Probleme im Nahen und Mittleren Osten sollte sich nicht nur zusammensetzen aus den beteiligten Staaten, den Vertretern der unterdrückten Volksgruppen, den beiden Großmächten und den Staaten der EG, sondern sie sollte unter Autorität und Mitwirkung der UNO stehen, da es sich um eine Neuordnung der Region handelt mit dem Ziel, zu einer wirklich friedlichen und gerechten Lösung zu kommen. Die Großmächte und die EG sind durch Waffen-Exporte und Wirtschaftsinteressen sowie durch historisch bedingte Bündnisse tief in die Konflikte der Region involviert — auch in den Schuldzusammenhang! Daher dürfen sie nicht die Rolle des Schiedsrichters übernehmen. Die UNO aber ist in ihrer Satzung auf Anerkennung von Menschenrecht und Völkerrecht verpflichtet. Sie muß moralische Konsequenzen aus der Katastrophe des Golfkrieges ziehen, den ihre Abstimmungen mit ausgelöst haben ... Genau diese Stellung der UNO muß gestärkt werden, damit sie nicht in den Augen der 3.-Welt-Länder zu einem weiteren Machtmittel der Industrienationen verkommt, sondern Hoffnungsträger für eine gerechtere Welt werden kann.

Das Tabu, mit dem das Thema eines vereinigten, unabhängigen kurdischen Staates in der Öffentlichkeit belegt wurde, sollte endlich gebrochen werden ... Die Kurden, die nicht als Volk in der UNO vertreten sind und deren zahlreiche Eingaben und Anklagen wegen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen vergeblich waren, brauchen die Solidarität der Völker!

— H.G., Kurdistan-Solidarität Osnabrück (aus Platzgründen leicht gekürzt, Red.)

Linke Bündnisse kandidieren zu den Kommunalwahlen

Niedersachsen: Gemeinsam erarbeitete programmatische Positionen ermöglichen die Zusammenarbeit über die Kommunalwahlen hinaus

Hannover. Zu den niedersächsischen Kommunalwahlen am 6. Oktober kandidieren in mehreren Orten Niedersachsens als Wählergemeinschaften verfaßte linke Wahlbündnisse. Die u.a. von Mitgliedern des BWK, der DKP, der PDS, der Volksfront und weiteren antikapitalistischen und antifaschistischen Kräften getragenen örtlichen Bündnisse haben zu gemeinsam erarbeiteten kommunalpolitischen Positionen geführt, auf deren Grundlagen vielerorts eigenständige Kandidaturen möglich wurden, und auf deren Grundlagen eine weitere Zusammenarbeit über den 6. Oktober hinaus möglich ist. Die Schwerpunkte der programmatischen Ausarbeitungen beziehen sich auf die sozialen und politischen Ansprüche der Lohnabhängigen und auf antifaschistische, antirassistische und antimilitaristische Positionen. Eine Zusammenarbeit mit weiteren Kräften des Widerstandes ist von diesen Bündnissen gewünscht und wird gesucht. Linke und alternative Listen kandidieren nun in Nordenham, Oldenburg, Delmenhorst, Celle, Hannover, Braunschweig und Göttingen. Die DKP-Nordhorn, die sich auf eine langjährige Tätigkeit im Rat stützen kann, kandidiert diesmal mit offenen Listen. In Hildesheim haben BWK und DKP programmatische Vorstellungen für eine „linke Kommunalpolitik“ veröffentlicht. In den Orten, wo die Bündnisse kandidieren, sind jeweils in allen

Wahlkreisen Kandidatinnen und Kandidaten nominiert. Bis zum 2. September sind die Kandidaturen durch jeweils 30 Unterstützungsunterschriften pro Wahlkreis zu sichern. Gelingt dies, dann könnten die Bündniskandidaturen auch zu Ratsmandaten führen.

CDU, SPD, und FDP werden flächendeckend zu den Kommunalwahlen antreten. Ob die Grünen diesen Anspruch einlösen, ist noch nicht gesichert. In einigen Wahlkreisen kandidieren die Grünen, Panther und die Frauenpartei.

Die nationalen und faschistischen Organisationen haben sich zwar nicht zu Bündnissen gefunden, ihre Kandidaturen werden aber abgestimmt sein. Neben den Republikanern und der NPD kandidieren die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), die Freiheitliche Volkspartei (FVP), der Bund der deutschen Demokraten (DDD), die Christliche Mitte (CM) und die Partei Bibeltreuer Christen (PBC). In einigen Orten treten darüberhinaus noch rechte Wählergemeinschaften an. Die VVN-BdA führt eine Postkartenaktion gegen die Zulassung faschistischer Parteien zu den Kommunalwahlen durch, die dem Landeswahlausschuß übergeben werden sollen. Im folgenden werden programmatische Positionen aus Braunschweig, Celle, Nordhorn und Hannover dokumentiert. — (gec)

Linke Liste Braunschweig zur Wohnungspolitik

— Wir treten für eine Wohnungspolitik ein, die sich nicht am Wohnungsmarkt, also an der Rendite und Geschäftemacherei orientiert, sondern an den wachsenden Wohnbedürfnissen der Bevölkerung. Den spaltenden Tendenzen des Wohnungsmarktes muß entgegenge wirkt werden, wenn Ausgrenzung und Diskriminierung vermieden werden soll.

— Die ausreichende Anzahl an bedarfsgerechten Wohnungen ist erst erreicht, wenn über den Bedarf hinaus eine Leerstandsquote von 5 bis 10 % erreicht ist.

— Jeder muß eine menschenwürdige Wohnung nutzen können, d.h. sie muß mindestens den Standards des sozialen Wohnungsbaus entsprechen. D.h. mindestens Bad und WC in der Wohnung. Pro Person mindestens einen angemessenen Raum.

— Obdachlosenunterkünfte und Behelfsheime werden beseitigt. Die Bewohner müssen Wohnungen mit Mietverträgen erhalten.

— Die Mieten müssen dauerhaft preis-

günstig sein, indem z.B. die Bodenwertsteigerung ausgeschlossen und mit zinsgünstigen Baudarlehen finanziert wird. Dauerhaft preisgünstige Mieten binden auf diese Weise letztlich weniger öffentliche Mittel, als teure Marktfinanzierung und Wohngeld.

— Öffentliche Förderung muß immer mit Gegenleistungen verbunden sein, z.B. mit Belegungsrechten und entsprechender Mietminderung. Wir lehnen eine Förderung ab, die mit steigendem Einkommen wächst.

— Die erforderlichen öffentlichen Mittel für den Bau von Wohnungen werden aus der Erhebung von Gewerbesteuern aufgebracht, da die Betriebe Arbeitskräfte anziehen und damit den Wohnungsbedarf auslösen.

— Um die erforderlichen Wohnungen zu schaffen, muß die Stadt bzw. Land und Bund selbst die nötigen Kapitalmittel bereitstellen, da sie sonst auf die Förderung von privaten Investoren angewiesen bleibt und die Wohnungsnot so nicht beseitigt werden kann.

DKP Nordhorn: Kommunalpolitische Positionen

Die Nordhorner DKP ist seit mehreren Wahlperioden im Stadtrat und kandidiert auch diesmal

Ein wichtiges Wahlkampfthema wird für die DKP die „Tierparkfrage“ sein. Die DKP warnt vor einer Verlagerung des Tierparks, da sie Kosten in vielfacher Millionenhöhe verursache. Die drohende Kostenlawine würde die Existenz des Tierparks gefährden. Die Ratsmitglieder der DKP wollen sich laut Mitteilung der Partei dafür einsetzen, daß der jetzt gültige Bebauungsplan für den vorderen Tierparkbereich nicht geändert wird. Damit wäre es dem Gastronom Borggreve nicht möglich, seine Baupläne dort zu verwirklichen.

Für den Bereich der Kinder- und Jugendpolitik fordert die DKP die Übernahme der Kinderkrippe „Rappelkiste“ in kommunale Trägerschaft. Nur so könne diese pädagogisch wertvolle Einrichtung langfristig gesichert werden. Die DKP schlägt vor, sich am Modell anderer niedersächsischer Städte zu orientieren.

Einen weiteren Schwerpunkt in der Kommunalpolitik der nächsten Jahre setzt die Nordhorner DKP in der Schaffung ausreichender Kindergartenplätze. Es sei untragbar, „daß Hunderte von Eltern bei dem Gerangel um einen Platz leer ausgehen und deren Kinder benachteiligt sind“.

Unverständlich sei, warum sich der Bau des schon vor langer Zeit angekündigten Kindergartens bei der Anne-Frank-Schule immer weiter verzögere.

Für den Schulsektor regen die DKP die Gründung weiterer voller Halbtagschulen an. Dieses Modell, heißt es zur Begründung, habe sich bewährt. Die Halbtagschule müsse aber personell so ausgestattet werden, daß eine pädagogisch sinnvolle Arbeit geleistet werden kann. Für das Stadtgebiet von Nordhorn sei in jedem Fall eine Integrierte Gesamtschule vonnöten. Die Gründung sollte zügig vorangetrieben werden.

Angesichts der weiter wachsenden Gefährdung Jugendlicher durch illegale Drogen hält die DKP eine Intensivierung der städtischen Jugendarbeit und bessere finanzielle und personelle Ausstattung des Jugendzentrums für erforderlich. In einer konzentrierten Aktion sollten alle im Jugendbereich Tätigen von den Schulen bis zu den Vereinen und Parteien Konzepte für eine sinnvolle Vorbeugung erarbeiten.

Wegen des nach wie vor angespannten Wohnungsmarktes fordert die DKP die Errichtung kostengünstiger Mietwohnungen durch die GEWO. Nur so könne der

Bedarf insbesondere kinderreicher Familien annähernd gedeckt werden. Die erforderlichen Mittel sollte die Stadt in einem Nachtragshaushalt bereitstellen.

In der Verkehrspolitik rächen sich nach Ansicht der DKP jetzt die Fehler der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Die Vorschläge der DKP für eine schnellere Verkehrsberuhigung auch in den alten Wohngebieten seien von der Ratsmehrheit stets auf die lange Bank geschoben worden. Der berechtigte Protest der Anwohner am Ootmarsumer Weg oder in der Frankwaldstraße wäre bei umsichtigerer Planung nicht nötig gewesen, meint die DKP. Sie verlangt eine Beschleunigung der Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten und die rasche Einführung weiterer Tempo-30-Zonen. Außerdem müßten die innerstädtischen „Rennstrecken“ schärfer überwacht werden.

Um eine Entlastung der Innenstadt vom Autoverkehr zu erreichen, schlägt die DKP die Einrichtung eines Park-and-Ride-Verkehrs vor. Den Bau weiterer Parkhäuser oder die Betonierung von Flächen zu Zwecken des Parkplatzbaus hält die DKP für ganz falsch.

Quelle: Grafschafter Nachrichten, 21. 6. 91



250 Wohnungslose demonstrieren Anfang November letzten Jahres durch die hannoversche Innenstadt, um auf ihre hoffnungslose Lage aufmerksam zu machen. 12000 Wohnungssuchende gibt es in Hannover, 400 Leute übernachten ständig auf der Straße. Die Notunterkünfte sind überfüllt.

Grundsatzklärung Grün-Alternative Liste Celle

Die Grün-Alternative Liste Celle (GAL) kandidiert als WählerInnengemeinschaft zu den Stadtratswahlen am 6. Oktober 1991. Entstanden ist die GAL auf Initiative der Celler GRÜNEN als Angebot an Menschen aus Initiativen und Organisationen, die nicht ein Parteibuch, aber eine grundsätzliche Übereinstimmung in kommunalpolitischen Zielen verbindet. Die GAL ist insofern ein Bündnis von Menschen, die sich in Opposition zur herrschenden Kommunalpolitik sehen.

Die GAL tritt ein für ein neues Modell von Vergesellschaftung, in dem die Menschen im Einklang mit der Natur leben und arbeiten, in dem sich freie Subjektivität mit solidarischem Gemeinsinn verbindet, in dem materielle Sicherheit, selbstbestimmtes Leben und gleiche demokratische Rechte für jedermann und jedefrau zur Wirklichkeit werden. Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie, selbstbestimmte und basisdemokratische Gesellschaft — das läßt sich nicht im Celler Stadtrat erkämpfen, aber Kritik im Bestehenden und Entfaltung von Alternativen müssen auch im lokalen Raum entwickelt werden.

Die GAL will deshalb Sprachrohr sein für die Lebensinteressen der Menschen in dieser Stadt. Konkret werden wir uns einsetzen für ein Wohnungsbauprogramm, das Wohnungen zu vertretbaren Mieten für alle schafft. Wir stehen für die Verbesserung und den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Wir sagen ja zur Fußgänger-, Radfahrer- und umweltfreundlichen Stadt und zu Maß-

nahmen, die den Autoverkehr eindämmen. Aus unserer Kritik an den patriarchalen Strukturen dieser Gesellschaft wollen wir die Umsetzung von Frauenförderplänen, die Möglichkeit zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch im AKH und Initiativen gegen die alltägliche Männergewalt. Wir unterstützen alle Projekte für selbstbestimmtes Leben und Wohnen, unabhängige Jugend- und Kommunikationszentren, alternative Wohn- und Arbeitsprojekte. Wir wollen den Ausbau der Kindertagesstätten und endlich eine Integrierte Gesamtschule.

Wir sagen nein zur Erwerbslosigkeit, zur Gängelung und Ausgrenzung von SozialhilfeempfängerInnen, zur Diskriminierung ausländischer MitbürgerInnen, zu rechtsradikalem Gedankengut und faschistischen Organisationen. Nein zu wachsenden Müllbergen und „Mechlawinen“.

Dieses Programm der Grün-Alternativen Liste ist ein Rahmen von Handlungsmöglichkeiten, ein Aufzeigen von Ideen, die wir im Kopf haben. Die GAL wird auf dieser Grundlage eine konsequente Opposition im Rathaus sein. Wir machen uns keine Illusionen über die Erfolgsaussichten unserer Ratspolitik. Auf Dauer wird nur etwas erreichbar sein, wenn die Betroffenen ihre Ansprüche und Forderungen formulieren und selbst darum kämpfen. Unser Beitrag dazu kann sein, als Informationspool für entsprechende Initiativen und als „Sponsor“ für außerparlamentarische Aktivitäten zu wirken. — Deshalb: GAL wählen — Mit uns für Alternativen!

Hannover braucht ein kommunales Beschäftigungsprogramm, das sich an folgenden Gesichtspunkten orientiert:

— Der öffentliche Bereich ist auszubauen. Die Kommunen brauchen das Recht, eigene wirtschaftliche Unternehmen zu betreiben. Das bestehende Wirtschaftsverbot für Kommunen (das heißt in Konkurrenz zu privaten Betrieben zu treten) muß fallen. Bis dahin treten wir gegen alle Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen ein und für die Rückgängigmachung bereits vorgenommener Privatisierungen.

— Ein kommunales Beschäftigungsprogramm muß dem Schutz und der Sanierung der natürlichen Umwelt dienen (Recycling, Altlastsanierung, Nahwärmenetz); Umweltschäden sind zuerst nach dem Verursacherprinzip zu beheben.

— Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Die großen Konzerne sind Verursacher der Verkehrsprobleme, sie sind für die Finanzierung heranzuziehen.

— Zusätzliche Stellen im Öffentlichen Dienst. Verbesserung der Arbeits- und Vergütungsbedingungen.

— Ausbau sportlicher und kultureller Einrichtungen, z.B. der Badeanstalten. Sicherung und Förderung von Initiativen wie UJZ Kornstraße und UJZ Glocksee.

— Versorgung mit Krippen, Tagesstätten, Horten, Ganztagschulen samt ausreichender personeller und sachlicher Ausstattung zu leistbaren Preisen auch für ärmere Leute. Vielseitig ausgestattete Spielplätze in allen Stadtteilen.

— Öffentliche Beschäftigungs- und Entwicklungsgesellschaften. Erschließung gesellschaftlich nützlicher Produktbereiche und Konzepte zur ökologischen Stadtentwicklung. Finanzierung durch hannoversche Unternehmen, Landes- und Bundesmittel. Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften.

— Die Stadt darf bei der Erbringung kommunaler Leistungen keinen Entwertungsdruck auf Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben. Keine Beschäftigung zu untertariflichen Bedingungen, Über-

nahme der so Beschäftigten in sozialversicherte und tariflich gebundene Arbeitsverhältnisse.

— Keine Subventionierung der Konzerne. Keine Mark für die EXPO 2000. Die Praxis, den Konzernen Infrastruktur umsonst und verbilligt zur Verfügung zu stellen, ist zu beenden.

— Wirtschaftsförderung mit kommunalen Mitteln soll nur in Bereichen erfolgen, in denen die Bedarfsproduktion als Unternehmensziel festgeschrieben ist (Genossenschaften), in denen Gleichberechtigungsgrundsätze, Tarife und Mindestarbeitsbedingungen gewerkschaftlich kontrolliert eingehalten werden, deren Produkte der Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen nützen.

— Schaffung von unbefristeten Arbeitsverhältnissen für Arbeitslose.

— Städtische Auftragsvergabe soll Bedingungen vorschreiben: nur an ausbildende Betriebe, Umweltschutzaufgaben, Ausschöpfung der Behindertenquote, Frauenförderung, Arbeitsplätze-schaffung, tariflich geschützte Arbeitsverhältnisse.

— Schaffung von Arbeit darf nicht den Raubbau an der Natur verstärken. Um-

weltschutz muß bei Investitionen und Flächenvergaben Vorrang haben.

— Nicht Profitsteigerung, sondern Arbeit und Leben der werktätigen Bevölkerung müssen Maßstab der Umgestaltung von Industrie- und Dienstleistungsbereichen sein. Investitionsplanung und Investitionslenkung muß von Belegschaften und Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit örtlichen Initiativen (Arbeitsloseninitiativen, Umweltverbänden, Frauengruppen ...) und kommunalen Vertretungskörperschaften bestimmt und kontrolliert werden (Strukturräte).

Schaffung von Arbeit darf nie durch den Einstieg in neue Rüstungsgeschäfte geschehen. Die Stadt muß einen Beitrag zur Entmilitarisierung der Wirtschaft leisten.

Verweigerung jeglicher Rüstungsproduktion, Rüstungstransporte und Rüstungsforschung in Hannover. Beschäftigte und Gewerkschaften müssen Einspruchsrechte haben, um z.B. die Produktion von Waffen und Kriegsmaterial ablehnen zu können. Gelände und Einrichtungen, die durch Reduzierung von Bundeswehranlagen in Hannover frei werden, sollen kostenlos in städtisches Eigentum übergehen.



Über 1000 Erzieher und Erzieherinnen demonstrieren am 30. Januar in Hannover für höhere Gehälter durch bessere Eingruppierungen.

Beirätewahlen in Bremen

Mehr Demokratie? Staatsgerichtshof verbietet Wahlrecht

Bremen. Bei den Bürgerschaftswahlen im September ist es in Bremen zum ersten Mal möglich, die Beiräte in den 22 Orts- und Stadtteilen direkt zu wählen. Vorgesehen war bis zum Urteil des bremischen Staatsgerichtshofs vom 8. 7. 91 auch, Einwanderern und Flüchtlinge ohne deutschen Ausweis die Wahlberechtigung zu geben. Wahlberechtigt sind sie, wenn sie seit mindestens vier Jahren in Bremen wohnen; wählbar ist jeder Wahlberechtigte (Wahlgesetz von 1989).

Mit dem Ortsgesetz von 1989 erhielten die Beiräte einige wenige Entscheidungsrechte wie die Möglichkeit, über stadtteilbezogene, verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Maßnahmen, die Verwendung der Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen oder die Durchführung von Gemeinschaftsveranstaltungen im Stadtteil zu entscheiden. Über weitergehende Fragen und gegenüber Behörden, Deputationen und den Ortsräten können die Beiräte Stellungnahmen abgeben, angehört werden bzw. Probleme beraten.

Zu fragen ist:
– Haben die Beiräte damit kommunale Rechte erhalten?
– Wie ist die Gewährung des Ausländerwahlrechts für die Beiratswahlen und der Entzug dieses Rechts einzuschätzen?

Kommunale Rechte für die Beiräte?

Das Land Bremen gliedert sich nach der Landesverfassung in zwei Gemeinden/Kommunen: Bremerhaven und die Stadt Bremen. Die gesetzgebenden Organe sind die Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und die Stadtbürgerschaft in Bremen, die aus den von den stadtbremischen Wählern gewählten Vertretern besteht. Weitere kommunale Organe sind nicht vorgesehen. Beiräte bestehen nur in der Stadt Bremen, nicht in Bremerhaven.

Innensenator Sakuth hat in der Diskussion um das Ortsgesetz 1989 festgestellt, daß die Beiräte „Organe der Bürgerbeteiligung an der Verwaltung örtlicher Angelegenheiten“ sind. Praktisch handelt es sich damit um Ausschüsse, die die Verwaltung beraten. Damit haben sich Senat und SPD gegen die von CDU, FDP und Grünen geforderte Umwandlung der Beiräte in „bezirkliche Verwaltungseinheiten mit selbständigen Entscheidungsbefugnissen“ durchgesetzt. Nach wie vor sollen auch die vom Senat berufenen Ortsamtsleiter den Vorsitz in den Beiräten führen. Eine Dezentralisierung von Entscheidungen hat so nicht stattgefunden. Ein Haushaltsrecht haben die Beiräte ebenfalls nicht. Alle 22 Beiräte müssen in Zukunft mit den von der Bürgerschaft bewilligten 2 Mio. DM auskommen.

Wahlrecht gewährt und wieder entzogen?

Aus dem vorangehenden ergibt sich, daß es kein *kommunales* Ausländerwahlrecht geben kann, da die Beiräte praktisch keine wesentlichen kommunalen Entscheidungen treffen können.

Einem wirklichen Wahlrecht hat die SPD schon selbst vorgebeugt. So bezieht sich das Wahlrecht der Deutschen auf den Art. 116 Grundgesetz, der die Eigenschaft, Deutscher zu sein, blut- bzw. abstammungsmäßig begründet. Damit werden die anderen Einwohner der Stadt Bremen in eine andere Kategorie Mensch eingeteilt. Darüber hinaus erklärte Innensenator Sakuth am 20. 6. in Bremen-Nord, daß z. B. von den in Burglesum lebenden 2625 Ausländern (7,5 % der Einwohner des Stadtteils) aufgrund der geltenden Regelungen nur 841 bei Wahlen im September mitmachen dürften.

Mit dem Urteil vom 8. 7. hat der bremische Staatsgerichtshof mit fünf gegen zwei Stimmen das Ausländerwahlrecht für die Stadtteilbeiräte nicht zugelassen. Damit hat das Gericht der Klage der CDU-Fraktion in der Bürgerschaft stattgegeben. Begründet wird das Urteil damit, daß das Ausländerwahlrecht mit Landesverfassung und Grundgesetz nicht zu vereinbaren sei. Wenn kommunale Untergliederungen über Entscheidungsrechte staatliche Gewalt ausüben, sollen sie demnach „demokratisch“ legitimiert sein. Damit nimmt das Gericht die düftigsten ausgestatteten Entscheidungsrechte zum Anlaß, um Menschen, die keinen deutschen Paß besitzen, das Wahlrecht zu verweigern. Denn eine „demokratische“ Legitimation solcher staatlicher Gewalt soll nur von „Deutschen nach Art. 116 Grundgesetz“ ausgehen.

Die SPD hat dieses Urteil nur vorsichtig kritisiert, ansonsten aber ihre Kandidatenlisten geräuschlos geändert. U. a. mußte ein Betriebsrat des Bremer Vulkan, der über keinen deutschen Paß verfügt und seit 1987 dem Blumenthaler Stadtteilbeirat angehört, seine Kandidatur zurückziehen. Der Dachverband der Ausländer-Kulturvereine hat das Urteil kritisiert, daß „im Namen des Volkes gegen sieben Prozent des Volkes“ gefällt wurde. Weiter heißt es: „Von politischen Entscheidungen wie der deutschen Vereinigung, für die die Ausländer laut CDU zwar „keine Verantwortung“ tragen, aber locker mitfinanzieren dürfen, sind die 16000 stimmberechtigten bremischen Nicht-Deutschen ebenso betroffen wie ihre deutschen Mitbürger“.

Quellen: Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter vom 27. 6. 89; Bremer Nachrichten vom 9. 7.; BLV vom 17. 7.; Die Norddeutsche vom 27. 7. — (wjo)

WAA-Gegnerin erneut freigesprochen

Amberg. Jahre nach dem Ende der WAA Wackersdorf gehen die Prozesse gegen Demonstranten weiter. Das Landgericht Amberg sprach jetzt eine WAA-Gegnerin zum zweiten Mal frei, die sich 1986 an einem Tor zum Baugelände angekettet hatte. Der erste Freispruch des Landgerichtes vom November 1990 war vom bayerischen OLG aufgehoben worden. Zuvor war die WAA-Gegnerin vom Amtsgericht Schwandorf wegen „gemeinschaftlich begangener Nötigung“ schuldig gesprochen worden, denn „ein solches Verhalten findet seine sittliche Mißbilligung auch in der zum Ausdruck kommenden Mißachtung der Menschenwürde“. Die SPD-Landtagsfraktion fordert eine „Amnestie für alle friedlichen WAA-Demonstranten“ und überläßt somit den Ermittlungsbehörden Spielraum für eine nachträgliche Spaltung des Widerstands. — (chl)

Preußenspektakel mit Gegenaktionen

Berlin. Rund 60000 Menschen wurden zur „Umbettung“ der Preußenkönige angelockt, darunter faschistische Gruppen, Landsmannschaften und Burschenschaftler in „vollem Wuchs“. Rund 1000 Gegendemonstranten versammelten sich unter dem Motto „Begraben wir den Militarismus gleich mit“. Ministerpräsident Stolpe bezog sich auf die Kritik und kündigte Widerstand an, falls „Militär zum Selbstzweck“ und „Osteuropa und insbesondere Polen nur Objekte deutscher Politik und Anlaß für deutsche Überheblichkeit“ würden. Die Gegenkundgebung sprach sich gegen das Wiederbeleben des Militärs als Mittel der Politik und gegen den weltweiten Einsatz der Bundeswehr „unter welcher Flagge auch immer“ aus. Bei Aktionen mit Masken und satirischen Plakaten auf dem Schloßhof provozierten Faschisten mehrmals Rangeleien. Während Reichs- und Reichskriegsflaggen geduldet wurden, beschlagnahmte die Polizei DDR-Flaggen. — (ard)

München: Das Boot ist voll für Asylbewerber?

München. Die Medien sind auch in München auf die Kampagne gegen Asylbewerber eingestiegen. CSU und REP schüren gemeinsam die Panik vom „vollen Boot“. Stoiber und Gauweiler sprachen Anfang August von „dramatischem Asylantenzustrom“. In München häuften sich die Probleme „brennpunktartig“, führten die CSU-Politiker im Münchner Rathaus aus. Die Stimme „des Volkes“, auf die sich Antiasylpolitiker so gern berufen, spricht eine andere Sprache: In einer veröffentlichten Umfrage des DGB in München bei seinen Mitgliedern nannten ganze 3 % Aussiedler und Ausländer als Problem. Als allergrößtes Problem mit über 50 % wurde das Wohnungsproblem genannt. — (chl)

Stadt München erstattet Anzeige wegen Volksverhetzung

München. Die Münchner dritte Bürgermeisterin Sabine Csampai hat wegen der „Remer-Depesche“ Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt. In der Münchner Rathausumschau heißt es: „... In pseudowissenschaftlichem Gewand wird der Eindruck erweckt, daß die Zahl der im Konzentrationslager Auschwitz Ermordeten ein reines Propagandaprodukt sei, nicht aber Ergebnis einer geschichtswissenschaftlichen Forschung. Solche Beleidigungen und Geschichtsfälschungen sind hinreichend bekannt. Doch angesichts neuester rechtsradikaler Äußerungen und auch rassistisch motivierter Straftaten in West und Ost ist die Hoffnung, neonazistische Propaganda stürbe 47 Jahre nach dem Ende der neonazistischen Gewaltherrschaft aus, trügerisch. Bürgermeisterin Sabine Csampai hat deshalb im Namen der Landeshauptstadt heute Strafanzeige wegen Volksverhetzung und Beleidigung gestellt...“ Otto Ernst Remer, Generalmajor a. D., 8730 Bad Kissingen, Winklerstraße 11 E, läßt inzwischen auch einen offenen Brief verteilen: „Ich werden mich, vielleicht wird dies das letzte Mal sein, in die Reihen der tapferen revisionistischen Frontkämpfer einreihen und in dieser alles entscheidenden Schlacht noch einmal meinen Mann stehen. Der Sieg dieser letzten großen Schlacht um die Seele unseres Volkes, um die Freiheit und um das Land unserer Väter wird letztlich unser sein... Helfen Sie mir, diese... Schlacht für unser Volk zu schlagen... setze ich festbezahlte Austräger ein, die das Flugblatt sowie die Depesche in großen und kleineren Städten, auch in Mitteleuropa, professionell in Briefkästen verteilen...“ — (chl)

Mahn- und Gedenkveranstaltung Stukenbrock zum Antikriegstag

Stukenbrock. Traditionell findet zum Antikriegstag wieder die Mahn- und Gedenkveranstaltung „Blumen für Stukenbrock“ auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof bei Bielefeld statt. Sie ist in diesem Jahr allerdings erst am Samstag, 7. 9., 15 Uhr. Der Aufruf knüpft am Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion und dem Golfkrieg an und spricht sich deutlich gegen jede Grundgesetzänderung für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr aus. Er ist jedoch problematisch, insofern er den Anschluß der DDR und die erneute Ostexpansion der BRD nicht nur nicht kritisiert, sondern positiv bewertet: Nach Ansicht der Autoren haben der „Beitritt der DDR zur Bundesrepublik“ und die „Veränderungen in Osteuropa“ zum Abbau von „Spannungen“ zwischen den ehemaligen Militärblöcken beigetragen. — (wof)

NRW: Demonstration gegen REP-Landesparteitag

Gummersbach. Am 7. 9. 91 wollen die Republikaner jetzt in Gummersbach ihren Landesparteitag abhalten. Zuvor konnten in Essen antifaschistische Kräfte den zunächst dort geplanten Parteitag verhindern. Trotz anhaltenden Widerstandes hat die Gummersbacher Stadtverwaltung die Anmietung der Stadthalle nicht rückgängig gemacht. U. a. hat der ÖTV-Vorstand Kreis Siegburg das Treiben der Republikaner verurteilt und die Stadtverwaltung zum Handeln aufgefordert. Aus Protest gegen den Parteitag hat der Ausländerbeirat den für denselben Tag geplanten „Tag des Ausländers“ abgesagt. Eine Aktionseinheit ruft für Samstag, 7. 9., um 9 Uhr zur Demonstration ab dem Rathaus auf. — (gba)



Stuttgart. Etwa 400 Leute beteiligten sich am Samstag, den 17. August 1991, an der Demonstration und den Kundgebungen vor dem türkischen Konsulat sowie auf dem Schloßplatz. Einige kurdische und türkische Organisationen hatten gemeinsam zu den Aktionen gegen die Barbarei und den Terror des türkischen Staates und für die Unterstützung des Befreiungskampfes aufgerufen. — (evc, Bild: ulk)

Jetzt Bayreuth Wallfahrtsort der Faschisten

Landratsamt verhängte über Wunsiedel ein „allgemeines Versammlungsverbot“

Wunsiedel/Bayreuth. Nachdem der bayerische Verwaltungsgerichtshof am 12. 8. 91 das Verbot der Heß-Kundgebung des Landratsamtes Wunsiedel vom 20. 6. 91 bestätigt hatte, sprach das Landratsamt ein allgemeines Versammlungsverbot für den Großraum Wunsiedel vom 16. 8. 91 bis zum 18. 8. 91 aus, das von allen Gerichtsinstanzen bestätigt wurde. Dies kam einem Ausnahmezustand nahe, worauf auch überklebte Verkehrsschilder hindeuteten.

Das allgemeine Versammlungsverbot ist als ein Angriff auf die Antifaschisten zu verstehen, da zuvor gezielt der Eindruck erweckt wurde, daß nur der Aufmarsch der Faschisten verboten werden soll. Die Begründung ist haarsträubend, so ist z. B. die Rede davon, daß 1990 auf beiden Seiten Schußwaffen sichergestellt worden seien. Die aufgefundene scharfe Schußwaffe war aber von den Faschisten mitgeführt worden. Der bürgerliche Staat ist seit Jahrzehnten den Forderungen nach Verbot und Auflösung aller faschistischen Organisationen nicht nachgekommen. Jetzt dürfen Antifaschisten nicht demonstrieren und ihre Inhalte öffentlich vertreten, weil es unberechenbare Faktoren gäbe. So sei nicht abzuschätzen, „wann und wo sich Rechtsextremisten in Wunsiedel aufhalten werden“. Selbst das antifaschistische Kulturfest wurde vom allgemeinen Versammlungsverbot erfaßt. Die bayrische Vorbereitungsgruppe schrieb dazu in einer Presseerklärung u. a.: „Aufgrund behördlicher Unfähigkeit, das Verbot des Faschistenaufmarsches durchzusetzen und der befürchteten Angriffe auf die antifaschistische Gegen-

demonstration und das Kulturfest wird also eher in Kauf genommen, daß AntifaschistInnen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung genommen wird, als mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die erwarteten Faschisten durchzugreifen.“ Auch die Einschaltung einer Rechtsanwältin, die noch einmal das Anliegen der Veranstalter zusammenfaßte, konnte nicht die Aufhebung des Verbots durchsetzen: „Das Anliegen der angemeldeten Demonstration ist es, unter dem Motto „Gegen Nationalismus, Rassismus und Sexismus“ gegen die seit Jahren anwachsende faschistische Gefahr, die sich nicht nur durch die jährlich steigende Zahl der Teilnehmer am sog. „Rudolf-Heß-Gedächtnismarsch“, sondern durch tägliche Übergriffe auf Migranten und Migrantinnen, Homosexuelle, Frauen, Linke, Andersdenkende, ethnische Minderheiten u. a. dokumentiert, öffentlich anzugehen. Diese Thematik ist insbes. in Hinblick auf die deutsche Geschichte ein öffentlicher Belang von besonderer Bedeutung. Eine Demonstration mit dieser Thematik fällt unter den besonderen Grundrechtsschutz gem. Art. 5 Abs. 1 GG. Eine da-

hingehende Grundrechtsabwägung fehlt in der angefochtenen Allgemeinverfügung vollständig. Auch aus diesem Grund ist sie rechtswidrig.“

Nach diesem Wochenende hat die Bayreuther Bevölkerung Grund zu der Sorge, daß die Stadt zu einem neuen Kultort der Neo-Nazis wird. Die Faschisten konnten ihre Rudolf-Heß-Gedenkfeier von Wunsiedel nach Bayreuth umdirigieren und fühlten sich vor dem Hintergrund der Wagner-Festspiele und der Freundschaft des Hauses Wagner mit dem Nationalsozialismus und Hitler persönlich wohl. Die Anmeldung und Leitung der Versammlung oblag einem Hamburger Rechtsanwalt namens J. Rieger. Dieser Anwalt bestritt auch im Alleingang die Kundgebung der Faschisten. Auf das äußere Gepräge hatten die Nationale Liste und die FAP großen Einfluß. Es kamen z. B. aber auch Mitglieder der NPD, womit fast die gesamte Bandbreite des faschistischen Spektrums vertreten war. An der antifaschistischen Gegendemonstration nahmen immerhin fast 3000 Menschen aus der ganzen BRD teil.

Quelle: Antifa-Nachrichten 18/91 — (chl)

Stasi-Hatz wird geschürt

Sozialer Widerstand soll gelähmt werden

Berlin. Zunehmende Anstrengungen werden unternommen, um die Verfolgung von vermeintlichen Stasi-Mitarbeitern, SED-Funktionären usw. am Kochen zu halten. Das Vorgehen zielt auf Existenzvernichtung. Einige Beispiele der letzten Wochen:

100 zunächst übernommene Ex-Volkspolizisten sind vorläufig beurlaubt worden. Sie seien bei behördeninternen Untersuchungen, vermutlich unter Einbeziehung des Verfassungsschutzes, aufgefallen. Einer späteren Auskunft der „Gauck-Behörde“ soll die Entlassung folgen. Nach einer betriebsinternen Fragebogenaktion wurden bei der Berliner Stadtreinigung 68 Straßenkehrer „enttarnt“ und fristlos entlassen. Die Post hat in Ostberlin bereits 450 „belastete“ Beschäftigte entlassen und überprüft weiter. Ohnehin sollen noch 800 Mitarbeiter des „aufgeblähten Verwaltungssystems“ gehen. Der Ostberliner Energiekonzern EBAG durchleuchtet unter West-Führung die DDR-Vergangenheit seiner Beschäftigten. Einen Sonderfragebogen haben bisher 500 der 6000 Beschäftigten freiwillig ausgefüllt. Bis Mitte 1992 soll das Personal um 1000 Beschäftigte reduziert werden. Im September beginnt eine Senatskommission, die Beschäftigten im Gesundheitswesen zu überprüfen. Vier leitenden Ärzten der Charité wurde be-

reits im Juli fristlos gekündigt, obwohl mehrere hundert Mitarbeiter, Patienten und Studenten dagegen in Offenen Briefen protestierten. Die entlassenen Professoren haben Kündigungsschutzklage eingereicht.

Deutlich wird, daß gezielt mit der Stasi-Hatz Belegschaften aufeinandergehetzt werden, um Entlassungen und Stilllegungen durchzusetzen. Zusammenschlüsse der Bevölkerung im Anschlußgebiet gegen die Zumutungen von Regierung und Kapitalisten sollen gelähmt werden. Das Interesse der ostdeutschen Menschen an dieser Aufarbeitung der SED-Vergangenheit läßt nach, stellt sogar das Bundesinnenministerium in einer Umfrage fest (Tagesspiegel 23. 8.). Also muß angefeuert werden: Die Berliner CDU-Fraktion richtete für eine Woche ein „Bonzentelefon“ ein. Sie lud jeden ein, der etwas über „alte Bonzen auf neuen Stellen“ wisse, dies zu denunzieren. 1000 Anrufe will sie erhalten haben, Behörden- und Unternehmensleitungen sollen nun zu Maßnahmen angetrieben werden. Alle anderen Parteien kritisierten die Aktion. Die Innenbehörde warb für ihr eigenes Sondertelefon. Eine dreiköpfige Säuberungs-Arbeitsgruppe soll um vier Stellen erweitert werden. Die CDU sucht eine „unabhängige Instanz“ zur Fortführung der Telefon-Aktion. — (ard)

Hohe Tariflöhne für Angelernte

Betriebsrat gegen hierarchische Eingruppierung

Tornesch. Bei der Vordruckerei der Panther Wellpappe konnte der Betriebsrat (BR) mit der Unterstützung der Beschäftigten die Eingruppierungen in den neuen Lohnrahmentarifvertrag (LRTV) erfolgreich abschließen. Durch eine neue Zwischenlohngruppe VII mit 110 % Tariflohn nach der Facharbeiter-eklohngruppe VI rückte die alte Lohngruppe VII auch von ihren Tätigkeitsmerkmalen als LG VIII (120 % Tariflohn) auf. Der Betriebsrat argumentierte bei seinen Eingruppierungen in die höchste Facharbeiterlohngruppe für das Maschinen- und Montagepersonal u. a. mit der Protokollnotiz § 3 Satz 3 des LRTV, grafische Fachkräfte, sofern sie Tätigkeiten ihres Lehrberufes ausüben, gehören in die LG VIII (120 % Tariflohn). Die Kapitaleseite versuchte in den Verhandlungen ständig, daraus eine Ausschließlichkeit für gelernte Drucker zu formulieren, um damit eine Hierarchie von LG VIII (120 %) für gelernte Drucker (Maschinenführer), LG VII (110 % Tariflohn) für angelernte Maschinenführer, LG VI (100 %) für Teilmaschinenführer und LG V (90 %) für Gehilfen durchzusetzen. Man muß dazu wissen, daß die Mehrheit nicht branchenspezifische Fachkräfte und daher Angelernte sind, was für die Struktur der Papierverarbeitung typisch ist. Der Betriebsrat konnte in dieser Lage die Be-

schäftigten mobilisieren, die Zustimmungsverweigerungen durch Einzelklagen zu unterstützen. Auf einer Betriebsversammlung im Februar kam der Widerstand zum Ausdruck.

Auf einen erneuten Vorschlag der Geschäftsleitung, die meisten Beschäftigten in die neue LG VII (110 %) einzustufen und eine tarifliche Überleitungszulage von 7,5 % (Besitzstandsschutzzahlung) zu zahlen, ließ sich der Betriebsrat nicht ein, sondern setzte das Arbeitsgerichtsverfahren in Gang.

Mit dem Streik und der andauernden Konfrontation sah sich die Geschäftsleitung gezwungen, nochmals einen Vorschlag vorzulegen. Hier wurde den meisten Kollegen ein Tariflohn von 120 % bzw. 117,5 % bei unterschiedlichen Lohngruppen von VI bis VIII eingeräumt. Nach einer Beratung mit den Beschäftigten konnte der Betriebsrat sich mit seinem Vorschlag, die Zustimmungsverweigerungen bestehen zu lassen, das Gerichtsverfahren von beiden Seiten einzustellen und die vorgeschlagenen Tariflöhne für die Dauer des LRTV festzuschreiben, durchsetzen. In einer Betriebsvereinbarung wurde dann geregelt, daß das Maschinenpersonal sowie Montage als auch Betriebsarbeiter bei Einstellung einen Tariflohn von 110 % und nach drei Jahren von 117,5 % dann 120 % erhalten. — (rua)

Metalftarife in Sachsen effektiv unter 40 % der Bayerntarife

Augsburg. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB tritt der Hetze gegen das ostdeutsche Lohnniveau entgegen. So erhielten die Metaller in Sachsen auf Monatsbasis gerechnet 62,6 % der bayrischen Tarife, auf Stundenlohnbasis umgerechnet würden daraus wegen der längeren Arbeitszeiten 57,9 %. Berücksichtigt man, daß die Metaller in Sachsen weniger Urlaub hätten, kein Urlaubsgeld, nur 20 % Weihnachtsgeld, keine vermögenswirksamen Leistungen und keine übertariflichen Zahlungen, komme man auf 39,9 %. Wenn Murmann nun die „soziale Befriedungsfunktion“ der ostdeutschen Tarifverträge betont gegenüber Mölleman, der diese Verträge nach unten öffnen will, so muß das bei einer Tariflaufzeit bis 1994 und länger kein Widerspruch sein. — (pef)

Weitere Proteste des Pflegepersonals

Berlin. Für die Anerkennung der Berufsrechte im öffentlichen Dienst der DDR sowie für schnelle Angleichung der Einkommen an das Westniveau demonstrierten am 14. August rund 200 Beschäftigte aus dem medizinischen Bereich in Bernau. Auf ihren Plakaten stand: „Das Maß ist voll“ und „Wer gut arbeitet, soll auch gut verdienen“. Eine seit 42 Jahren im Gesundheitswesen tätige Krankenschwester erhält z. B. im 3-Schichtbetrieb 1600 DM ausbezahlt. Ihr Kommentar: „Das motiviert nicht zum Hierbleiben, sondern ermuntert geradezu zum Abwandern.“ — Am 19. 8. demonstrierten 150 Beschäftigten auf dem Alexanderplatz für den Erhalt aller 7000 Betten in Ostberlin. — (har)



Mannheim. Etwa 200 Pflegekräfte am Mannheimer Klinikum zogen am 8. August zum Büro des Verwaltungsdirektors, um gegen die Streichung der sogenannten Wege- und Umkleepauschale zu protestieren. Auf der nächsten Gemeinderatsitzung am 17. September liegt ein Antrag der Grünen auf Rücknahme der Zulagenstreichung vor. Quelle: Kommunal-Info Mannheim — (mab)

Säuberung unter dem Lehrpersonal

Erster Widerstand gegen Berufsverbote und Diskriminierung formiert sich

Hamburg. Ende Juli hat sich in Rostock eine Initiative gegen Berufsverbote, Berufsverhinderung und Diskriminierung gebildet, um die Gegenwehr gegen die politische Diskriminierung und Ausgrenzung innerhalb des Lehrperso-

nals an den Unterrichts- und Erziehungseinrichtungen in Mecklenburg/Vorpommern zu organisieren. Für die Beschäftigten ist vordringlich die Konzentration auf ihre gewerkschaftlichen Rechte, die ihnen beschnitten werden.

Der Lehrbestand in Mecklenburg-Vorpommern soll von derzeit rund 25400 Kolleginnen und Kollegen um 4100 auf 21300 reduziert werden. Laut GEW Rostock werden jetzt zum Beginn des neuen Schuljahres zunächst 1200 Kündigungen ausgesprochen. Die Kündigungsgründe werden individuell unterschiedlich benannt; von dem massiv herabgesetzten, neu berechneten „Bedarf“ an Lehrern ist dabei nicht die Rede. Die genannten Gründe liegen teils auf scheinbar fachlicher Ebene:

- kein ausreichender pädagogischer Abschluß;
- Ausbildung nur in einem Fach;
- Ausbildung in Fächern, die heute nicht mehr angeboten werden.

Zum anderen wird offen politisch begründet:

- Nichteignung wegen Tätigkeiten in der Vergangenheit;
- Einstellung in der Modrow-Zeit.

Die GEW, die inzwischen mit knapp 15000 Mitgliedern in 30 von 31 Kreisen vertreten ist, schlägt eine landesweite Demonstration gegen die Massenentlassungen in Schwerin vor dem Kultusministerium vor.

Betroffen sind auch die 6000 Horterzieherinnen in Mecklenburg-Vorpommern, deren Arbeitsplätze überall durch den Übergang in die kommunale Finanzierung der Horte höchst unsicher geworden sind. An den Hochschulen tobt sich weiterhin die politische Gesinnungsschnüffelei besonders drastisch aus.

Neben den bereits üblichen Fragen nach früheren Funktionen, Auslandsreisen, Auszeichnungen u. ä. tauchen auch Fragen auf, die nach „positivem Engagement“ zur Zeit der sog. Wende forschten — quasi nach dem vom Beamten geforderten „aktiven Eintreten“ für die Verfassungswerte der alten BRD zu einer Zeit, da die Lehrer der Verfassung der DDR unterstanden. Dies ist insoweit bemerkenswert, als die Staatsorgane der BRD sich offenbar anmaßen, das Verhalten von Beschäftigten, die in einem anderen Staat hoheitlich tätig sind, nachträglich an ihren eigenen Verfassungsmaßstäben zu messen. Die entsprechenden Fragen lauten nach Angaben der GEW-Information:

— Haben Sie Studenten politisch verteidigt?

— Waren Sie insbesondere Mitglied im Neuen Forum, Demokratischer Aufbruch, Bündnis 90 oder ...?

— Ihr Engagement in der Kirche, in einer verbotenen Partei oder Vereinigung?

Die Kämpfe der Beschäftigten konzentrieren sich zunächst auf die Wahrnehmung ihrer Rechte aus dem Personalvertretungsgesetz. Gewählte Personalratsmitglieder versucht die Kultusbürokratie rechtswidrig per Kündigung loszuwerden.

Die Wahl und Einrichtung eines Hauptpersonalrates behindert das Kultusministerium massiv, damit auf überregionaler Ebene die Arbeitnehmerseite gar nicht erst vertreten ist. Auf dieser Ebene werden aber die Massenentlassungen geplant und getätigt.

Mit Unterstützung der Gewerkschaft GEW haben die Bezirkspersonalräte von sich aus einen Hauptpersonalrat gebildet, der seine Arbeit aufgenommen hat. Das Kultusministerium mußte diesen faktisch bereits zur Kenntnis nehmen.

Quelle: Lokalberichte Hamburg, Nr. 17 vom 22. 8. 1991 — (mak)

Opel: Wieder IGM-Mitglieder

Aber lernt die IG Metall aus den Gerichtsentscheidungen?

Bochum. In den zwei spektakulärsten Auseinandersetzungen, die die IG Metall wegen abweichender Kandidaturen bei Betriebsratswahlen vom Zaun gebrochen hat, mußte sie nun empfindliche Niederlagen durch Gerichtsentscheidungen hinnehmen: Bei Opel in Bochum, wo 80 Untersuchungsverfahren durchgeführt und am Ende sechs Ausschlussempfehlungen und viele Jahrzehnte Funktionsverbot beschlossen worden waren, hat der Vorstand der IG Metall alle Beschlüsse aufgehoben und die Angelegenheit an die Ortsverwaltung Bochum zurückverwiesen. Er hob damit seine eigenen und damit gleichzeitig die des Kontrollausschusses auf, der vorher noch brav die Vorstandsentscheidungen abgesegnet hatte. Es stand nur noch die letzte Instanz in der Metall, der Beirat, an, der dies Thema im September auf der Tagesordnung haben sollte. In dem anderen Verfahren bei Daimler in Harburg wandelte der Vorstand Ausschlußanträge kurzerhand in Funktionsverbote um.

Der Beschluß des Vorstands in Sachen Opel kam zustande, nachdem das Oberlandesgericht Frankfurt in einer einstweiligen Verfügung beschlossen hatte, daß die ausgeschlossen und gemäßregelten Mitglieder nicht von der aktiven und passiven Teilnahme an den laufenden Vertrauensleutewahlen ausgeschlossen werden dürfen. Das Gericht stellte einerseits erhebliche Formfehler fest, die bereits zu einer Unwirksamkeit der in der IG Metall getroffenen Beschlüsse führen würden, gleichzeitig aber stellte das Gericht auch fest, daß Ausschluß und Maßregelung seitens der Gewerkschaft wegen der Kandidatur von Mitgliedern auf einer anderen Liste eine unzulässige Einmischung in die Betriebsratswahlen darstellt.

Nach diesem Beschluß konnte die IG Metall nicht mehr erwarten, eventuell im späteren Hauptverfahren zu einer für sie günstigeren Entscheidung zu kommen. Gleichzeitig regt sich auch im Beirat, dem höchsten Organ der IG Metall zwischen den Gewerkschaftstagen, in dem im nächsten Monat die Ausschlüsse bei Opel Thema gewesen wären. Widerstand gegen die Ausschlußpraxis. Deshalb nun die Revision der Beschlüsse.

Das zweite Verfahren, das dem IG Metall-Vorstand derzeit besondere Kopfschmerzen bereiten wird, geht um die Kandidatur der „deutsch-ausländischen Metallerinnen und Metaller“ bei Daimler in Harburg. Dort war es bereits vor vier Jahren zu Auseinandersetzungen gekommen, in denen das Oberlandesgericht nun im März in der Hauptsache entschieden hatte. Die Ausschlüsse und Maßregelungen sind unwirksam. Bei den letzten Betriebsratswahlen war dieselbe Liste jedoch — nach ernsthaften und dann gescheiterten Versuchen zu



gemeinsamer Kandidatur auf einer IG Metall-Liste — wieder angetreten. In dem Untersuchungsverfahren führte das frühere IGM-Vorstandsmitglied Georg Benz den Vorsitz, der bereits in einem Verfahren bei Bosch in Reutlingen gezeigt hatte, daß er von den Ausschluß- und Bestrafungsaktionen wenig hält. Seine Empfehlung, mit Rügen die Sache zu beenden, wurde von der Ortsverwaltung Hamburg nicht aufgegriffen. Hier wurden wiederum Ausschlußanträge gestellt. Der Vorstand, in Kenntnis der inzwischen erfolgten neuen Gerichtsentscheidungen, wandelte jedoch die Strafen kurzerhand in Funktionsverbote um.

Wer denkt, daß das Kapitel der Ausschlüsse und Verfahren nach Betriebsratswahlen nun vielleicht abgeschlossen werden wird, könnte sich jedoch täuschen. Bei Opel in Bochum jedenfalls soll die Sache nicht beendet sein. Man sucht nach neuen Leuten, die sich nicht zu schade sind, sich als Ankläger die Finger schmutzig zu machen, und einen Grund glaubt man auch gefunden zu haben. Nun soll es nicht mehr die Betriebsratswahl sein, die ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten nach sich zieht, sondern die Bildung einer Gruppe in der IG Metall. Ein Vorsitzender für das neuerliche Untersuchungsverfahren hat sich offenbar auch schon gefunden. Der ehemalige 2. Vorsitzende der IG Metall, Karl-Heinz Janzen, der bereits bei den 80 vergangenen Verfahren als Ankläger fungiert hat und zwar so schlecht, daß die Gerichte erhebliche formale Fehler feststellten. Er möchte offenbar eine Gelegenheit, seine Fehler wiedergutmachen. Anfang September wird die Ortsverwaltung entscheiden, ob sie ausreichend Gründe und vor allem zwei „Dumme“ als Ankläger gefunden hat und es ihr möglich sein wird, die Verfahren gegen die „Rädelsführer“ noch einmal neu aufzurollen. — T. H. VSP

Frühpensionierungen mit Abfindung bei Kässbohrer Ulm

Ulm. Als erste Maßnahme zum angekündigten Personalabbau bei Kässbohrer gilt eine 59iger-Regelung. Mit Abfindung gehen können Beschäftigte, die 59 Jahre alt sind und 25 Jahre in der Firma arbeiten, oder ohne diese Bedingungen, wenn sie im indirekten Bereich arbeiten und ihre Stelle eingespart werden kann. Die Abfindung besteht aus: Rentenausgleichsbetrag von 16000 DM im Höchstfall, Aufzahlung zum Arbeitslosengeld bis 90 % des Nettolohns, Auszahlung des Urlaubs- und Weihnachtsgelds und des Jubiläumsgelds. Der Anspruch auf Betriebsrente läuft weiter. Es sind ca. 270 Beschäftigte, die die Voraussetzungen erfüllen. Die Regelung wird bei den Akkordarbeitern begeistert angenommen. Die gewünschte Einsparung von 180 Personen im indirekten Bereich wird über diese Regelung wohl nicht zustande kommen. — (elr)

IBM-Betriebsvereinbarung zu Heimarbeit abgeschlossen

Stuttgart. Zwischen Gesamtbetriebsrat und Geschäftsleitung der IBM Deutschland GmbH wurde eine Betriebsvereinbarung „Außerbetriebliche Arbeitsstätten“ abgeschlossen, die die Heimarbeit („Errichtung einer außerbetrieblichen Arbeitsstätte in einer Mitarbeiterwohnung“) von IBM-Beschäftigten regelt. IBM erwartet durch die Heimarbeit einen Produktivitätsgewinn und einen Abbau von (bezahlten) Überstunden. Langfristig würden sich — abgesehen von der Produktion — 80 Prozent der Tätigkeiten für partielle Heimarbeit eignen. Bis Ende 1992 rechnet das Unternehmen mit etwa 350 solcher Arbeitsplätze, insbesondere bei Software-Entwicklern und Computer-Netzwerktechnikern. Es wird davon ausgegangen, daß mindestens ein Tag pro Woche im Betrieb gearbeitet wird. Die IG Metall hat die Betriebsvereinbarung kritisiert, sie würde durch die Hintertür Samstagsarbeit einführen und Sozialleistungen nur unzureichend regeln. — (wot/AGM)

Keine Überstundenvergütung mehr für den ärztlichen Dienst?

Stuttgart. Die Verwaltungsleitung des städtischen Katharinenhospitals, der seit 1.7.91 der Manager der Sana-GmbH angehört, hat angekündigt, daß ab 1.1.92 keine Überstundenvergütung mehr für den ärztlichen Dienst gezahlt werden soll. Derzeit wird seitens der Ärzte oft nur ein Teil der Überstunden überhaupt gemeldet. Die gemeldeten Überstunden werden z. T. gar nicht abgefeiert aufgrund der Arbeitsüberlastung. Es kommt auch vor, daß Chefärzte bereits bei der Einstellung die mündliche Zusage für unentgeltliche Ableistung von Überstunden verlangen. Die Assistenzärzte wollen sich gegen den Wildwuchs im Umgang mit ihrer Zeit zur Wehr setzen. — (evo/AGG)

Bessere Abfallverwertung — wer zahlt?

Die Stadt Konstanz will Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -verwertung beschließen

Konstanz. Wie auf Bundes- und Landesebene auch, ist in Konstanz das Thema Müll nicht mehr nur für Grüne und Umweltgruppen von Interesse, es wird von allen bürgerlichen Parteien bis hin zur CDU aufgegriffen. Anfang Juli haben sich der Technische und Umweltausschuß der Stadt mit dem Thema befaßt und dem Gemeinderat Änderungen im Abfallentsorgungssystem vorgeschlagen, die, so die beschlossene Vorlage, zu einer verbesserten Abfallvermeidung und -verwertung führen sollen.

Der Blick in die Statistik macht deutlich, warum Verwaltung und Gemeinderatsfraktionen in Sachen Müll rührig werden. Das Müllaufkommen ist in Konstanz von 23 927 im Jahr 1985 auf 30 601 Tonnen 1990 angestiegen. Umgerechnet entspricht das einem Zuwachs von 84 kg auf 426 kg in den letzten fünf Jahren pro Einwohner und Jahr. Der Hausmüll der privaten Haushalte nahm dabei von 18 800 Tonnen im Jahr 1985 auf 21 786 Tonnen 1985 zu, sank dann aber ein Jahr später auf 20 853 Tonnen ab — ein Zeichen dafür, daß die Bevölkerung von sich aus Anstrengungen zur Müllvermeidung unternommen hat. Dafür sprechen auch die Zahlen bei der Wertstoffsammlung von Altglas und Altpapier. Hier gab es in den vergangenen fünf Jahren hohe Steigerungsraten: von 298 auf 1940 Tonnen beim Altpapier, von 886 auf 1634 Tonnen beim Altglas.

Ganz anders die Entwicklung des Aufkommens von Gewerbemüll aus Betrieben und Unternehmen. Es stieg von 3 172 Tonnen (1985) auf 4 625 Tonnen (1990) an — das entspricht einer Steigerung um 42 %.

Die Verwaltung kassiert für die Hausmüllabfuhr nicht zu knapp ab. Jedem Grundstück ist mindestens eine Tonne mit 240 Liter Volumen zugeteilt. Das zugrundegelegte Behältervolumen liegt bei 35 Liter pro Person und Woche. Eine Person zahlt dafür 70 DM im Jahr, ein Haushalt mit zwei Personen 100, einer mit drei Personen 130, ein Vierpersonenhaushalt 160 DM usw. Der Technische Ausschuß empfiehlt nun dem Gemeinderat konkret zwei Maßnahmenbündel:

Das erste umfaßt u. a. die Ergänzung der Abfallsatzung durch einen Absatz über die „Verpflichtung (der Bevölkerung, d. Verf.) zur Abfallvermeidung, der (immerhin, d. Verf.) auch städt. Dienststellen zum vorbildlichen Verhalten verpflichtet, auch wenn im Einzelfall (vertretbare) Mehrkosten entstehen.“ Mit dieser Verpflichtung einher soll eine „Erweiterung des Beratungsangebotes für den Bürger“ gehen. Das stellt sich der Ausschuß so vor, daß für die rund 35 000 Haushalte in Konstanz ganze zwei „Umwelt- und Abfallberater“ eingestellt werden. Zusätzliche Müllsäcke sollen außerdem künftig nur noch gegen Gebühr entsorgt werden. Weiter ist geplant, bei „Veranstaltungen im öffentlichen Raum“ Einwegmaterialien zu verbieten und zwei „Geschirrmobile“ anzuschaffen.

Der zweite Maßnahmenkatalog soll die Abfallverwertung verbessern: So sollen „Bio-“ und Restmüll künftig im gesamten Stadtgebiet getrennt eingesammelt. Containerstandorte für Glas-, Papier-, Dosen- und Textilabfälle verdichtet werden — angestrebt ist eine Verdoppelung. Geplant ist ein „Wertstoffhof“, der allerdings auch Herstellerindustrie und Handel bei der neuen Verpackungsverordnung entlasten soll, die eine Rücknahme von bestimmten Verpackungen zur Pflicht macht. Sperrmüll will die Stadt nur noch auf Bestellung (und vielleicht gegen Geld?) abführen. „Eigen- und Quartierkompostierung“ soll durch eine Gebührenreduktion um 10 % gefördert werden. Schließlich plant die Verwaltung die Ergänzung der Abfallsatzung um einen weiteren Absatz, nach dem die Bevölkerung zur Abfalltrennung verpflichtet ist. „Zuwerdungen sind mit Ordnungsbuß“ zu belegen.

Unter dem Strich bringen alle Maßnahmen der Bevölkerung zusätzliche Kosten. Der Technische Ausschuß rechnet vor, daß alle angepeilten Maßnahmen zu Müllgebührenerhöhungen um 24,04 % führen würden. Dazu kämen

weitere Mehrkosten für Haushalte, die zusätzliche Müllsäcke brauchen. Damit jedoch nicht genug: Die geschöpften Einwohner würden dann noch dazu gezwungen, selbst Abfall zu trennen.

Kein Zweifel: Maßnahmen in Sachen Müll sind notwendig. Die kapitalistische Gesellschaft produziert, was Profit bringt, unabhängig davon, welche gesellschaftlichen Folgen (in diesem Fall für die Umwelt) das nach sich zieht — nach mir die Sintflut gilt dem Privateigentümer als Motto. Die Konzernwirtschaft führt außerdem zu einer starken Zentralisierung der Produktion, so daß die Notwendigkeit entsteht, (Teil-)Produkte für den Transport über lange Strecken entsprechend aufwendig zu verpacken. Private Eigentümer versuchen, sich darüberhinaus den Profit in den jeweiligen Branchen gegenseitig abzugewinnen und verpulvern so wertvolle Ressourcen in nutzlosem Verpackungsaufwand. Das sind die Hauptursachen für die in die Höhe wachsenden Müllberge. Als Verursacher müssen Industrie und Handel zur Kasse gebeten werden, nicht die Verbraucher, denen in aller Regel nichts bleibt, als das zu kaufen, was angeboten wird. — (jög)



Die durch die Konzernwirtschaft verursachte Zentralisierung führt nicht nur zu einer sprunghaften Erhöhung des Transportaufkommens. Die transportierten Güter müssen natürlich auch entsprechend verpackt werden. Auch das ist ein Grund für die Zunahme der Müllmengen.

Haushaltspolitik gegen Beschäftigte und Einwohner

In der Stadt Hannover findet sich eine Koalition für soziale Kürzungen und Rationalisierung

Hannover. Anfang August hatte die SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Koch-Laugwitz öffentlich Vorschläge für eine „längerfristig angelegte Finanzpolitik“ des Rates unterbreitet. Als Punkte nannte sie die „Aktivierung von totem Kapital“, zum Beispiel den Verkauf von städtischen Anteilen an den Stadtwerken. Bei den Gebühren solle ein höherer Kostendeckungsgrad erzielt werden. Die Stadtverwaltung müsse „von der Verwaltung der Verwaltung der Verwaltung befreit werden“.

Der Haus- und Grundeigentümerversammlung begrüßte den Verkaufsvorschlag der Stadtwerke und sah dort sogleich eine „personelle Überbesetzung“. Die FDP entdeckte eigene Vorschläge wieder, die CDU wollte schon 1982 verkaufen.

Inzwischen sind die Überlegungen der Verwaltung für den nächsten Stadthaushalt bekannt geworden, der angeblich noch weit unterdeckt sein soll. Streichungen an so gut wie allen kommunalen Bedarfs- und Dienstleistungen sind vorgesehen. Das Neubauprogramm für Kindertagesstätten soll gestoppt, die Entgelte für Kitas drastisch angehoben

werden. Die Müllgebühren werden teurer, Eintrittsgelder und Benutzungsgebühren werden erhöht oder neu festgesetzt. Wiedereinführung von Lesegebühren in den Bibliotheken, Schließung einer Leihbücherei, genereller Eintritt in Museen, Preiserhöhungen in Bädern und im Zoo, Streichung des Sparpasses für Arme, Reduzierung von ABM-Maßnahmen usw. Sogar die öffentlichen Bedürfnisanstalten sollen geschlossen werden.

In der Verwaltung sollen keine neuen Stellen genehmigt werden. Neue Aufgaben seien durch „Umschichtung“ des Personals zu lösen. Dabei begründet allein das Jugendamt die Anforderung von 160 zusätzlichen Stellen für Pflichtaufgaben aus dem neuen Kinder- und Jugendhilferecht.

Die SPD hat die Diskussion um den Stadtwerkeverkauf als kommunalwahltaktischen Gründen — die Wahl ist am 6. Oktober — erstmal „zur Seite gelegt“. Gleichzeitig laufen die Rationalisierungsprogramme weiter. Bei den Stadtwerken soll das jetzt 70 Leute umfassende Reinigungspersonal auf 20 abgebaut

werden und eine Privatfirma mit der Reinigung beauftragt werden. Die Personalaräte der Verwaltung und die ÖTV haben Widerstand gegen die Politik der Stellenkürzung und Privatisierung angekündigt. Gegen die Gebührenerhöhungen und den Abbau kommunaler Leistungen ist noch keine Gegenwehr in Sicht. Inzwischen hat ein Spitzengespräch zwischen Stadt und dem niedersächsischen Innenministerium stattgefunden. Der Innenminister zeigte sich beunruhigt von der hannoverschen Finanzlage. Anhand der „Sparmodelle“ konnte er allerdings „Konsolidierungswille“ feststellen. Und falls nicht, das ließ er erkennen, müßte er als oberste Aufsicht halt direkt dafür sorgen.

Die Linke Liste Hannover fordert demgegenüber u. a. die Erhöhung des Anteils der Kommunen am gesamten Steueraufkommen, die Übernahme der kommunalen Schulden durch den Bund und: „Erhöhung der Gewerbesteuer, um die Kosten für den Fonds deutsche Einheit von denen zurückzuholen, die an der Annexion der DDR verdienen!“ Quellen: HAZ, versch. Ausgaben — (gka)



Düsseldorf. Woran lag es, daß die gemeinsame Aktion von Roma und türkischen Gruppen — für Bleiberecht der Roma, gegen das Vorgehen der türkischen „Sicherheitskräfte“ im türkisch besetzten Kurdistan — am Samstag, dem 17. 8., in der Düsseldorfer Innenstadt bei den Passanten auf so starke Ablehnung stieß? An den Hetzkampagnen, die seit Wochen in Düsseldorf gegen die neben dem Landtag demonstrierenden Roma durchgeführt werden? — (mz; Bild: af/mz)

Aus Ländern und Gemeinden

Grüne und SPD zu Landesverfassungsreform

Stuttgart. Die baden-württembergischen Grünen und die SPD wollen eine Reform der Landesverfassung. 40 Jahre Baden-Württemberg und die Landtagswahlen im nächsten Jahr sind Anlaß zur Diskussion. Die Grünen stehen für mehr direkte Eingriffsmöglichkeiten für die Bevölkerung. Mit einer „Volksinitiative“ soll sich an den Landtag gewandt werden können. 50 000 Unterschriften werden dazu von Stimmberechtigten verlangt. Ein „Volksbegehren“ soll durch 150 000 Stimmabgaben (bisher 1,1 Mio.) in Kraft treten, danach wird es nach diesem Modell zum „Volksentscheid“ kommen. Ein „Volksveto“, kann zusätzlich gegen ein vom Landtag verabschiedetes Gesetz eingelegt werden. Um die Verbesserung der Zusammenarbeit von Land und Gemeinden zu erreichen, soll eine „Gemeindekammer“ gegründet werden. Auch die SPD will Veränderung, u. a. soll die Gleichstellung von Mann und Frau, das Recht auf Wohnung, Recht auf Arbeit, Schutz der Arbeitskraft, Ökologie und Persönlichkeitsschutz neu in die Verfassung aufgenommen werden. — (unb)

Oberbürgermeisterwahlen ohne eine ALL-Kandidatur

Heilbronn. Zu den OB-Wahlen am 15. 9. 91 kandidieren bisher der Amtsinhaber Weinmann (CDU), der Fraktionsvorsitzende der SPD im Gemeinderat Niethammer, einer von den GRÜNEN sowie der Bundesvorsitzende der NPD Günther Deckert aus Weinheim und 18 andere. Die beiden „Platzhirsche“ von CDU und SPD führen einen Schmutzwahlkampf, schließlich haben sie die letzten acht Jahre viele Dinge in Heilbronn gemeinsam auf den Weg gebracht. Die Reaktion auf die Kandidatur von Deckert wirkt wohl eher einschüchternd auf linken Widerstand. Die Alternative Linke Liste diskutierte zwar über eine eigene Kandidatur, doch die (vermeintliche) Mehrheit war dagegen. — (jom)

Uni-AStA: „Wohnungsnot erreicht neuen Höhepunkt“

Konstanz. In einer Pressemitteilung hat der AStA der Universität darauf aufmerksam gemacht, daß nach Aussagen des Rektorats allein die Zahl der Studierenden an der Uni im Herbst die Schallmauer von 10 000 durchbrechen wird. „Auf der Warteliste der WOBAG (städt. Wohnungsbaugesellschaft) und des Studentenwerks sind inzwischen über 5 000 Wohnungssuchende registriert. Die Mietpreisentwicklung hat in den letzten Monaten noch einmal deutlich angezogen. Nach Aussage des AStA-Sozialreferenten fressen die Mietkosten bei vielen Studierenden über die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (BAföG-Höchstsatz liegt bei 800 DM).“ Täglich rund 25 Anfragen von Wohnungssuchenden beim AStA dokumentieren die katastrophale Lage. Der AStA hat sich deshalb dazu entschlossen, Studierenden Zimmer zur „Zwischenmiete“ zu vermitteln. Daran Interessierte sollen ihre Bereitschaft, Wohnraum zeitlich begrenzt, z. B. während des Urlaubs, zu vermieten, dem AStA melden, der diesen dann an Wohnungssuchende weitervermittelt. Kaum ein Tropfen auf dem heißen Stein, das weiß auch der AStA selbst. — (jög)

IG Farben Hauptversammlung muß verschoben werden

Frankfurt. Weil die Messe Frankfurt GmbH, deren Hauptgesellschafter die Stadt Frankfurt ist, vom Mietvertrag zurückgetreten ist, muß die IG Farben „in Abwicklung“ ihre für den 30. August geplante Aktionärsversammlung verschoben. Die Kündigung des Raums hatte u. a. ein Bündnis gegen die IG Farben in einem offenen Brief von Oberbürgermeister Andreas von Schoeler (SPD) gefordert. Das Messegelände war 1941 eine der drei Sammelstellen, von denen aus Frankfurter Juden und Jüdinnen nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager deportiert wurden. Laut FAZ vom 23. 8. 91 kündigte die Messe den Mietvertrag „vor dem Hintergrund zunehmender Einwände politischer und gesellschaftlicher Gruppierungen bzw. Organisationen“. — (udi)

Großer Erfolg für städtische Abfallpolitik

München. „Allein im ersten Halbjahr 1991 mußte die Stadt über 65 000 Tonnen Abfall weniger auf den beiden „harten“ Entsorgungswegen Müllverbrennung und Deponie aufnehmen“, heißt es in der Münchner Rathausumschau. Das Abfallaufkommen an Deponie und Müllverbrennung ist damit binnen zweier Jahre um rund 240 000 Tonnen oder 20 % gesunken. Dies liegt vor allem an der Entwicklung beim Baustellen- und Gewerbeabfall. In beiden Bereichen wurde aufgrund der neuen städtischen Gewerbeabfallsatzung ein Rückgang der Abfälle von jeweils über 25 000 Tonnen im ersten Halbjahr 1991 erreicht. — (chl)

Nds. Verfassungsschutzgesetzentwurf — Lex „Celler Loch“?

Hannover Am 13. 7. 91 fand eine Sachverständigenanhörung zu dem vom niedersächsischen Innenministerium vorgelegten Verfassungsschutzgesetzentwurf statt. Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen beinhaltete eine grundlegende Reform des Verfassungsschutzes, nachdem die Grünen sich mit ihrer Forderung nach Auflösung des Geheimdienstes nicht hatten durchsetzen können. Nach einem Jahr nun legte das Innenministerium einen Entwurf vor, der nicht einmal dem von der Koalition gesteckten Ziel gerecht wird. Die Datenübermittlungsregelungen durchlöchern das Gebot der Trennung von Geheimdienst und Polizei, das Auskunftsrecht der Betroffenen verkommt zu einem Auskunftsverweigerungsrecht des Verfassungsschutzes, die parlamentarische Kontrolle ist erschwert, da es z. B. kein Akteneinsichtsrecht gibt, Lausch- und Spähangriffe in Wohnungen werden legalisiert. Während die Sachverständigen aus dem Lager der Bürgerrechtsorganisationen den Entwurf grundsätzlich kritisierten, war er den ebenfalls anwesenden Präsidenten von Bundes- und Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz erheblich zu weitgehend. Der Referent der grünen Landtagsfraktion im Bereich Demokratie und Rechte, Gössner, beurteilt den Entwurf folgendermaßen: „Die genannten Probleme offenbaren in aller Schärfe die große Gefahr, daß die versuchte rechtsstaatliche Zähmung des notorischen Skandalproduzenten ‚Verfassungsschutz‘ möglicherweise über eine bloße Legalisierung des Skandals bewerkstelligt werden könnte“. — (rec)

„Entdeckung Amerikas“ die eurozentristische Erklärung und Charakterisierung bezeichnet *wahrheitsgemäß* die (ungewollte und gleichzeitig mit Verwechslung verbundene) „Entdeckung“ des bis dahin „Unbekannten“, das Stoßen auf eine andere Welt, eine andere Kultur, einen anderen Ausdruck menschlicher Existenz.

Doch setzt „Entdeckung“ die Vermutung, die hypothetisch angenommene Existenz voraus. Cristobal Colón, der „Entdecker Amerikas“, ging jedoch bis zu seinem Tode davon aus, Indien „entdeckt“ zu haben. Sein historischer Irrtum spiegelt sich jedoch noch heute in der Bezeichnung Indio bzw. Indianer wider.

Edmundo O'Gorman bezeichnet daher Amerika als *Invenición* — Erfindung — Europas. Europa „erfand“ und schuf ein Amerika, indem es das suchte und fand, was es finden und sehen wollte. Die tatsächliche Realität dieser Region und seiner BewohnerInnen — Kultur, Entwicklung, Fähigkeiten, Kenntnisse, Besonderheiten — blieb unter den Vorurteilen, der Übertragung und dem Überstülpen der iberischen Wert- und Weltvorstellungen versteckt und verborgen.

Die mit Kreuz und Schwert bewiesene — militärische und ideologische — Überlegenheit der Metropole und ihrer Vertreter in der „neuen“ Welt, die grausam und paternalistisch zugleich durchgesetzte Unterwerfung, Unterordnung, Abhängigkeit zerstörten bzw. begruben, überlagerten und verdeckten die historische, kulturelle und individuelle Identität der Entdeckten, Besiegten und Kolonisierten.

Das Unbekannte, Neue, nicht mit den eigenen, begrenzten Fähigkeiten und Kenntnissen Verstehbare wurde als „barbarisch“, „wild“, „heidnisch“, „minderwertig“ ab- und disqualifiziert, zerstörbar und unterwerfbar im Namen der „überlegenen“ iberischen Zivilisation.

Das Durchbrechen, die Befreiung von dieser Unterordnung und Abhängigkeit, das Suchen der eigenen, verschütteten, verleugneten Identität, die Beantwortung der bereits von Simón Bolívar aufgeworfenen Fragen: „Wer sind wir? Indianer? Afrikaner? Spanier? Amerikaner? Europäer?“, Bolívars — damals — gescheiterter Versuch und Traum. Lateinamerika von der durch Conquista und die Kolonialherrschaft aufgezwan-

Conquista — 500 Jahre Alptraum

Artikel aus der Sozialistischen Zeitung vom 15. 8. zur Kampagne 500 Jahre „Entdeckung“ Amerikas



Gemälde von Diego Rivera (1886 — 1957) im Nationalpalast von Mexiko: „Landing of the Spaniards in Veracruz“ (fertiggestellt 1951).

„Entdeckung Amerikas“ — „Begegnung zweier Welten“ — „Invasion, Eroberung und Unterwerfung Amerikas“: Der Kampf auf der Sprachebene um Begriffe, die Bezeichnung und Charakterisierung dessen, was vor 500 Jahren mit der Landung Cristobal Colóns in Amerika eingeleitet wurde und 1992, 500 Jahre danach, gefeiert, gewürdigt, erinnert, verurteilt, bekämpft werden soll, ist vor allem Ausdruck von Geschichtsverständnis und Macht- und Herrschaftsinteressen. Diese sind abhängig von politischen, sozialen und Weltmarktstandorten und -interessen und ergeben als logische Folge die unterschiedlichen Wahr-

nehmungen von Entdeckern und Entdeckten, Eroberern und Eroberten, Unterwerfern und Unterworfenen. Das Trauma der Conquista, die Frage nach Identität und Emanzipation, sind ebenso Gegenstand dieses Artikels wie die Skizzierung der zum Alptraum gewordenen Alltagsrealität der Millionen mexikanischer *indígenas*. Darüber hinaus dokumentieren wir Auszüge aus der *Declaración de Quito*, die vor einem Jahr, Ende Juli 1990, von rund 300 Delegierten von 120 indianischen Nationen auf der ersten kontinentalen Versammlung in Quito, Ecuador, verabschiedet wurde. — (Jutta Klauf, seit 1990 in Mexiko)

genen und damit (ent)fremdeten Identität zu befreien, sind heute am Abend des 500. Jahrestages der Conquista, ebenso wie Frantz Fanons Kritik, Forderungen und Zielvorstellungen aktueller denn je.

Die vor allem von lateinamerikanischen Intellektuellen initiierte Kampagne „Identität und Emanzipation“ spiegelt nur einen Teil, eine Ebene der Auseinandersetzungen und Alltagskämpfe der lateinamerikanischen und mexikanischen *Indígenas* wider. „Fünf hundert Jahre Widerstand“ — die Kampagnenlösung der (latein)amerikanischen *Indígenas* (siehe die Erklärung von Quito) beschreibt konkreter den alltäglichen Widerstand und Kampf: der Kampf um Land, um politische, soziale und Menschenrechte im weitesten Sinne.

„Verlassen wir dieses Europa, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken seiner eigenen Straßen, an allen Ecken der Welt.“

Ganze Jahrhunderte lang hat Europa nun schon den Fortschritt bei anderen Menschen aufgehoben und sie für seine Zwecke und zu seinem Ruhm unterjocht, ganze Jahrhunderte hat es im Namen seines angeblichen „geistigen Abenteuers“ fast die gesamte Menschheit erstickt.

Mit Energie, Zynismus und Gewalt hat Europa die Führung der Welt übernommen. Seht wie der Schatten seiner Monumente sich ausbreitet und vergrößert. Jede Bewegung Europas hat die Grenzen des Raumes und des Denkens gesprengt. Europa hat jede Demut, jede Bescheidenheit zurückgewiesen, aber auch jede Fürsorge, jede Zärtlichkeit.

Nur beim Menschen hat er sich knauserig gezeigt, nur beim Menschen schäbig, raubgierig, mörderisch.

Brüder, wie sollten wir nicht begreifen, daß wir etwas Besseres zu tun haben, als diesem Europa zu folgen.“

Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*.

Mosaiksteine der Wirklichkeit Mexikos

Die Komplexität, Vielschichtigkeit, Widersprüchlichkeit, politische und organisatorische Zersplitterung des Indigenaalltags und -alptraus, ihre Kämpfe und Forderungen können hier nur angerissen, nicht aber umfassend aufgearbeitet und analysiert werden. Die im folgenden mosaiksteinartig skizzierten Alltagssituationen sind Elemente einer umfassenden historischen und aktuellen — brutalen und unterdrückenden — Wirklichkeit.

*

Fünfundneunzig Prozent der ca. 10 Millionen mexikanischer *Indígenas* haben keine Geburtsurkunde und damit

keinen juristischen Status, keine Rechte, keine — formale — Identität.

*

Die absolute Mehrheit der *Indígenas* Mexikos (96 Prozent) leben in extremer Armut und in totaler Marginalisierung: arbeitslos bzw. unterbeschäftigt, weitgehend ausgeschlossen vom Schulsystem, ohne Zugang zu den — ohnehin unzureichenden — öffentlichen Dienstleistungen, unterernährt. Nur eins von fünf *Indígenakindern* beendet die sechsjährige Grundschule (sechs Jahre, das entspricht der Pflichtschulzeit), die Mehrheit muß vorzeitig die Schule verlassen.

6203 *Indígenas* sitzen in mexikanischen Gefängnissen, teilweise seit Jahren, ohne Gerichtsverhandlung und Urteil, ohne die Einbeziehung eines ihnen rechtlich zustehenden Dolmetschers.

*

Tuberkulose und Unterernährung sind die verbreitetsten Krankheiten unter den *Tarahumaras* der gleichnamigen Steppe im Norden Mexikos. Auf dem Ende Juni 1991 organisierten *Foro Tarahumara* stand die herrschende Politik im Mittelpunkt: „Solange unsere Kinder halb-nackt und schlecht ernährt in den — staatlichen — Internaten leben, kann von der Gewährleistung des propagierten Rechts auf Erziehung und Ausbildung der *Indígenas* keine Rede sein. Das gegenwärtig gewährte „Recht“ auf Erziehung, bedeutet darüber hinaus — so die weiteren Kritik- und Anklagepunkte — daß die Kinder mit fünf Jahren aus ihren familiären und sozialen Zusammenhängen gerissen werden.“ Das Recht auf Gesundheit und medizinische Versorgung der *Tarahumaras* wird vom staatlichen Gesundheitsministerium pro forma „gewährt“: mit Medikamenten, deren Verfallsdatum längst überschritten ist. Der Waldreichtum der Region und dessen unbegrenzte, zügellose Ausbeutung bilden Teil der „Waldentwicklungsprojekte“ der Weltbank, der Regierung und der Chase Manhattan Bank. Die Folgen: gewaltsame Vertreibung der *Tarahumaras* von ihrem — walddreichen — Land mit den damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Folgen; im Umweltbereich: erste Klimaveränderungen.

*

Seit zwei Jahren *plantón* (Zeltstadt-Demonstrationslager) einer Gruppe von 50 *Indígenas* der Sierra Madre Oriental im Zentrum von Mexiko-Stadt. Zwei Jahre *plantón*, das sind zwei Jahre Hitze, Kälte, Regen, Hunger, absolute Armut, ungesunde Überlebensbedingungen.

Die Plastikplanen, aus denen die improvisierten Zelte hergestellt wurden, tausendfach geflickt, bieten nur noch ungenügenden Schutz. Seit zwei Jahren protestieren diese 50 *Indígenas* der Sierra des Bundesstaates Veracruz, einige mit Frauen und Kindern, gegen die permanenten Menschenrechtsverletzungen durch die Bundes- und Lokalpolizei und die paramilitärischen Gruppen der *caciques* (Großgrundbesitzer), die gewaltsamen Enteignungen, die illegalen Verhaftungen, die zahlreichen Morde, das Verschwindenlassen der *Indígena*-führer. Seit zwei Jahren werden sie und ihre Forderungen von den zuständigen Behörden ignoriert. Ihre Gesichter widerspiegeln den Hunger, die Krankheiten, aber auch die Entschlossenheit, trotz alledem weiterzukämpfen für ihre Überzeugung, ihre Forderungen:

- Ende der gewaltsamen Enteignungen;
- Keine Einmischung von Militär und Polizei in die Lösung der Agrarprobleme;
- Bestrafung der Mörder der *Indígenas*;
- Freilassung der verhafteten *Indígenas*;
- für das Recht auf elementare Versorgungseinrichtungen wie fließendes Wasser, Elektrizität, Ausbau der Straßen, Zugang zum Erziehungssystem.

*

Anfang Juni 1991 gründeten Vertreter von 37 *Indígenagruppen*/-völkern und ihre Heilkundigen den „Nationalrat der traditionellen *Indígena*ärzte“ und setzten damit einen der im Dezember 1989 auf dem ersten nationalen Kongreß der *Indígena*ärzte getroffenen Beschlüsse in die Praxis um. Die damals verabschiedete *Declaración de Oaxtepec* ist Teil des jahrhundertalten Kampfes der *Indígenas* um Anerkennung ihrer Kultur, ihres Wissens, ihrer Fähigkeiten.

Die Diskriminierung der *Indígena*-medizin und Heilkunde wurde mit der politischen Unabhängigkeit Mexikos ebensowenig beseitigt, wie die Diskriminierung der *Indígenas* allgemein: im

Gegenteil: sie wurde weiter verschärft. Mit der Verabschiedung des Gesundheitsgesetzes von 1891 wurde der traditionellen Medizin und Heilkunde der rechtliche Status und damit die Gleichberechtigung mit der offiziellen „modernen“ Medizin verweigert. „In vielen Regionen“ — so die Erklärung von Oaxtepec — „haben wir nicht die Freiheit, unsere Heilkunst auszuüben. Wir werden bedroht, verfolgt, von den Behörden unter Druck gesetzt, mit Bußgeldern belegt.“ Ihre Forderungen:

- Aus- und Weiterbildung der traditionellen *Indígena*ärzte
- Gründung von Heilkräutergärten und kommunalen Apotheken
- Anerkennung der *Indígena*heilkunde und Medizin.

Im Dezember 1990 erweiterten und konkretisierten sie mit dem *Documento de Pátzcuaro* ihre Forderungen:

- Ausbau der Infrastruktur (Wasser, Elektrizitätsversorgung, Straßen), um allgemein die Lebensbedingungen zu verbessern;
- drastische Einschränkung der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft;
- Maßnahmen, um die Zerstörung und Verschmutzung der Umwelt zu bekämpfen;
- Beseitigung der Unterordnung unter die offizielle, „moderne“ Medizin

*

Fünfhundert Jahre nach der *Conquista*, knapp 200 Jahre nach der politischen Unabhängigkeit Mexikos und 75 Jahre nach der mexikanischen Revolution verabschiedete das mexikanische Parlament die von Mexikos Präsident Carlos Salinas de Gortari im Dezember 1990 vorgelegte Gesetzesreform. Mit der Modifizierung des Artikel 4 der mexikanischen Verfassung, wird zum ersten Mal in der Geschichte Mexikos die Existenz und die gleichen Rechte der über 50 überlebenden mexikanischen *Indígenavölker*-gruppen verfassungsmäßig verankert. Mexiko bekennet darüber hinaus zum ersten Mal zu seiner plurikulturellen Zusammensetzung.

José Emilio Pacheco

Chronik Indiens

Nach langer Seefahrt durch den bedrohlichen dunklen Ozean fanden wir von Metallen strotzende Länder, Städte, welche die Phantasie nie beschrieben hat, Reichtümer, Menschen ohne Arkebussen und Pferde. Mit dem Ziel den Glauben zu verbreiten und sie von ihrem unmenschlichen wilden Leben abzubringen, rissen wir die Tempel nieder, gaben jedem Einheimischen, der Widerstand leistete, den Tod. Um Verlockungen zu vermeiden beschlagnahmten wir ihr Gold; um sie demütig zu machen, brandmarkten wir sie und legten sie in Eisen. Gott segne dieses in Seinem Namen begonnene Unternehmen.

Mexico, 1939



Viele Indigenas müssen vom Straßenverkauf leben . . .

Erklärung von Quito 500 Jahre indianischer Widerstand

Die neue Qualität des Widerstands von indianischen Völkern zeigte sich auf der ersten kontinentalen Versammlung vom 17.-21. Juli 1990 in Quito, Ecuador. Die rund 300 Delegierten von 120 indianischen Nationen bekräftigten dort ihre gemeinsame Offensive zum Recht auf Selbstbestimmung in eigenen Territorien, zum Ende der nun fünf Jahrhunderte währenden Verfolgung und für die Freiheit und die Akzeptanz ihrer Kulturen. Dem Sarkasmus der Fest- und Freudenfeiern von den spanisch/amerikanischen Regierungen zum fünfhundertsten Jahrestag der Invasion 1992 setzen sie eine Kampagne „500 Jahre indianischer Widerstand“ entgegen. Gleichzeitig soll der Tag der Landung spanischer Schiffe zum Trauertag für die indianischen Völker erklärt werden. In der Erklärung, der *Declaración de Quito*, wurden folgende Schwerpunkte herausgestellt:

1. Wir lehnen die 500-Jahr-Feiern rundweg ab. Wir sind fest entschlossen, dieses Datum zum Anlaß zu nehmen, unsere Einheit zu festigen, und auf dem ganzen Kontinent unseren Befreiungskampf zu verstärken.
2. Wir bestehen auf unserem unverzichtbaren politischen Projekt, im Rahmen der Nationalstaaten und auf der Basis einer neuen, vom Volk getragenen politischen Ordnung, unsere Selbstbestimmung und Autonomie durchzusetzen. Wir werden dabei die politischen Prioritäten respektieren, die die jeweiligen Völker sich setzen.
3. Wir betonen unsere Entschlossenheit, unsere Kultur, unser Erziehungswesen und unsere Religion, die Grundlagen unserer Identität als Völker, zu verteidigen. Wir wollen unsere eigenen Formen des spirituellen Lebens und Gemeinschaftslebens in enger Verbundenheit mit unserer Mutter Natur wiedergewinnen.
4. Wir weisen die Machenschaften durch Organisationen ohne indigene Vertretungsbefugnisse zurück, denn sie mißbrauchen unseren Namen zugunsten imperialistischer Interessen und stehen in Verbindung mit den herrschsüchtigen Schichten unserer Gesellschaften. Dem gegenüber bestätigen wir unseren Willen, unsere eigenen Organisationen zu stärken, ohne Abschottung und Isolierung von anderen Teilen des Volkswiderstandes.
5. Wir erkennen die bedeutende Rolle an, die der indianischen Frau im Kampf

unserer Völker zukommt. Wir sind uns der Notwendigkeit bewußt, die Beteiligung von Frauen in unseren Organisationen zu vergrößern und betonen, daß Mann und Frau gemeinsam sich für unsere Befreiung einsetzen müssen. Das ist ein entscheidendes Element unserer politischen Praxis.

6. Wir indianischen Völker betrachten die Verteidigung und den Erhalt der natürlichen Lebensräume als lebenswichtig, die gegenwärtig durch transnationale Konzerne bedroht werden. Wir sind überzeugt, daß diese Verteidigung erst wirksam wird, wenn die dort lebenden indianischen Völker, im Rahmen ihrer Lebensformen, diese Gebiete verwalten und kontrollieren.
7. Wir stellen die Rechtsordnung der Nationen in Frage, weil sie das Ergebnis kolonialer und neokolonialer Entwicklungen sind. Wir streben eine neue Gesellschaftsordnung an, die die Ausübung unserer traditionellen Gewohnheitsrechte schützt. Wir fordern unsere Anerkennung als Völker im Sinne des internationalen Völkerrechts und verlangen, dies auch von den betreffenden Nationalstaaten anzuerkennen.
8. Wir klagen an, daß wir indianischen Völker von Gewalt und Verfolgung betroffen sind. Darum fordern wir Achtung vor unserem Recht auf Leben, Land, Organisationsfreiheit und freie Ausübung unserer Kultur. Gleichzeitig fordern wir die Freilassung aller unserer politischen Repräsentanten, das Ende der Repression und eine Entschädigung für die verursachten Schäden“ (S. 2).

Resolutionen

Als Grundlage weiterer Beschlüsse erklärten die Delegierten der indianischen Völker zu den 500-Jahr-Feiern: „Von unserem Standpunkt aus gesehen sind die Invasion, die 1492 begonnen hat, und dieses Regime, das Ausbeutung und Unterdrückung installiert hat, noch nicht vorüber. Es besteht nicht nur im Hinblick auf die indianischen Völker, sondern sie betreffen die Gesamtheit der jeweiligen Gesellschaften. Jedoch setzt sich auch der Widerstand und der Befreiungskampf unserer Völker fort.“

— Die Arbeit in unserer panamerikanischen Kampagne 500 Jahre indianischer

Widerstand muß sich an der Basis orientieren, um Vertrauen aufzubauen, sie muß sich in nationalen Komitees mit Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten darstellen, die Kommunikation und Koordination fördern und gemeinsame regionale und kontinentale Kampagnen in die Wege leiten.

- Die Kampagne muß ein Kommunikationsnetz schaffen, um die verschiedenen Vorschläge zum Widerstand gegen die 500-Jahr-Feier zum Ausdruck zu bringen.
- Unser Bündnis mit anderen Bevölkerungsschichten wird vom Prinzip gegenseitigen Respekts geprägt sein und soll dazu beitragen, daß wir in unserem Bemühen vorankommen, die Realität unserer Länder umzugestalten.
- Wir müssen den kulturellen Austausch zwischen den alten und den jungen Menschen fördern.
- Wir müssen den II. Kongreß 500 Jahre indianischer Widerstand und Volkswiderstand, der 1991 in Guatemala stattfinden soll, unterstützen und an ihm teilnehmen.
- Wir schlagen vor, daß in Guatemala

die Möglichkeit diskutiert wird, Anfang 1992 in Cuba einen Weltkongreß über die 500 Jahre und die Indianerfrage abzuhalten. Dadurch soll in der Öffentlichkeit mehr Interesse an unserer Situation geweckt werden und auf dem ganzen Kontinent eine ernsthafte Debatte über die Lage der Indianer initiiert werden.

- Wir müssen gegen die Politik der Modernisierung, Privatisierung und der totalen Unterordnung unter die Interessen des US-amerikanischen, europäischen, israelischen und japanischen Imperialismus, die von den Regierungen unserer Länder gegenwärtig gefördert wird, kämpfen. Denn diese Interessen haben für die indianischen Völker den Raub ihres Landes und ihrer Naturressourcen zur Folge gehabt und uns in Abhängigkeit und Ausbeutung verwandelt.
- Der Kampf um die Agrarreform in unseren Ländern muß auch die Rückgewinnung unseres Gemeinschaftslandes zum Ziel haben.
- Der Kampf um unsere Rechte (Land, Bildung, Gesundheit usw.) muß in ein eigenes politisches Projekt gebettet sein, das ein organisiertes Vorgehen ermöglicht und zu einer Umgestaltung der herrschenden Gesellschaftsordnung und zur Herausbildung einer Gegenmacht beiträgt.
- Um unsere Völker zu entkolonisieren, müssen wir um eine zweisprachige, interkulturelle Erziehung für die gesamte Gesellschaft kämpfen, wobei die indianische Erziehung in den Händen der Indianer liegen muß.
- Unterstützen und koordinieren müssen wir einerseits ein Tribunal der Völker, um der fünfhundertjährigen Invasion den Prozeß zu machen, und andererseits die Konferenz von Befreiungstheologen mit dem Namen „Santo Domingo für das Volk“. Solche Aktivitäten tragen dazu bei, die Zusammenarbeit mit anderen Interessierten zu erleichtern und ein erweitertes Publikum zu erreichen.
- Wir fordern, daß die Vereinten Nationen im Hinblick auf 1992 das Recht der indianischen Völker auf Selbstbestimmung bestätigen. Hierzu ist es nötig, daß wir Basisarbeit leisten, um Druck auf die Regierungen auszuüben und Bündnisse mit anderen unterdrückten Volksschichten und fortschrittlichen Regierungen zustandezubringen.
- Die Delegierten aus den USA nehmen sich für die Präsidentschaftswahlen 1992 vor, Druck auszuüben, damit die Probleme der indianischen Völker

Nordamerikas Beachtung finden. Sie wollen auch auf die Außenpolitik der USA in Fragen, die die indianischen Völker betreffen, Einfluß nehmen.

- Es ist nötig, daß die indianischen Völker sich koordinieren, um gemeinsam offizielle Beziehungen zu Staaten und internationalen Organisationen aufzunehmen, die es uns ermöglichen, politische Freiräume und Verhandlungsspielräume zu erobern.
- Wenn Spanien bereit ist, für die Schäden, die die Invasion angerichtet hat, Entschädigungszahlungen zu leisten, fordern wir, daß diese Mittel für Projekte verwendet werden, die den Bedürfnissen unserer Völker entsprechen. Wir sollten daher auch ein Seminar veranstalten, um unsere Politik in der Frage der Entschädigung zu definieren.
- Wir solidarisieren uns mit den afro-amerikanischen Völkern, die ebenfalls Opfer der Zerstörung durch die europäischen Invasionen sind. Wir fordern diese Völker auf, sich unserem Kampf anzuschließen, im Sinne der Einheit und der Achtung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten beider Kontinente.
- Unsere Kampagne muß langfristig gemeinsame Ziele und Aktionen umfassen. Unsere Strategie ist antikolonialistisch und antiimperialistisch. Wir sollten in jedem einzelnen Land und auf dem ganzen Kontinent Protestaktionen durchführen:
- Proteste gegen Regierungskonferenzen, welche die 500-Jahr-Feiern unterstützen.
- Unsere Kampagne sollte sich gegen die multinationalen Konzerne und ihre Raubzüge auf indianischem Gebiet richten.
- Wir protestieren gegen das Wettrennen, das unsere Gesellschaften stranguliert.
- Wir protestieren gegen Organisationen und Institutionen, die den Namen Indianer mißbrauchen, um eigennützige Projekte durchzuführen, die unseren Interessen widersprechen.
- Wir unterstützen Widerstandsformen, die ein Vorbild für die Kämpfe unserer Kampagne sind, wie z.B. der Indianeraufstand in Ecuador (1990).
- Wir wollen in in- und ausländischen Massenmedien eine intensive Pressekampagne beginnen, um über unsere Lebensweisen und unsere Wahrheiten zu informieren.“ (S. 3)

aus: Kampagnenbeilage 1992 der Dritte-Welt-Zeitschriften



... doch häufig kommt die Polizei, nimmt Ware und Geld weg und verhaftet die Straßenverkäufer.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42
Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz).
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet

26.— DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52.— DM.
Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lölzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küstler.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kom-

munalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.B.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergsstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Is Läm is nu ma so, wie's is. Mit dor DDR i's sis vorbei. Die gibts nich mehr. Un die, die jelt in der DDR regiern, die kum von wu annersch har. Die Sachsen wehn der DDR keene Träne noch, weil se is flennen verlernt ham.

Das klingt anders als in Bayern oder Schwaben, deshalb ist es halt ein kleiner Irrtum, davon auszugehen, daß die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland (Mitteldeutschland, wie heute auch zu hören ist) mit der DDR neu entstanden und mit der Beerdigung der DDR verschwunden wären.

Ausländer hatten und haben es immer nicht leicht, auch wenn sie aus dem eigenen Lande kommen und heute den Namen Wessis tragen. Noch hat der Name Wessis nicht den Inhalt, wie ihn der Name „Saupreußen“ in Bayern einmal hatte, aber was nicht ist, kann ja noch werden!

Warum können sich die Ossis eigentlich nicht selbst regieren? Ganz einfach, weil die Ossis, die heute regieren müßten, vielleicht doch nicht ganz das machen, was die Wessis brauchen. Beispielsweise könnten die Ossis auf die Idee kommen, daß mit den 100 DM Begrüßungsgeld doch nicht alles bezahlt ist und könnten vielleicht zu allem Überfluß nachfragen, wem denn jetzt das Volkseigentum gehört.

Für die Wessis scheint unbestritten richtig zu sein, auch wenn niemand so richtig öffentlich darüber reden will, daß die Ossis erst mal das Arbeiten wieder lernen müssen, zumindest müssen die Ossis in Sachen Marktwirtschaft geschult werden. Die Ossis müssen lernen, daß Arbeit, Boden und Kapital, verbunden mit dem freien Unternehmertum, die Grundlagen der

Geschichten aus der und über die DDR — von Werner Thümmler

Leseprobe aus einem unveröffentlichten Manuskript

Freundlicherweise hat uns Werner Thümmler das Vorwort und die erste Geschichte aus seinem noch unveröffentlichten Buch „Geschichten aus der und über die DDR“ zum Abdruck überlassen. W. Thümmler wurde 1939 geboren, wuchs in der DDR auf und wurde dort zum Schlosser

und zum Ingenieur ausgebildet. Er studierte Außenpolitik und war in mehreren Botschaften der DDR tätig. Dazwischen arbeitete er für ein Wohnungsbaukombinat. Im August 1991 erschien sein Buch „Der Zerfall des ‚realen‘ Sozialismus — das Werk von Marx und Engels?“ — (anl)

Marktwirtschaft bilden. Daß es einen Arbeitsmarkt gibt, der sich nach Angebot und Nachfrage regelt.

Gibt es zu viele Arbeitskräfte, dann sinkt der Preis für die Arbeitskraft. Wer kann schon bestreiten, daß es, gemessen an den Arbeitsplätzen, zu viele Ossis gibt. Den Ossis ist nur sehr schwer beizubringen, daß sie nur durch die Bereitschaft zur Lohnsenkung die Nachfrage nach Arbeitskraft erhöhen können. Die fragen glatt danach, wer denn die produzierten Waren kaufen soll, wenn niemand etwas verdient.

Das zu ändern, dazu ist Schulung in Marktwirtschaft nötig! Nur wer die Zusammenhänge kennt, arbeitet ganz umsonst, wie beispielsweise die Unternehmer!

Aber woher soll das ein Ossi wissen? Richtig zu arbeiten brauchte von denen in der allgemeinen Schlampe der Kommandowirtschaft sowieso keiner. Da hat die Marktwirtschaft ganz andere Kommandos, die werden wenigstens verstanden. Das muß eben alles nachgeholt werden. Ein paar Ausnahmen, was den Nachholunterricht angeht, gibt

es doch. Soweit die Ossis bei der Kirche gelernt haben oder Mitglied der CDU waren oder vielleicht schnell der SPD beigetreten sind, kann der Nachholunterricht begrenzt oder erlassen werden, aber wahrscheinlich nur für die, die jetzt unbedingt gebraucht werden, ganz erlassen werden kann der wahrscheinlich niemandem.

Das kommt daher, daß alle ehemaligen DDR-Bürger 40 Jahre lang in der DDR gelebt haben, selbst wenn sie heute erst 18 sind. Nur ganz wenige können sich daran erinnern, daß die DDR eine Gesellschaft mit denkenden Menschen war, die ihre eigenen kleinen und großen Sorgen im Alltag vor die verordnete Politik stellten — „Privat geht vor Katastrophe“ — war eine der Lösungen.

Diese Lösung wird den Wessis noch manche Nuß zu knacken geben. Denn wenn auch nicht viel von der DDR übrigbleibt, die Menschen, die in diesem Land geboren und aufgewachsen sind, werden wohl ein paar ihrer Eigenschaften behalten.

Je größer der Mut einer Besatzungsmacht, alles auszura-

ren, desto größer ist die Lust, selber zu denken und nach nicht verordneten Lösungen zu handeln.

Die Idee der ARD und des ZDF, die Warteschlangen in der DDR erst mit dem Hinweis zu kommentieren, daß die Marktwirtschaft da sehr schnell für Abhilfe sorgen wird, jetzt in die Formel umzuwandeln, die Ossis sind sowieso ans Schlängestehen gewöhnt — denen würde etwas fehlen, wenn's anders wäre — sorgt zumindest dafür, daß eine wachsende Zahl Ossis, wie die Sachsen sagen, sich verschleißt vorkommen.

Die Ossis haben jetzt eine neue Staatsmacht, die, ganz allgemein gesagt, vieles anders macht, als sie vorher versprochen hatte. Das gab's vorher auch schon, nur behauptet die heutige Regierung nicht mehr, daß alles zum Wohle des Volkes geschieht und im Kampf für den Frieden. Unterschiede gibt es da schon.

Die Geschichten, die jetzt kommen, sind Geschichten aus der und über die DDR. Vielleicht helfen sie den ehemaligen DDR-Bürgern über die nicht einfachen Zeiten.

Anzeige

Werner Thümmler

Der Zerfall des »realen« Sozialismus, das Werk von Marx und Engels?

Inhalt: Der »reale« Sozialismus zerfällt, und die einfachen Leute, die eine bessere, hellere, menschenwürdigere Gesellschaft vom Sozialismus erwarteten, wurden enttäuscht. Der Kampf, die Opfer, die Leiden, die die Menschen für die Idee des Sozialismus auf sich genommen haben, waren die alle umsonst? Das Buch ist der Versuch, Antworten auf diese Fragen zu finden.

216 Seiten, Preis: 16,80 DM. Bestellungen an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Nach langem Probieren, neue Motoren oder nicht, andere Ausrüstung oder nicht, also die Versuche konnten nicht einfach eingestellt werden, denn die DDR stand zu ihrem Wort, zumindest noch für eine Weile.

Aber die objektiven Gesetze der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit waren nicht zu überlisten. Nach der allgemeinen Begeisterung, der allgemeinen Verwirrung mußte die Suche nach dem (den) Schuldigen unausweichlich folgen. Das Problem bestand nun darin, die wirklich Schuldigen konnten nicht schuldig sein, die Fischer konnten auch nicht schuldig sein, denn die hatten immer gesagt: „Das kann nicht funktionieren.“ Wer blieb übrig, das waren die objektiven Bedingungen und die Wahrheitsfanatiker, die bereit waren, sich selber schuldig zu bekennen oder sprechen zu lassen. Die Fanatiker wurden mit zunehmendem Alter der DDR immer weniger, und die Veränderung der objektiven Bedingungen erforderte mehr Zeit. Deshalb blieb nur eins, es mußte weitergemacht werden, um die Stufe der Suche nach dem Schuldigen und der Bestrafung der Unschuldigen sofort in die Stufe der Prämierung der Unbeteiligten umzuleiten.

Die Schwierigkeiten waren insgesamt groß, aber Schwierigkeiten sind dazu da, gemeistert zu werden.

Was war als Nächstes zu tun? Als Nächstes war zu reden, zu probieren, zu schreiben und „alles“ zu tun, das Unmögliche möglich zu machen. Der Zeitpunkt, zu welchem die objektiven Bedingungen reif waren, war nicht einfach zu bestimmen. Eine dieser Bedingungen bestand darin, in Erfahrung zu bringen, ob die Afrikaner überhaupt weiter auf dem gemeinsamen Thunfischfang bestehen. Wenn nicht, konnte der Thunfischfang eingestellt werden.

Das Interesse stieg in solchen Fällen mit der Kostenbeteiligung. Wer Thunfische vermarkten will, muß ja schließlich auch was ins Geschäft stecken. Die ursprüngliche Idee bestand ja darin, den Gewinn zu teilen, warum nicht auch die Kosten. Die Kosten sind eine objektive Größe, das ist unbestreitbar.

Es lag auf der Hand, daß der „Thunfischfang-Versuch“ bei so hohen Kosten auf die Dauer nicht weitergeführt werden konnte. Das ermöglichte, von der Stufe der allgemeinen Verwirrung nach einem kurzen Halt sofort zur Phase der Prämierung überzugehen.

In diesem Fall lief die Prämierung etwas anders als gewöhnlich ab.

In den gewöhnlichen Fällen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit folgte die Prämierung vor der „Erhöhung“ der Kosten. Das war in diesem speziellen Fall nicht möglich. Was hinderte, waren die extra aus der DDR nach Afrika gebrachten Kutter. Stumme Zeugen.

Für die Zeugenbeseitigung waren verschiedene theoretische Modelle vorstellbar, die sich aber praktisch alle nur bedingungsverwirklichen ließen. Eine Idee bestand darin, die Kutter an die Afrikaner zu verkaufen.

Aber wozu sollte jemand Kutter kaufen, die ihren Zweck nicht erfüllten? Weitere Ausgaben paßten nicht mit zu hohen Kosten zusammen.

Da rechnete jemand aus, daß es das Billigste wäre, die Kutter zu versenken. Es zeigte sich sehr schnell, daß die Kutter auch niemand geschenkt haben wollte, denn alle, die dort etwas zu sagen hatten, wußten, die DDR steht „auf dem Schlauch“!

Was jetzt? Wenn die Kutter keiner haben will, so lautete die nächste Idee, dann werden sie eben versenkt. Das nächste DDR-Schiff, das den Hafen anlief, erhält den Auftrag, die Kutter mit auf die offene See zu schleppen und zu versenken. Fertig! Aber, so stellte sich mit Hilfe des Kapitäns des Schiffes heraus: Die Kutter sind ins Versicherungsregister eingetragen, und ihre Versenkung wäre deshalb Versicherungsbetrug oder könnte zumindest so ausgelegt werden. Das ging also auch nicht! Was nun? Ja, wenn sie nicht zu versenken, nicht zu verkaufen und nicht zu versenken sind, dann müssen sie eben, ja was müssen sie dann eben? Dann muß eben jemand etwas bezahlt werden, damit er die Kutter übernimmt und sie dann verschrottet oder so.

Die Zeit hatte inzwischen, wie leicht zu erkennen ist, die objektiven Bedingungen verändert. Außerdem waren die Kutter zu einem ständigen negativen Gesprächsthema geworden und belasteten die guten Beziehungen der DDR zu ... störten im Kampf für den Frieden und gegen den Imperialismus.

Hohen Beamten des befreundeten Staates war eingefallen, daß es doch das Beste wäre, die Kutter in der Nähe der DDR Verantwortlichen im Hafen anlegen zu lassen, damit sie sie jeden Tag sehen konnten. Außerdem konnte eine neue Delegation auf hoher Ebene ankommen, und die konnte auf keinen Fall mit der Fehlentscheidung des Politbüros konfrontiert werden. Das hatte die Suche nach dem Schuldigen erneut auf die Tagesordnung gesetzt und garantiert in die falsche Richtung gelenkt.

Der Ausweg lag in der Prämierung der Nichtbeteiligten. Dazu war es nur erforderlich etwas Geld aufzutreiben und als überzeugendes Argument für die Übernahme der Kutter einzusetzen. Das eröffnete gleichzeitig die Möglichkeit zu zeigen, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit, wenn auch unter veränderten objektiven Bedingungen, mit der DDR möglich war.

So entstand ein Werk wahrer sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zum Nutzen für viele, insbesondere für die Verlängerung des Lebens der Thunfische

1. Geschichte: Der Thunfischfang

Ein großes Werk im Sozialismus war immer ein Werk der Gemeinsamkeit. Ganz logisch, daß daraus folgte, daß irgendjemand auf die Idee kam, die Regeln für die sozialistische Gemeinschaftsarbeit aufzuschreiben.

Die lauteten so:
Phase 1: Allgemeine Begeisterung.
Phase 2: Allgemeine Verwirrung.
Phase 3: Suche nach den Schuldigen.
Phase 4: Bestrafung der Unschuldigen.
Phase 5: Höchste und letzte Stufe, Prämierung der Unbeteiligten.

Jede Wissenschaft, die etwas auf sich hält, leitet ihre Regeln und Erkenntnisse aus dem Leben ab. So entstanden auch diese Regeln nicht aus dem Nichts, sondern aus der Praxis.

Eines Tages kam eine „große Delegation“ aus der DDR nach Afrika. Sie stellte unter anderem gemeinsam mit der Regierung des Gastlandes fest, daß es an den Küsten, genauer im Meer, Thunfische gibt. Daraus entstand die Idee, hier können wir (die DDR) Thunfische fangen. Das hilft uns, das hilft unseren Partnern, und das hilft im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus und für den Frieden!

Die Delegation der DDR kehrte mit diesen und weiteren bemerkenswerten Einsichten in die Heimat zurück, verbunden mit der festen Absicht, sich sofort ans Werk zu machen. Das Wichtigste an der Reise der Delegation war der im Ergebnis der Reise einzureichende Bericht mit Vorschlägen, die zu einem Beschluß im Politbüro führten. Der Beschluß wurde offensichtlich umgehend gefaßt, die ersten Ergebnisse des Beschlusses zum Thunfischprojekt waren umgehend sichtbar. Mit der nächstmöglichen Linienmaschine traf eine Crew von Fischern mit dem Auftrag ein, Thunfische zu fangen. Das erste Überraschungser-

gebnis stand mit dem Eintreffen der Crew fest. Alle im befreundeten Land Zurückgebliebenen, einschließlich der im befreundeten Land lebenden Regierung, inklusive Volk, hatten ein Schiff, ein Boot, eine Ausrüstung zum Thunfischfangen erwartet. Jeder wußte, an Fischern mangelt es nicht, sondern mehr an Schiffen!

Die Crew stellte nach ihrem Eintreffen fest: Ein Schiff, das dafür geeignet ist, hat nach unserer Übersicht die DDR nicht. Aber woher sollte denn eine „große Delegation“ aus der DDR wissen, welche Schiffe die DDR hatte. Die Delegation hatte ja schon herausgefunden, daß es an Afrikas Küsten Thunfische gab. Für die Schiffe in der DDR gab es Spezialisten. Deren Schicksal bestand darin, daß sie nicht nach der Zweckmäßigkeit des Thunfischfangs gefragt wurden, sondern den Auftrag erhielten, Thunfische zu fangen.

So war in diesem Einzelfall die Phase der allgemeinen Begeisterung auf die begrenzt, die die Erkenntnis zum Thunfischfang gewonnen hatten. Für die, die mit der Ausführung beauftragt waren, kam die Phase der allgemeinen Begeisterung nur teilweise zur Entfaltung, sie ging nahtlos in die Phase der allgemeinen Verwirrung über.

Der Auftrag lautete: Thunfische zu fangen! Aber wie ohne Schiffe?!

Ein Bericht einer Delegation, der im Politbüro bestätigt wurde, ist ein Heiligtum. Niemand hat das Recht, daran etwas zu ändern! Das Politbüro kann keine Fehler machen. Die Fehler werden immer nur von denen gemacht, die die Berichte schreiben, niemals von denen, die sie unterschreiben und beschließen. Deshalb konnte es nicht vorkommen, daß die DDR kein Schiff hat. Die DDR ist bekanntlich die zehntgrößte Industrienation und dann so was. Solche Aufgaben sind nur mit Optimismus und revolutionärem Schwung zu lösen, die ständigen Einwände und Bedenken kommen nur von den Miesmachern, die nicht an die

Kraft der Werktätigen glauben. Vertrag ist Vertrag, die DDR steht zu ihrem Wort.

Was nun? Die DDR-Fischer müssen erst einmal bleiben, die Kleinigkeit mit dem Schiff (den Schiffen) regelt sich schon noch. Damit stand fest, daß die Suche nach den Schuldigen nicht zu umgehen war, aber auf keinen Fall zu früh eingeleitet werden durfte. Kommt Zeit, kommt Rat. Einen Beschluß für undurchführbar zu halten, ist gegen die Regeln.

Die richtige Möglichkeit, Beschlüsse zu ändern, bestand darin, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu dem sich die objektiven Bedingungen, die ihm zugrundelagen, geändert haben. Ein neuer Beschluß konnte dann auch das Gegenteil des alten beinhalten. Der neue Beschluß hebt einen falschen alten Beschluß nicht auf, sondern paßt den alten Beschluß den neuen objektiven Bedingungen an. Diese fundamentalen Unterschiede nicht zu beachten, hätte glatt dazu führen können, bei der Suche nach den Schuldigen vielleicht den wirklich Schuldigen ihre Unfähigkeit vorzuhalten. Das war für die Ebene des Politbüros und des Zentralkomitees ausgeschlossen.

Die objektiven Bedingungen können sich aber nicht von heute auf morgen ändern, deshalb müssen erst einmal Maßnahmen eingeleitet werden, die die Anstrengungen zur Beschlußerfüllung erkennbar machen. Nach dem Motto: Geld spielt keine Rolle, das haben wir sowieso nicht!

Telegramme, Briefe, Berichte, Einschätzungen gingen hin und her im Apparat rauf und runter, aber niemand konnte und wollte aufschreiben, was ist, sondern jeder konnte nur aufschreiben, was man noch machen könnte.

So kam es dann, daß Fischkutter, die sonst in der Ostsee nach Heringen und anderen Meerestieren unterwegs waren, die Ehre zuteil wurde, jetzt zum Thunfischfang überzugehen. Die Mitteilung lautete: Es werden Schif-

fe aus der DDR für diese Aufgabe umgerüstet, sie treffen umgehend ein!

Umgehend, wann ist das? Umgehend ist umgehend, d.h. so schnell wie möglich. Für die DDR-Fischer wäre es schon wichtig gewesen zu wissen, was umgehend ist.

Es verging ein Monat, es vergingen zwei Monate, es vergingen drei Monate. Die Fischercrew wurde unruhig und frag nach, ob es denn nicht außer Skatspielen auch noch andere Aufgaben für sie gäbe. Die Zeit verging.

Eines Tages, oh welches Wunder, die Schiffe aus der Deutschen Demokratischen Republik trafen tatsächlich ein. Sie waren im Hafen zu bestaunen. Und das Staunen, das die Schiffe auslösten, war riesengroß. Alle „Eingeweihten“ wußten, mit den Kuttern geht es wahrscheinlich sowieso nicht. Daß es möglich sein sollte, mit einfachen Fischkuttern, die in der Ostsee sonst nach Heringen tümpelten, in Afrika Thunfisch zu fangen, war völlig neu. Aber was heißt hier neu, Beschluß ist Beschluß, mit den Kuttern muß jetzt Thunfisch gefangen werden, wir haben keine anderen. Basta!

Nun versuchten die Afrikaner, in lehrreichen Worten zu erklären, daß das Problem des Thunfischfangs darin bestünde, den Thunfischschwarm zu erkennen, zu überholen, mit einem Netz einzukreisen und dann an Bord zu hieven. Ja, und warum soll das nicht gehen, fragten alle „offiziellen“ DDR-Leute „verwundert“. Na ganz einfach, weil eure Schiffe langsamer sind — langsamer schwimmen, langsamer fahren, egal was — auf alle Fälle nicht in der Lage sein werden, die Thunfische einzuholen. So?

Na, das kann vielleicht stimmen, aber probieren müssen wir trotzdem, so lautete die Antwort. Und siehe da, die Afrikaner hatten recht. Es funktionierte nicht, die Kutter waren zu langsam. Aber deshalb gleich aufgeben?